

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Vom Selbstverwaltungssozialismus zur
Marktwirtschaft – Kroatiens

Transformationsprozess und seine Problemfelder
unter besonderer Berücksichtigung der 1990er-
Jahre“

Verfasser

Josip Glamuzina

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im April 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 157

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Betriebswirtschaft

Betreuer:

Univ. Prof. DDr. Dieter Stiefel

*Für meine Eltern und meine Ehefrau,
für Geduld, Verständnis und Unterstützung*

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Jugoslawien zur Zeit des Selbstverwaltungssozialismus.....	7
2.1 Ererbter ökonomischer Dualismus.....	7
2.2 Vorbemerkungen zum jugoslawischen Modell des Selbstverwaltungssozialismus	8
2.3 Administrative Verwaltung Jugoslawiens	9
2.3.1 Politischer Hintergrund.....	10
2.3.2 Verstaatlichung und Agrarreform.....	13
2.3.3 Erste wirtschaftliche Maßnahmen	14
2.4 Entstehung des Selbstverwaltungsgedanken in der Periode des „neuen ökonomischen Systems“	17
2.4.1 Einführung der Arbeiterselbstverwaltung als Prämisse für die Herausbildung autonomer Unternehmen	17
2.4.2 Wirtschaftsentwicklung der frühen 50er-Jahre.....	19
2.4.3 Der zweite Fünfjahresplan und die Krise der frühen 60er-Jahre	22
2.5 Jugoslawiens Aufbruch in die „sozialistischen Marktwirtschaft“	27
2.5.1 Wirtschafts- und Bankenreform; Verschärfung der Krise durch Zunahme nationalistischer Tendenzen.....	28
2.5.2 Ende der Ära Tito	33
3. Posttitoistisches Jugoslawien	38
3.1 Das alternde Selbstverwaltungssystem zwischen Plan- und Marktwirtschaft.....	38
3.1.1 Der wirtschaftliche Kollaps der 80er	38
3.1.2 Abkehr vom Marktwirtschaftssystem und ökonomische Blockade unter Mikulić.....	41
3.2 Der endgültige Zusammenbruch Jugoslawiens	46
3.2.1 Letzte verzweifelte Versuche einer marktwirtschaftlichen Reform unter Marković.....	46
3.2.2 Conclusio	49

4.	Transformationsprozess Kroatiens 1990 – 2000 unter besonderer Berücksichtigung der Privatisierung	51
4.1	Vorbemerkungen zur Transformation von Wirtschaftsordnungen	51
4.1.1	Definition, Maßnahmen und Aufgaben der Transformation	51
4.1.2	Transformation der ökonomischen und politischen Ebene.....	53
4.2	Politische Transformation in Kroatien.....	58
4.2.1	Die Entstehung des kroatischen Staates und der Wandel institutioneller Rahmenbedingungen	59
4.2.2	Politische Entwicklung der 90er-Jahre	62
4.3	Ökonomische Transformation in Kroatien	68
4.3.1	Makroökonomische Stabilisierung	69
4.3.2	Wirtschafts- und Handelsstruktur	72
4.3.3	Wirtschaftsleistung	74
4.3.4	Finanzmärkte	76
4.4	Der Privatisierungsprozess in Kroatien	79
4.4.1	Allgemeines zum Begriff der Privatisierung	79
4.4.2	Gesetzgebung und Stadien der Privatisierung in Kroatien	82
4.4.2.1	Das Umwandlungsgesetz von 1991	82
4.4.2.2	Der Kroatische Privatisierungsfonds und Novellierungen des UmwG.....	85
4.4.2.3	Das Privatisierungsgesetz von 1996	88
4.4.3	Methoden und Ergebnisse der kroatischen Privatisierung.....	88
4.4.4	Resümee.....	93
4.5	Problemfelder der kroatischen Transformation	96
5.	Kroatien und die EU – Von Transformation zu Integration	101
5.1	Politische Entwicklung nach Tudjman	101
5.2	Kroatiens Kooperationen mit der EU	103
5.3	Erfüllung der Kopenhagener Kriterien	108
6.	Schlusswort.....	117
7.	Literaturverzeichnis	119

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Merkmale des administrativen Sozialismus (1945-1950/51)	12
Abbildung 2: Transformationsebenen	53
Abbildung 3: Vor- und Nachteile der Privatisierungsmethoden	81
Abbildung 4: Stärken der kroatischen Wirtschaft.....	116
Abbildung 5: Schwächen der kroatischen Wirtschaft.....	116
Tabelle 1: Rates of Growth of GNP (in percent per annum)	20
Tabelle 2: U.S., British and French economic aid to Yugoslavia (Millions of Dollars)	20
Tabelle 3: Reales Gesellschaftsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in den jugoslawischen Regionen	22
Tabelle 4: Second Five Year Plan, 1957-61 (completed 1960).....	24
Tabelle 5: Anteil der Bankmittel an den Investitionen 1963-1970 (in Mill. Dinar)	29
Tabelle 6: Invisible Earnings (million US\$).....	31
Tabelle 7: Die Entwicklung der Zahlenbilanz (Mill. \$).....	32
Tabelle 8: Economic Performance in the 1980s	38
Tabelle 9: Regionale Disparitäten in Jugoslawien 1988.....	44
Tabelle 10: Parlamentswahlen in Kroatien 1990.....	63
Tabelle 11: Croatia: Selected Economic Indicators (I).....	70
Tabelle 12: Croatia: Selected Economic Indicators (II)	72
Tabelle 13: BIP-Wachstum 1991-1998	74
Tabelle 14: Arbeitslosenrate 1994-1999.....	74
Tabelle 15: Croatia: Selected Economic Indicators (III)	76
Tabelle 16: Croatia economy in 1990.....	91
Tabelle 17: 1991-2000 EC Hilfe für Kroatien - in Mio. €.....	104

1. Einleitung

Die marktwirtschaftliche Transformation postsozialistischer Staaten stellte in den 1990er-Jahren alle direkt und indirekt Mitwirkenden vor eine große Herausforderung. Die Übernahme einer vollkommen neuen Wirtschaftsordnung schuf, nach dem politischen Untergang des Sozialismus, in Jugoslawien und in weiterer Folge Kroatien, andere Transformationsvoraussetzungen und -probleme als in den einstigen Planwirtschaften nach sowjetischem Muster. Dies ging auf das sogenannte Selbstverwaltungssystem und dem damit verbundenen Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln zurück.

Zu Beginn der 90er-Jahre entschloss sich Kroatien, dem sozialistischen System endgültig den Rücken zu kehren und einen Weg in Richtung Marktwirtschaft einzuschlagen. Dieser Schritt wurde durch den Austritt aus dem Verbund der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bekräftigt und war neben nationalistisch-ethnischen, vor allem auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen. Für die neu gegründete kleine Volkswirtschaft Kroatien sollte es nun von großer Bedeutung sein, sich aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation zu befreien und sich aktiv an überregionaler Politik und am Geschehen internationaler Märkte zu beteiligen.

Obwohl Kroatien neben Slowenien zu Beginn des Transformationsprozesses im Vergleich zu anderen osteuropäischen und ehemaligen jugoslawischen Republiken äußerst günstige Bedingungen für eine marktwirtschaftliche Transformation vorfand, musste man einerseits zwar auch die ökonomischen Folgen des Bürgerkriegs tragen, viel schwieriger sollte sich jedoch die Bewältigung folgender drei Hauptaufgaben gestalten:¹ Abgesehen vom Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung, stand die Errichtung einer neuen Rechts- und Verfassungsordnung ebenso wie die Etablierung neuer Regeln sozialer Integration im Vordergrund. Die Schwierigkeit für Kroatien bestand nun darin, erstmals in der Geschichte diese komplexen Aufgaben simultan lösen zu müssen, wobei sich die vorliegende Arbeit vor allem auf den Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung konzentrieren wird.

¹ Vgl. Rohmann, 2001 S. 11f

Die praktische Umsetzung sollte, wie wir sehen werden, zahlreiche Probleme mit sich bringen.

Ziel der Diplomarbeit ist es, neben der Untersuchung des jugoslawischen Systems der Arbeiterselbstverwaltung bis zu seinem Zusammenbruch, vor allem den Transformationsprozess Kroatiens in den 90er-Jahren und seine Problemfelder herauszuarbeiten.

Die Untersuchung der Arbeit gliedert sich folgendermaßen: Kapitel 2 befasst sich mit der Entstehung der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung unter Josip Broz Tito bis hin zu seinem Tod im Jahr 1980, der den Untergang Jugoslawiens und das Ende der Selbstverwaltung einleitete. Weiters werden vor allem die Mängel des Wirtschaftssystems im Rahmen der Selbstverwaltung beleuchtet und die Frage beantwortet, warum ein solches System letztendlich zum Scheitern verurteilt war. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei ökonomische Aspekte.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit der kurzen Übergangszeit nach Titos Tod bis zum Zerfall Jugoslawiens und Kroatiens Unabhängigkeit im Jahr 1991 und geht vor allem der Frage nach, warum sich vereinzelte marktwirtschaftliche Reformen im Gesamtgefüge einer Sozialistischen Republik Jugoslawien nicht durchsetzen lassen konnten, sondern vielmehr einen Konkurrenzkampf innerhalb der jugoslawischen Wirtschaft entfachen ließen und schließlich den Zerfall Jugoslawiens bedeuteten.

Nach einem kurzen theoretischen Beitrag zum Transformationsprozess, widmet sich Kapitel 4 Kroatiens Versuch, ein demokratisches und wirtschaftliches System nach westlichem Vorbild aufzubauen. Dabei wird ersichtlich, dass zunächst ein Umwandlungsprozess auf politischer Ebene erforderlich ist, um in weiterer Folge das Wirtschaftssystem reformieren zu können. Daher wird zunächst auf die politische Entwicklung und institutionelle Umgestaltung Kroatiens seit der Unabhängigkeit eingegangen, bevor dann die Transformation der wirtschaftlichen Ebene berücksichtigt wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die makroökonomische Stabilisierung sowie auf den Privatisierungsprozess gelegt, der die Frage aufwirft, wie konsequent die Privatisierungsstrategie und -gesetzgebung letztend-

lich umgesetzt werden konnte, um Anreize für internationales Engagement zu schaffen.

Kapitel 5 befasst sich mit Kroatiens Annäherungsprozess an die Europäische Union nach dem politischen Machtwechsel im Jahr 2000. Auch hier wird zunächst auf die politische Entwicklung verwiesen, um darauf folgend mit der Kooperation Kroatiens mit der EU fortzusetzen. Dabei zeigt sich, dass die EU in den letzten Jahren, Kroatien mit umfassenden Förderprogrammen unterstützt, um den Beitrittsprozess voranzutreiben. Als letzter Punkt werden die genauen Kriterien für einen möglichen EU-Beitritt Kroatiens untersucht und festgestellt, dass in einigen Bereichen noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um letzten Endes die EU-Mitgliedschaft zu erreichen.

Die Diplomarbeit schließt mit dem Schlusswort in Kapitel 6.

2. Jugoslawien zur Zeit des Selbstverwaltungssozialismus

2.1 Ererbter ökonomischer Dualismus

Bereits bei der Errichtung des jugoslawischen Staates, des Königreiches der Slowenen, Serben und Kroaten, im Jahre 1918, war von Beginn an abzusehen, dass aufgrund der Aufteilung des Territoriums in eine Vielzahl von kleinen Einheiten, Konflikte unausweichlich sein würden. Um so mehr als das Königreich sich durch seine Verschiedenheit der soziokulturellen, demographischen und ökonomischen Merkmale auszeichnete; ein Land mit sechs Republiken, drei Religionen, vier Sprachen, und einer Menge an nationalen Minderheiten.²

Hinzu kam, dass die unterschiedlichen Teilgebiete Jugoslawiens, einerseits der österreichisch-ungarischen Monarchie, andererseits dem Osmanischen Reich, angehörten. In ökonomischer Hinsicht bedeutete dies daher auch eine unterschiedlich ausgeprägte Wirtschaftsstruktur, die sich geographisch in einen nördlichen bzw. einen südlichen Teil der Flüsse Kupa, Save und Donau einordnen ließ. Der Norden mit Slowenien, Kroatien und der autonomen Region Vojvodina profitierte vom damaligen Prozess der Industrialisierung in der österreichisch-ungarischen Monarchie und wies somit auch schon erste Ansätze einer marktorientierten Produktion auf. Österreich und Ungarn finanzierten seit dem 18. bzw. 19. Jahrhundert gemeinsam zahlreiche Projekte in der nördlichen Region (besondere Beachtung erhielt die Infrastruktur).³ Somit war dieses Gebiet durch eine grundlegende Struktur und eine fortgeschrittenere Industrie gekennzeichnet. Hingegen war die südliche Region aufgrund von jahrhundertelangen militärischen Auseinandersetzungen des Osmanischen Reiches durch eine desolate Wirtschaftslage charakterisiert. Die Menschen in dieser Region lebten außerdem fast ausschließlich von der Landwirtschaft. Aufgrund dieser Tatsachen lässt sich daher sagen, dass der mehr entwickelte Norden dementsprechend auch mehr Anreize für wirtschaftliche Investitionen bot als der Süden.⁴ Weiters verfügten die Arbeitskräfte der nördlichen Region aufgrund der Beschäftigung im Industriesektor über weitaus höhere Qualifikationen als der rückständige Süden. Die hatte u.a. zur Folge, dass Slowenien zu

² Vgl. Eger, 1980 S. 13

³ Vgl. Dobias, 2000 S. 15f bzw. Eger, 1980 S. 21f

⁴ Vgl. Eger, 1980 S. 22f

Beginn der 20er-Jahre eine Analphabetenrate von weniger als 10% aufweisen konnte, während in Teilen von Bosnien, Mazedonien und Serbien teilweise 80% der Bevölkerung weder lesen noch schreiben konnten.⁵ Die problematische Lage ist daher bereits bei Staatsgründung zu erkennen. Nicht nur dass es erforderlich war Agrar-, Währungs- und Steuersysteme in den einzelnen Provinzen einem gesamtjugoslawischen Bild anzupassen, viel mehr trug auch das gravierende Wohlstandsgefälle dazu bei, dass es immer wieder zu Konflikten zwischen den einzelnen Republiken kam, da die Vorstellung der wirtschaftlichen Ausbeutung der nördlichen Region Jugoslawiens ein Dorn im Auge war. Kein Wunder, dass daher die Planung einer staatlichen Investitionspolitik in die südlichen Gebiete bei Kroaten und Slowenen auf Misstrauen stieß.⁶

2.2 Vorbemerkungen zum jugoslawischen Modell des Selbstverwaltungssozialismus

Mit der auf den Prinzipien der „sozialistischen Demokratie“ zurückgehenden Arbeiter- und gesellschaftlichen Selbstverwaltung, begann ein Prozess der Dezentralisierung und Dezentrisierung staatlicher Funktionen von zentralen auf lokale Organe der Staatsgewalt. Dieser Umstand sollte Fachleute aus Rechtswesen, Wirtschaft und Politik über vierzig Jahre lang hinweg beschäftigen.⁷ Das System der Arbeiterselbstverwaltung lieferte für Wissenschaftler aller sozialistischen Forschungen sowie für Geschichtswissenschaftler insofern eine interessante Thematik, da es den damals zeitgenössischen Typen der Wirtschaft keineswegs entsprach. So gab es auf der einen Seite das privat-kapitalistische System mit dem sogenannten freien Markt, welches zum Beispiel in den Vereinigten Staaten praktiziert wurde und auf der anderen Seite das zentralistisch-planwirtschaftliche Modell, wie z.B. in der Sowjetunion, in dem der Staat über die Produktionsmittel verfügte. Die jugoslawische Wirtschaft passte jedoch in keines dieser beiden Systeme.⁸

Das neue Modell der Selbstverwaltung wurde daher als eine Art „dritter Weg“, als Sonderweg der Modernisierung angesehen, da es, wie erwähnt, eine Alternative

⁵ Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 46

⁶ Vgl. Ebd.

⁷ Vgl. Kurbegovic, 2004 S. 8f

⁸ Vgl. Horvat, 1969 S. 24f

zu kapitalistischen und zentralverwaltungs-wirtschaftlichen Konzepten darzustellen versuchte, obwohl es Elemente von beiden verband. Dennoch kann dieses Gefüge, welches vierzig Jahre lang das gesellschaftliche und wirtschaftliche Bild Jugoslawiens prägte, nur als „Erblast“ bei der Transformation in eine funktionierende Marktwirtschaft angesehen werden, da sich Politik und Ökonomie bereits in das Denken, Fühlen und Handeln der Individuen der Gesellschaft verfestigt hatten.⁹ Held/Nutzinger meinten dazu: „*Institutionen prägen Menschen, ihre Präferenzen, Wertvorstellungen, internalisierten Normen, ihre intrinsische Motivation, Vorstellungen von Pflichten und Rechten, Status, Vorstellungen zu Gerechtigkeit, Fairness und vielem mehr.*“¹⁰

Bevor jedoch das Modell der Arbeiterselbstverwaltung Gegenstand meiner Untersuchung wird, ist es notwendig sich ein Bild von der Übergangsphase vom Ende des zweiten Weltkriegs bis zur formal-rechtlichen Einführung der Selbstverwaltung im Jahre 1950 zu machen: der Periode des administrativen Sozialismus. Weiters muss erwähnt werden, dass vor allem für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg unter der Führung Titos kaum Literatur zur kroatischen Entwicklung vorhanden ist, weshalb die folgenden Kapitel überwiegend das gesamte Tito-Jugoslawien behandeln werden.

2.3 Administrative Verwaltung Jugoslawiens

In einer Übergangszeit von etwa fünf Jahren, wurde das wirtschaftliche und politische Geschehen Jugoslawiens stark durch eine stalinistische Politik beeinflusst. Kurzerhand wurde das sowjetische Modell, beruhend auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, übernommen. Folgende Überlegungen sollten die Richtigkeit eines solchen Systems verdeutlichen: Da es eine Vielzahl an wirtschaftlichen Einheiten gab, deren Tätigkeiten organisiert bzw. koordiniert werden mussten, war man der Meinung, dass dies nur einer zentralen Einheit, dem Staat, gelingen würde. Ein dezentrales Wirtschaftssystem hingegen würde das Entwicklungsgefälle der Regionen nur noch weiter auseinanderdriften lassen, die Verschwendung gesellschaftlicher Mittel begünstigen und in weiterer Folge zu ungenutzten Kapazitäten, Doppel- bzw. mangelhaften Investitionen führen.¹¹ Um so

⁹ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 181

¹⁰ Ebd. in Anlehnung an Held/Nutzinger, 1999 S. 8

¹¹ Vgl. Horvat, 1969 S. 36f

mehr rechtfertigte man daher die Übernahme eines zentralistischen Modells damit, dass es zu einer Zeit, in der das Land seine, ohnehin schwache, Wirtschaftsstruktur durch den Zweiten Weltkrieg nur noch mehr verschlechtert sah, nur dem Staat gelingen würde das Wirtschaftsleben neu zu organisieren und dabei Elemente wie private Unternehmerschaft und „Ausbeutung“ verschwinden zu lassen. Die Praxis sollte jedoch zeigen, dass der Zentralismus ein ungeeignetes Mittel darstellte, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.¹²

Unter der Führung Titos und seiner engsten Mitarbeiter, in einem wie eben beschriebenen zentralistisch ausgeprägten System, in dem der Staat die Macht ausübte, versuchte sich die KPJ (Kommunistische Partei Jugoslawiens), in Anlehnung an die stalinistische Partei, eine bedeutende Stellung in der kommunistischen Welthierarchie unmittelbar hinter der Sowjetunion zu sichern.¹³

2.3.1 Politischer Hintergrund

Am 29. November 1943 wurden die Weichen für eine Neugründung des Staates Jugoslawien gelegt. Auf der Tagung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ), welcher von Tito-Partisanen zum Leben erweckt und organisiert wurde, beschloss man, Jugoslawien einer Umgestaltung zu unterziehen, indem ein neuer Bundesstaat gegründet werden und den Nationen untereinander Gleichberechtigung in allen Belangen versprochen werden sollte. Gleichzeitig kam es zur Bildung einer provisorischen Regierung in der Josip Broz Tito zum Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber gewählt wurde, wobei zu erwähnen ist, dass die neue Regierung auch auf Drängen der Briten – aus militärischen Gründen – entstanden ist. Auf dieser Basis wurde knappe 2 Jahre später, am 7. März 1945, die provisorische Regierung des „Demokratischen Föderativen Jugoslawien“ ausgerufen, wobei die Aufteilung des Kabinetts folgendermaßen aussah: 20 Vertreter der AVNOJ, drei Mitglieder der monarchistisch Londoner Exilregierung und fünf Politiker der Vorkriegsparteien.¹⁴

¹² Vgl. Kurbegovic, 2004 S. 15

¹³ Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 102

¹⁴ Vgl. Ebd., S. 96

Damit war auch die Vorherrschaft der KPJ gesichert. Unmittelbar nach Kriegsende hatten es die Kommunisten geschafft, nicht nur die militärische Herrschaft, sondern auch die zivile Verwaltung an sich zu reißen, was bei den Wahlen 1945 deutlich zur Geltung kommen sollte. Sämtliche bürgerliche Parteien, welche in Opposition zu den Kommunisten standen, versuchten sich mithilfe von Wahlboykotten vergeblich gegen das kommunistische Regime zu wehren. Der Ausgang der Wahlen verlief für die in Opposition befindlichen Parteien niederschmetternd. 90% der Wählerstimmen gingen an die Kommunisten, was anschließend einen Liquidierungsprozess aller nichtkommunistischen Parteien zur Folge hatte. Daraufhin kam es am 29. November 1945, dem zweiten Jahrestag der AVNOJ-Versammlung, zur Auflösung der Monarchie und zur Proklamierung der „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ (FNRJ). Zwei Monate später, am 31. Januar 1946, wurde auf Grundlage der sowjetischen Verfassung von 1936 die erste Verfassung Jugoslawiens verabschiedet, welche das Land in sechs Volksrepubliken gliederte; Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und den zwei autonomen Gebieten Vojvodina und Kosovo. Die Ideale der „Brüderlichkeit und Einheit“ (bratstvo i jedinstvo) sollten dazu dienen, nationale Interessen zu überwinden und den föderativen Charakter der Republik zu stärken. Dennoch blieb die Souveränität der einzelnen Republiken aufgrund der ausgeprägten zentralistischen Organisationsform von Staat und Wirtschaft stark begrenzt. Dem Bund blieben viele Rechte vorbehalten, was den Teilrepubliken eigene Entscheidungen und Entwicklungsmöglichkeiten erheblich erschwerten.¹⁵ Abbildung 1 soll einen Überblick über die Merkmale des administrativen Sozialismus in den Jahren 1945-1950/51 geben, wobei auf einzelne Punkte in weiterer Folge eingegangen wird.

¹⁵ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 182ff

Abbildung 1: Merkmale des administrativen Sozialismus (1945-1950/51)

Verwaltung	zentralisiert
Wirtschaft allgemein	staatliche Lenkung
Rolle der Produzenten	ausführend
Produktionsmittel	Volkseigentum (Staatseigentum)
Planungsvorgang	umfassend, verbindlich
Wirtschaftlicher Schwerpunkt	Schwerindustrie, Infrastruktur
Landwirtschaft	Zwangskollektivierung
Markt	marginal
Preise	administrativ festgesetzt
Investitionen	Staatshaushalt
Verbrauch	zentrale Produktion
Außenhandel	staatliches Monopol
Wechselkurse	staatlich verschiebbar

Quelle: Sivric-Pesa, 2005 S. 184

Von nun an wurde auf die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung großer Wert gelegt. Dies war auch deshalb von enormer Bedeutung, da der Zweite Weltkrieg deutlich seine Spuren hinterließ. Der Großteil der Infrastruktur war zerstört, Währungs- und Finanzsysteme brachen in sich zusammen. Obwohl es kaum offizielle Angaben gibt, wird das Ausmaß an materiellen Schäden des Zweiten Weltkrieges auf 9 Milliarden Dollar geschätzt, was in etwa das Vierfache des durchschnittlichen Volkseinkommens der Jahre 1925-1934 ausmachte.¹⁶

Wie bereits erwähnt, gelang es Jugoslawien bereits früh und in radikaler Weise, das politische und Wirtschaftssystem der Sowjetunion zu kopieren. Charakteristisch dafür war, dass eine zentralistische Planung aller Entwicklungsfaktoren und Ressourcen aufgrund des Staatseigentums an den Produktionsmitteln mittels staatlicher Direktivpläne stattfand. Die Nachteile eines solchen Systems liegen auf der Hand. Da der Staat die Festsetzung von Produktionsprogrammen und -aufgaben in den einzelnen Unternehmen nun bestimmen konnte, hatte dies zur Folge, dass sich die in diesen Betrieben arbeitenden Individuen mit einem solchen System nicht identifizieren konnten, was sich wiederum negativ auf die Produktivität der Unternehmen auswirkte. Ein weiteres Problem bestand darin, dass sich dadurch marktwirtschaftliche Elemente nicht durchsetzen lassen konnten. Somit war es auch nicht möglich, auf Konsumentenbedürfnisse und -wünsche einzugehen und

¹⁶ Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 103

in weiterer Folge führte dies dazu, dass Qualität und Rentabilität von Waren enormen Schwankungen ausgesetzt waren. Somit war eine optimale Arbeitsproduktivität nicht gegeben.¹⁷

Man betrachtete diese Phase des „Revolutionären Etatismus“ als Notwendigkeit, die jedoch nicht auf Dauer ausgelegt sein sollte, da der Etatismus nicht den Prinzipien des Sozialismus entsprach. Der Staat sollte lediglich den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft, mit spezieller Berücksichtigung von Wirtschaft und Politik, sowie die Festsetzung der wichtigsten Ziele dieser Entwicklung vorantreiben. Weiters sollte der Staat die Mittel für die Verwirklichung dieser Ziele festlegen.¹⁸

2.3.2 Verstaatlichung und Agrarreform

Die Verstaatlichung setzte in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein, indem der Staat zuerst vor allem Produktionsmittel der ehemaligen kapitalistischen Inhaber in seinen Besitz nahm. Es kam laufend zur Verabschiedung neuer Gesetze, die die Enteignung von Liegenschaften und Produktionsmittel von ihren Eigentümern vorsahen, um damit einen sogenannten „Fonds des allgemeinen Volkseigentums“ einrichten zu können.¹⁹ In den nun streng zentralistisch organisierten Staat, waren Planungsinstanzen auf Bundesebene denen der Republik- oder Gemeindeebene streng übergeordnet.

Die Gründung der Unternehmen erfolgte nun durch den Staat, welcher vorgab, wie die administrative operative Führung, die für die Leitung des Unternehmens und der Geschäftstätigkeit verantwortlich war, auszusehen hatte. Somit setzte der Staat das Sach- und Umlaufkapital des Unternehmens fest und bestellte weiters für jedes Unternehmen einen Direktor, der die Leitung der Geschäfte übernehmen sollte. In seiner Position als Geschäftsleiter war dieser jedoch deutlich eingeschränkt, da es dem administrativen und operativen Organ jederzeit möglich war, eine Erhöhung bzw. Herabsetzung oder, wenn nötig, eine Übertragung des Sach- und Umlaufkapitals von einem Unternehmen zu einem anderen durchführen zu lassen. Weiters konnten Beschlussfassungen des Direktors ohne weiteres geändert oder für nichtig erklärt werden. Konnte ein Unternehmen seinen Verpflichtungen

¹⁷ Vgl. Konstantinovic, 1982 S. 36-38

¹⁸ Vgl. Ebd., S. 6f

¹⁹ Vgl. Kurbegovic, 2004 S. 15

nicht mehr nachkommen, so musste der Staat eingreifen, der diesen Verpflichtungen mit Hilfe von Haushaltsmitteln entgegenkam. Dem Staatsorgan war es weiters auch vorbehalten wirtschaftlich schwache Unternehmen entweder einer Sanierung zu unterziehen oder im schlimmsten Fall ein Liquidationsverfahren vorzubereiten.²⁰ Erwähnt werden muss auch die vom Staat veranlasste Isolierung des Binnenmarktes, was ein Ausweichen auf internationale Märkte und somit eine Wettbewerbssituation verhinderte. Diese Maßnahme diente jedoch vor allem dazu, die in ihrem Anfangsstadium befindliche jugoslawische Industrie keinen externen Einflussmöglichkeiten auszusetzen.

So nahm die Verstaatlichungswelle ihren Lauf, wobei man sich, wie bereits erwähnt, streng an das sowjetische Modell der Zentralverwaltungswirtschaft hielt. Es erfolgte im Eiltempo die Verstaatlichung zahlreicher Unternehmen. So gehörten bereits Mitte 1945 80% der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen (aus Industrie, Bergbau, Bankenwesen, Großhandel, etc.) dem Staat, wobei Landwirtschaft und Handwerk von der Verstaatlichung noch verschont blieben.²¹

Dem Agrarsektor sollten wesentliche Eigentumsveränderungen dennoch nicht erspart bleiben. So musste die Landwirtschaft 1945 der immer wichtiger und bedeutender werdenden Industrialisierung weichen. Bevor es zur Verabschiedung des Gesetzes über die Agrarreform, am 23. August 1945 kam, wurde der Boden von Kriegsverbrechern und Angehörigen der deutschen Volksgruppe zwangsenteignet. Die Agrarreform sah nun eine Höchstgrenze von 25-30 ha privaten Grundbesitz vor. Nachdem 160.000 Einwohner von diesen Maßnahmen betroffen waren und daraus ein Bodenfonds von ca. 1,6 Millionen ha entstand, wurde dieser vor allem an landarme oder besitzlose Familien in unterentwickelten Gebieten Jugoslawiens verteilt.²²

2.3.3 Erste wirtschaftliche Maßnahmen

Der erste Fünfjahresplan, welcher für den Zeitraum zwischen 1947 und 1951 entworfen wurde um das Volkswirtschaftswachstum Jugoslawiens voranzutreiben, stellte ein sehr ehrgeiziges Programm dar. Man setzte sich zum Ziel, die wirt-

²⁰ Vgl. Ebd., S. 15f

²¹ Vgl. Dobias, 2000 S. 19f

²² Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 104 sowie Bonač, 1968 S. 55

schaftliche und technische Unterentwicklung zu überwinden, das militärische Potential zu stärken und den sozialistischen Sektor weiter auszudehnen.²³

Die bedeutendsten Ziele des Fünfjahresplanes wurden folgendermaßen definiert: Wiederbelebung der Wirtschaft, die im Krieg zerstört wurde, Beseitigung des technologischen und ökonomischen Rückstandes, rascher Übergang von Landwirtschaft zu Industrialisierung, Festigung der Wirtschaft, Politik und des Militärs in Europa, Vorantreiben des gesellschaftlichen Gemeinschaftssektors und die allgemeine Verbesserung des Lebensstandards. Als enorm wichtig betrachtete man aber auch die Beseitigung des bereits im ersten Kapitel erwähnten ökonomischen Dualismus, der zwischen den einzelnen Gebieten deutlich zum Vorschein kam. Nur dann könnte, nach Auffassung der Kommunisten, eine homogene moderne jugoslawische Wirtschaft funktionieren. Die Entwicklungskluft zwischen dem relativ reichen Norden, mit Kroatien und Slowenien, und der unterentwickelten südlichen Region sollte mithilfe von finanziellen Förderungen, die von der Belgrader Zentrale ausgehen sollten, da sämtliche erwirtschafteten Gewinne nach Belgrad flossen, reduziert werden.²⁴ Tatsächlich konnte man jedoch bereits in dem damals noch jungen Staat Jugoslawien erkennen, dass aufgrund zunehmender Sonderinteressen, der Zusammenhalt der Republiken eine extreme Herausforderung darstellen würde.

Obwohl Tito²⁵ immer wieder zu verstehen gab, die Unabhängigkeit und Souveränität Jugoslawiens gegenüber den kapitalistischen Westmächten und der Sowjetunion bewahren zu wollen, bekam das Land den wachsenden Druck dennoch zu spüren. Einerseits versuchten die kapitalistischen Staaten das strategisch wichtig gelegene Jugoslawien durch Hilfslieferungen und Kredite an sich zu binden. Zwischen 1945 und 1947 lieferte die UNO an Jugoslawien Waren (Nahrungsmittel, Medikamente, Ausrüstungsgüter für die nach dem zweiten Weltkrieg zerstörte Industrie und Infrastruktur) im Wert von über 334 Mio. USD. Andererseits missfiel der sowjetischen Regierung die wachsende Eigenständigkeit der jugoslawischen Politik, welche sie mit diplomatischen Druck und wirtschaftlichen Mitteln unter Kontrolle zu bringen versuchten. 1948 wurde der jugoslawischen Außen-

²³ Vgl. Dobias, 2000, S. 20

²⁴ Vgl. Sivric-Pesa, 2005, S. 185

²⁵ Mit der Begründung, die sozialistische Gesellschaftsordnung aus eigener Kraft aufgebaut zu haben

handel mit einem Anteil von bis zu 50% hauptsächlich mit der Sowjetunion abgewickelt.²⁶ Auch die Errichtung gemischter jugoslawisch-sowjetischer Gesellschaften (besonders im Bereich der Luft- und Schifffahrt) trug zur allgemeinen Unzufriedenheit in der jugoslawischen Bevölkerung bei und spiegelte das Wirtschaftskonzept der UdSSR, nicht an einer Industrialisierung Jugoslawiens, sondern nur an einer möglichst hohen Wertschöpfung jugoslawischer Ressourcen interessiert zu sein, deutlich wider.²⁷

Diese Umstände und die Tatsache, dass Jugoslawien mit einer Annektierung Albaniens und eventuell sogar Bulgariens an die föderative Volksrepublik Jugoslawien liebäugelte, brachten das Fass zum Überlaufen und führten nach zahlreichen politischen Auseinandersetzungen letztendlich dazu, dass Jugoslawien am 28. Juni 1948 einen Ausschluss aus dem Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) erlebte und sämtliche Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion abgebrochen wurden.²⁸

Die durch den Bruch Jugoslawiens mit den Ostblockländern verhängte Wirtschaftsblockade, zwang den Staat seine Entwicklungsstrategie zu ändern. Da nun eine wichtige Einnahmequelle fehlte, mussten Kosten gespart werden. Dies hatte u.a. zur Folge, dass Standorte für Schwerindustrie nun aufgrund der zu hohen Infrastrukturkosten doch in den entwickelten Norden, und nicht wie geplant in ärmere südlichere Regionen, verlagert wurden. Vergleichsweise schlechte Standortbedingungen für die unterentwickelten südlichen Gebiete gegenüber dem Norden zeigen auf, dass besonders diese Region unter der Wirtschaftsblockade Sowjetunion zu leiden hatte.²⁹

Der Bruch mit der Sowjetunion hatte jedoch auch zur Folge, dass Jugoslawien nun seinen eigenen Weg gehen konnte. Und der hieß Selbstverwaltungssozialismus, welcher im nächsten Kapitel v.a. unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte behandelt werden soll.

²⁶ Vgl. Thörner, 1999 S. 81

²⁷ Vgl. Furtak, 1975 S. 17f

²⁸ Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 105ff

²⁹ Vgl. Eger, 1980, S. 41f

2.4 Entstehung des Selbstverwaltungsgedanken in der Periode des „neuen ökonomischen Systems“

2.4.1 Einführung der Arbeiterselbstverwaltung als Prämisse für die Herausbildung autonomer Unternehmen

Die im vorigen Kapitel erwähnte Abkehr vom Stalinismus ermöglichte Jugoslawien den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung, deren sozial-ökonomische Ideologie sich stark an den Marxismus bzw. Leninismus anlehnte und der Grundforderung nach dem „Absterben des Staates“ nachging.³⁰

Obwohl die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung offiziell am 26. Juni 1950 ihre Geburtsstunde erlebte, begann man innerhalb der jugoslawischen Staatsführung bereits ein Jahr zuvor, im Mai 1949, eine Neustrukturierung des wirtschaftlichen Systems in Betracht zu ziehen. Edvard Kardelj, einer der damaligen führenden jugoslawischen Politiker, der eng an Titos Seite stand, verlangte in einer Rede vor der Nationalversammlung nicht weniger als die stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Unternehmen, Institutionen und dergleichen. Es folgte im Dezember 1949, in der sogenannten „Anleitung für die Gründung und Tätigkeit von Arbeiterräten in staatlichen Wirtschaftsunternehmen“, ein erstes Konzept für die Bildung solcher Arbeiterräte in dem deren Funktionen näher beschrieben wurden.³¹ Folgende Aufgabenbereiche sollten sie übernehmen: Oberste Priorität bildete zunächst einmal das Konzept der Rentabilität. Die Arbeiterräte wurden verpflichtet, unter Einflussnahme von Partei und Gewerkschaften, entsprechende Entwürfe vorzulegen, wie eine solche Rentabilität verwirklicht werden könnte. Die Steigerung der Akkumulation stellte eine weitere wichtige Aufgabe dar. Herstellungskosten sollten gesenkt und eine Verbesserung der Arbeitsorganisation realisiert werden, wobei man davon ausging, dass eine Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht nur durch die Anschaffung neuer Maschinen, sondern vor allem durch das Bemühen der Arbeiterräte eine moderne Arbeiterorganisation zu schaffen, erreicht werden konnte.³²

Dass die Übergabe der Fabriken an die Arbeiter ein gewagtes Experiment darstellte, bemerkte Professor Mirković und meinte dazu: „*Trotz der Arbeiterselbstver-*

³⁰ Vgl. Sivric-Pesa, 2005, S. 187f

³¹ Vgl. Furtak, 1975 S. 24

³² Vgl. Sirc, 1962 S. 354

waltung kamen folgende negativen Seiten zum Vorschein: Preissteigerungen, Vergeudung des Gesellschaftsvermögens, unwirtschaftliche Ausgaben, unfachliche Maßstäbe bei der Verteilung von Funktionen, überschüssige Arbeitskräfte, geringe Arbeitsproduktivität, niedriger Verantwortungsgrad den großen Aufgaben gegenüber.“ Und weiters zu der Frage nach dem Risikoträger in der Arbeiterselbstverwaltung: „Im Kapitalismus trägt derjenige, der die Entscheidung trifft, auch das Risiko.... Im Sozialismus gibt es das nicht. Eine Fehlentscheidung rächt sich nicht an demjenigen, der sie getroffen hat.“³³

Dennoch war selbst Tito, angesichts der Notwendigkeit einer Alternative zum sowjetisch staatlichen Wirtschaftsverwaltungssystem, von der Etablierung der Arbeiterräte überzeugt und so wurde im Juni 1950 das „Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen“ verabschiedet. So kam es, dass die Belegschaft von über 6000 Betrieben zum ersten Mal Arbeiterräte, zwischen 15 und 120 Mitglieder zählend, wählte.³⁴ Obwohl nun die Arbeiterräte mehr Rechte besaßen und stärkeren Einfluss in die Unternehmensführung hatten, war die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung von 1950 mehr symbolischer Natur, da es praktisch unmöglich war, sich gegen den staatlich beaufsichtigten Direktor durchzusetzen. Die Entscheidung über die Verwendung des in den Betrieben entstandenen „Mehrwerts“ blieb ausschließlich dem Direktor vorbehalten, der, nach Ansicht der Partei, den Ausbruch einer „Anarchie“ verhindern würde. Trotz allem wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der den Staat in langsamen Schritten zum Rückzug aus den Schaltstellen der Wirtschaft zwingen und somit das Ende von zentralistischen Organisationsprinzipien und Entscheidungsmechanismen einleiten sollte. Die ersten Ergebnisse dieses neuen „Wirtschaftssystems“ sollte das Jahr 1952 bringen. Ansatzweise wurden nun die „Gesetze des Marktes“ zugelassen, um den einzelnen Betrieben einen größeren Spielraum zu gewähren. Das hatte zur Folge, dass den Unternehmen das Recht eingeräumt wurde, 3-17% der Akkumulationsmittel einzubehalten und darüber frei verfügen zu dürfen, wobei dies an die Bedingung geknüpft war, dass nun auch ein Teil des Marktrisikos selbst übernommen werden musste.³⁵

Diese Maßnahmen sollten durch eine Reihe von Gesetzen in den folgenden Jahren gefestigt werden und eine neue, modernisierte Wirtschaft aufbauen.

³³ Ebd., S. 355f zitiert nach Mirkovic, a. a. O., S. 144 bzw. 185

³⁴ Vgl. Sundhaussen, 1982 S.163

³⁵ Vgl. Ebd.

2.4.2 Wirtschaftsentwicklung der frühen 50er-Jahre

Aufgrund des Wirtschaftsboykotts seitens der Sowjetunion, der Kriegszerstörungen und des strukturellen Rückstandes, befand sich Jugoslawien zu Beginn der 50er-Jahre in einer wirtschaftlich angespannten Situation. Dies sollte sich in den darauf folgenden Jahren aufgrund der im vorigen Kapitel erwähnten Wirtschaftsreformen und der damit einhergehenden Dezentralisierung jedoch bessern.

Zu den primären Zielsetzungen, die bereits im ersten Fünfjahresplan festgelegt wurden, gehörte nun vor allem die Fortsetzung einer rapiden Industrialisierung, vor allem der Schwerindustrie, unter Vernachlässigung der Landwirtschaft, die nur unzureichend mit Rohstoffen beliefert wurde.³⁶ So kam es, dass der landwirtschaftliche Sektor anstelle von Exportüberschüssen größtenteils Importe verzeichnete. Das Einkommen der Bauern, welche noch immer 60% der Bevölkerung ausmachten, befand sich auf einem extrem niedrigen Niveau, was jüngere Generationen immer mehr dazu veranlasste, Dörfer und Bauernhöfe zu verlassen und sich nach neuen, vielversprechenden Möglichkeiten in Städten umzusehen.³⁷ Die Entwicklung der Landwirtschaft lässt sich generell in den 50ern- und frühen 60ern in drei Phasen unterteilen: In der ersten Phase blieben Investitionsraten gering und das Produktionsniveau niedrig. Gegen Ende der 50er-Jahre stiegen die Investitionen im agrarischen Sektor jedoch enorm an und erreichten mit 25% aller investierten Mittel ihren Höhepunkt. Die dritte Phase, ab 1960 und bedingt durch eine allgemeine Wirtschaftskrise im Land, war wiederum durch niedrige Investitionsquoten gekennzeichnet. Dies hatte auch zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit auf dem landwirtschaftlichen Gebiet anstieg – Mitte der 60er-Jahre betrug sie etwa 18% – und somit weiter die erwähnte „Landflucht“ der Jugendlichen begünstigte.³⁸

Obwohl Bedenken an der neuen Jugoslawischen Wirtschaftspolitik geäußert wurden, lässt sich ohne Zweifel sagen, dass im Zeitraum von 1950 und 1960 kaum ein Land mit einem derart großen Anstieg der Industrieproduktion Jugoslawiens mithalten konnte. Beteiligte sich die Industrie 1948 mit 30% am Bruttosozialprodukt,

³⁶ Vgl. Eger, 1980 S. 41

³⁷ Vgl. Bombelles, 1968 S. 112

³⁸ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 890

so waren es 1959 bereits 40%.³⁹ Wie Tabelle 1 illustriert, konnten zwischen 1956 und 1960, mit im Durchschnitt 13%, die höchsten jährlichen Wachstumsraten erzielt werden.

Tabelle 1: Rates of Growth of GNP (in percent per annum)

	1952-56	1956-60
Industry	12,6	13,0
Agriculture	5,9	9,0
National economy	8,5	11,9

Quelle: Singleton, 1982 S. 130

Die Frage die sich hier nun stellt ist jene, wie Jugoslawien solche Wachstumsraten in der Industrieproduktion überhaupt ermöglicht wurden. Nach Ansicht der westlichen Länder war eine große Portion Mut erforderlich, sich als erstes Land überhaupt dem sowjetischen Regime zu entziehen. Die weitere Entwicklung des Landes sollte daher mit großem politischem Interesse verfolgt werden. So waren es vor allem die USA, wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, die die jugoslawische Wirtschaft in Form von Schenkungen, Krediten und anderen unentgeltlichen Zahlungen in den Nachkriegsjahren und frühern 50ern unterstützen.⁴⁰

Tabelle 2: U.S., British and French economic aid to Yugoslavia (Millions of Dollars)

Country	1946-56	1951-55
U.S.	970,7	-
Great Britan	-	54,2
France	-	32,1

Quelle: In Anlehnung an Bombelles, 1968 S. 108 und S. 110

Trotz der finanziellen Unterstützung seitens der westlichen Länder, stieg das Defizit der Zahlungsbilanz in enorme Höhen. So kam Jugoslawien in den Jahren 1953-56 auf ein Defizit von insgesamt 639 Millionen Dollar.⁴¹ Wie lässt sich solch eine negative Entwicklung erklären? Nun, viele der neuen Industrieunternehmen arbeiteten uneffizient, da sie vor allem teure Güter mit niedriger Qualität

³⁹ Vgl. Singleton, 1982 S. 129

⁴⁰ Vgl. Bombelles, 1968 S. 108ff

⁴¹ Vgl. Ebd., S. 106

produzierten. Dadurch wurden Exporte erschwert und nur unter hohen Kapitalbeihilfen realisierbar. Dies hatte weiters zur Folge, dass die durch die Exporte erwirtschafteten mageren Gewinne nicht ausreichten, um den Import von Rohstoffen, Maschinen und Ersatzteilen zu finanzieren. Somit war man umso mehr auf die wirtschaftliche Unterstützung des Auslands angewiesen.⁴²

Bereits in den frühen 50ern stellte auch das unterschiedliche Entwicklungsniveau innerhalb Jugoslawiens ein großes Problem dar. Die Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Gebieten blieb nicht nur groß, sie breitete sich in den kommenden Jahren auch noch weiter aus. Unter anderem spielte die Investitionspolitik eine erhebliche Rolle und sollte ab 1953 Grundlage zahlreicher Diskussionen werden. Die Abkehr vom administrativen Wirtschaftssystem, die Trennung der Investitionsmittel vom Staatshaushalt und in weiterer Folge die Bildung eines „Allgemeinen Investitionsfonds“ bzw. „Gesellschaftlichen Investitionsfonds“ zur Förderung der einzelnen Republiken stieß bei den unterentwickelten Regionen auf Misstrauen, da diese nun befürchten mussten, bei der Verteilung dieser Investitionsmittel benachteiligt zu werden. Daher wurde oft die Einrichtung eines besonderen Fonds zur Finanzierung der unterentwickelten Gebiete gefordert, was in dieser Form jedoch nicht realisiert werden konnte. Lediglich vereinzelte Maßnahmen, wie z.B. verbilligte oder zum Teil zinslose Kredite, wurden diesen Gebieten in den Jahresplänen bis 1956 zugesprochen.⁴³

Alles in allem konnte man immer wieder Zeuge zahlreicher Auseinandersetzungen werden, die eine ungerechte Ressourcenverteilung innerhalb Jugoslawiens zwischen dem „wohlhabenden“ Norden und dem „ärmlichen“ Süden zum Thema hatte. Dieses Phänomen stellte einen bedrohlichen Konfliktherd zwischen den einzelnen Republiken dar. Tabelle 3 verdeutlicht die Kluft zwischen Norden und Süden in den frühen 50er-Jahren.

⁴² Vgl. Ebd., S. 112

⁴³ Vgl. Eger, 1980 S. 44f

Tabelle 3: Reales Gesellschaftsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in den jugoslawischen Regionen

	1952	1953	1954	1955	1956
Jugoslawien	100	100	100	100	100
entwickelte Gebiete					
Kroatien	115	112	119	120	122
Slowenien	168	151	172	168	178
Vojvodina	102	125	117	118	116
engeres Serbien	94	96	89	90	87
unterentwickelte Gebiete					
Bosnien und Herzegovina	87	84	80	79	73
Mazedonien	66	68	68	69	74
Montenegro	70	68	68	70	73
Kosovo	47	47	44	40	42

Quelle: Eger, 1980 S. 180

Die Probleme, die sich Mitte der 50er-Jahre anhäuferten, verlangten daher eine Änderung der Entwicklungsstrategie. Dies stellte jedoch ein schwieriges Unterfangen dar, da Strategien zur Verbesserung der Wirtschaft auch auf politischer Ebene ein Eingreifen erforderlich machten, womit sich auch die „Gesetze des Marktes“ nicht vollständig durchsetzen konnten. Wichtige Maßnahmen wie z.B. die Aufhebung der Preiskontrollen durch den Staat, die Entfernung politisch bedingter Kader in führenden Positionen der Wirtschaft, eine Investitionspolitik, die sich mehr nach ökonomischen als nach politischen Gesichtspunkten richtet oder eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten, hätte durchaus die Jugoslawische Wirtschaft vorantreiben können, jedoch auch das politische Regime Titos gefährdet.⁴⁴

2.4.3 Der zweite Fünfjahresplan und die Krise der frühen 60er-Jahre

Auf einem im Juni 1957 abgehaltenen Kongress der Arbeiterräte in Belgrad standen erneut wichtige ökonomische Themen im Mittelpunkt. Vor allem staatliche Eingriffe in die Wirtschaftspolitik sollten weiter abgeschwächt und den Arbeiterräten das Recht eingeräumt werden, über die Verwendung der Unternehmensgewinne selber zu entscheiden. Erste Ansätze dieser Forderungen wurden bereits Ende

⁴⁴ Vgl. Bombelles, 1968 S. 113

1957 in den Betrieben umgesetzt, blieben in ihrer praktischen Bedeutung jedoch weitgehend unerfüllt.⁴⁵

Im selben Jahr wurde auch die Einführung des zweiten Fünfjahresprogramms, auch „Perspektivenplan“ genannt, bekanntgegeben. Wie der erste Plan, der durch die Wirtschaftsblockade der Sowjetunion ein abruptes Ende fand, verfolgte auch der zweite ein ehrgeiziges Ziel und setzte erneut auf fortschreitende Modernisierung und Industrialisierung.⁴⁶ Dies sollte nun auch durch engere Zusammenarbeit der Unternehmen mit Kommunen und Republiken erreicht werden. Obwohl die Bundesregierung noch immer großen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen hatte, trug im Wesentlichen die allmähliche Loslösung von zentralistischer Planwirtschaft, durch die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung, sowie der Abschluss wichtiger Projekte in der Grundstoff- und Energiewirtschaft, dazu bei, dass die industrielle Produktion zu Beginn der 1960er-Jahre nicht nur einen enormen Aufschwung erlebte, sondern zur damaligen Zeit mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 12%, auch auf eine erhöhte Input-Steigerung zurückzuführen, unter den höchsten der Welt lag. Somit erreichte die Industrieproduktion 1962 einen Wert, der das dreifache von dem im Jahre 1957 und sogar das Fünffache der Produktion von 1939 aufweisen konnte.⁴⁷

Der zweite Fünfjahresplan sollte den wirkungsvollsten jugoslawischen Wirtschaftsplan der Nachkriegszeit darstellen und wurde, statt wie im Jahr 1961 beabsichtigt, bereits 1960 für vervollständigt, da die Regierung sämtliche Ziele (mit Ausnahme der Importpolitik) für erreicht erklärte.⁴⁸ Tabelle 4 verdeutlicht die eben angesprochenen Errungenschaften des zweiten Fünfjahresplans.

⁴⁵ Vgl. Sundhaussen, 1982 S. 167f

⁴⁶ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 190f

⁴⁷ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 894 bzw. Bonač, 1968 S. 43

⁴⁸ Vgl. Bombelles, 1968 S. 115

Tabelle 4: Second Five Year Plan, 1957-61 (completed 1960)

	Target % growth	Achievement (1960) % growth
National income	54,4	63,0
Industrial production	70,0	70,0
Agricultural production	41,2	59,8
Exports	75,4	76,7
Imports	41,9	70,5
Personal consumption between	34 and 40	45,8

Quelle: Singleton, 1982 S. 131

Trotz dieser erstaunlich positiven Entwicklungen, mit Ausnahme der Importüberschüsse, weist Tabelle 4 jedoch nicht auf die sich abzeichnenden Schwächen hin, die im Verlauf der 50er-Jahre offenkundig wurden. Der rasante Anstieg der Industrieproduktion ging auf Kosten der Zahlungsbilanz. Die bereits im vorherigen Kapitel erwähnten Probleme des Zahlungsbilanzdefizits sollten sich in den 60er-Jahren noch mehr verschärfen und auch in den folgenden Jahren größtenteils ungelöst bleiben. Konnte man 1956 noch 87% der Importe durch Exporte decken, waren es 1962 nur mehr 69%.⁴⁹

In absoluten Zahlen ausgedrückt betrug das Defizit 1960 bereits 212,5 Millionen Dollar, 73,8% über den Wert von 1956. Importe erlebten höhere Wachstumsraten als Exporte und der Grund dafür war im Industriehandel zu suchen. Der Import verdreifachte sich auf diesem Sektor und erhöhte sich um 411,3 Millionen Dollar, während Exporte „nur“ um 168,8 Millionen stiegen. Doch wie lässt sich so ein enormes Defizit erklären? Nun, die massenweise Produktion von Gütern wie Automobile, Kühlschränke oder Fernseher erforderte nicht nur den Import von neuen Maschinen, sondern auch von Ersatzteilen und Rohstoffen. Gleichzeitig konnten die Betriebe, wie bereits erwähnt, aufgrund der niedrigen Qualität der Produkte, hoher Preise und weiterer negativer Faktoren, nicht mit den internationalen Märkten konkurrieren. Auch eine Abwertung des Dinars auf 750 pro Dollar, um die Exporte wieder attraktiver zu machen, half nicht. In 1964 betrug das Handelsdefizit bereits 434,8 Millionen Dollar.⁵⁰

Einen Schritt Richtung Dezentralisierung bildete die Reform des Bankenwesens in den 50er-Jahren. War die unmittelbare Nachkriegszeit noch durch eine strenge,

⁴⁹ Vgl. Singleton, 1982 S. 130

⁵⁰ Vgl. Bombelles, 1968 S. 160ff

zentrale Planwirtschaft geprägt – sämtliche Banken waren der staatlichen Kontrolle unterstellt, Börse und private Banken waren praktisch nicht vorhanden – so wurde in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre durch die Einführung von Kommunalbanken und Sparkassen und der Gründung dreier Spezialbanken (Jugoslawische Außenhandelsbank, Jugoslawische Investitionsbank, Jugoslawische Landwirtschaftsbank), die Verteilung des Kapitals einer neuen, effizienteren Struktur unterworfen.⁵¹ Diese neu errichteten Institutionen hatten nun die Aufgabe, die bisher von der Jugoslawischen Nationalbank getätigten Geschäfte zu übernehmen. Auch hier zeigte sich jedoch, dass der Dezentralisierungsprozess nur sehr schleppend vorangetrieben wurde, da Kommunalbanken gegenüber der Nationalbank eingeschränkten Spielraum besaßen. So mussten Kommunalbanken 35% ihrer Aktiva ebendieser abgeben und konnten von diesen nur bei guter Zusammenarbeit mit der Nationalbank Gebrauch machen.⁵²

In weiterer Folge sollten das Bankengesetz von 1961 und die Verabschiedung der neuen Verfassung von 1963, welche den Selbstverwaltungssozialismus weiter konstitutionell verankerte, eine weitere Dezentralisierung und De-Etatisierung der Banken- und Kreditwesens vorantreiben. Dies sollte auch durch die Auflösung des „Allgemeinen Investitionsfonds“ und der Übertragung des Fonds auf die Kommunalbanken geschehen.⁵³ Tatsache ist jedoch, dass die NBJ (Nationalbank Jugoslawiens) auch weiterhin gesamtwirtschaftliche Größen beeinflussen konnte, und somit eine Geldmengensteuerung nach marktwirtschaftlichen Regeln unmöglich machte. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, v.a. auf die Preisbildung, verhinderten weiters die vorgesehene Konvertibilität der Währung und führten zu einer Überschuldung der Wirtschaft. Devisen-, Banken-, Kredit- und Planungssysteme blieben somit weiterhin zentralistisch geprägt.⁵⁴

In den frühen 60er-Jahren stolperte man von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Der 1961 geplante dritte Fünfjahresplan sollte eine Periode von 1961 bis 1965 abdecken, wurde jedoch aufgrund schwach zu erwartender Wachstumsraten frühzeitig aufgegeben. So entschloss sich die Regierung 1962 auf die bereits für die Jahre 1952-1957 angewandten Jahrespläne umzusteigen.⁵⁵ Auch die Wirtschafts-

⁵¹ Vgl. Rohmann, 2001 S. 40

⁵² Vgl. Singleton, 1982 S. 139f

⁵³ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 903

⁵⁴ Vgl. Rohmann, 2001 S. 41 und

⁵⁵ Vgl. Bombelles, 1968, S.117f

reform von 1961, die den Arbeiterräten zwar freie Verfügung der „Unternehmenseinkommen“ und die Festlegung der persönlichen Einkommen garantierte, brachte nicht die erwünschten Verbesserungen. Unternehmen die produktiver wirtschafteten zögerten nun nicht, ihre persönlichen Einkommen zu erhöhen was sich katastrophal auf das Entwicklungsgefälle verschiedener Wirtschaftszweige und auf die Inflation auswirkte. Privateinkommen erlebten ein Wachstum von 23% während die Arbeitsproduktivität mit 3,4% mit diesem Anstieg bei weitem nicht mithalten konnte. Zu dieser Zeit erlebte auch die Industrieproduktion einen Rückgang von 15,4% (1960) auf 4,1% (1961). Die Verfassung von 1963 änderte nicht viel an der wirtschaftlich angespannten Lage Jugoslawiens.⁵⁶

Trotz beachtlicher Zahlen, die Jugoslawien mit dem zweiten Fünfjahresplan zweifellos erreichte, konnte man bereits in den frühen 60er-Jahren erkennen, dass ein System, in dem sowohl staatliches Eingreifen, zentralistische Lenkung und administrativ festgelegte Preise auf der einen Seite, und parallel dazu verlaufend auch Selbstverwaltung, Marktelemente und freie Preise, keinen gemeinsamen Weg gehen konnten. Dem Staat gelang es zwar die Rohstoffpreise auf einem niedrigen Niveau zu halten um somit auch Kosten zu sparen und Gewinne auf dem produzierenden Sektor zu generieren, gleichzeitig litt jedoch auch die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten darunter. In weiterer Folge litten zahlreiche die Industriebetriebe darunter, die oft nur noch durch Subventionen des Staates vor der Schließung gerettet werden konnten.⁵⁷

Die sich anhäufenden Probleme erforderten ein rigoroses Eingreifen in die Wirtschaftspolitik Jugoslawiens. Das Entwicklungsgefälle der Regionen wuchs immer weiter an. Slowenen und Kroaten sprachen immer öfter ihren Unmut gegen die Zentralisierung der Investitionsmittel aus und weigerten sich gegen den Transfer von Kapital in den Süden.⁵⁸ Verbesserungen erhoffte man sich mit der Wirtschaftsreform von 1965, die u.a. im nächsten Kapitel behandelt wird.

⁵⁶ Vgl. Sundhaussen, 1982 S. 168ff

⁵⁷ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 894

⁵⁸ Vgl. Eger, 1980 S. 47

2.5 Jugoslawiens Aufbruch in die „sozialistischen Marktwirtschaft“

1963 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die eine weitere Dezentralisierung und Demokratisierung von Staat und Wirtschaft vorsah und vor allem auf marktkonforme Entscheidungsprozesse setzte. So wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien in die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) umbenannt. Vorausgegangen waren dem Ganzen zahlreiche Diskussionen gegen Mitte der 60er-Jahre, in denen Wissenschaftler und Politiker eingestehen mussten, dass sowohl Wirtschaft, als auch Politik, in den letzten Jahren eine unbefriedigende Entwicklung einschlugen. Neu überdacht werden musste die Rolle des Staates und der Betriebe in der bisherigen Entwicklungs-, Wachstums- und Wirtschaftspolitik. Gegen eine weitere Dezentralisierung sprach sich v.a. die konservative Minderheit aus, die befürchtete, dass die stetige Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente die eigentlichen Prinzipien des Sozialismus gefährden könnten. Auf der anderen Seite waren viele liberale Wissenschaftler und Politiker der Meinung, dass eine stärkere Dezentralisierung auch eine Verbesserung der Wirtschaftslage zur Folge habe würde. Da sich Befürworter und Gegner, die wirtschaftliche Nachteile befürchteten, dieser Reformen in Norden und Süden aufteilten, überrascht es wenig, dass die anhaltenden Konflikte immer mehr nationalistische Züge trugen.⁵⁹

Die negative wirtschaftlicher Entwicklungen in den frühen 60ern war nicht zuletzt auf die Wiederannäherung Jugoslawiens an die UdSSR nach Stalins Tod zurückzuführen. Ab 1961 fror die USA sämtliche Finanz- und Militärhilfen gegenüber Jugoslawien ein, das zu höheren Zahlungsdefiziten und somit zu einer höheren Außenverschuldung führte.⁶⁰ Die Wirtschaftsreform von 1965 sollte diesen wachsenden Problemen entgegenwirken.

⁵⁹ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 193f

⁶⁰ Vgl. Thörner, 1999 S. 91

2.5.1 Wirtschafts- und Bankenreform; Verschärfung der Krise durch Zunahme nationalistischer Tendenzen

Als einen der ersten Schritte sah die Wirtschaftsreform von 1965 eine Reihe außenwirtschaftlicher Maßnahmen vor, die darauf abzielten, die Konkurrenzfähigkeit jugoslawischer Unternehmen in der Weltwirtschaft zu steigern und die Stellung des Landes in der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Dabei sollte eine Neustrukturierung der Preisverhältnisse eine Preisbildung nach marktwirtschaftlichen Regeln ermöglichen und das Preisniveau an das des Weltmarktes anpassen. Somit sollte die Basis für das uneingeschränkte Wirken des Marktes geschaffen werden und Wirtschaftsunternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, Investitionen selbst bestimmen und finanzieren zu können.⁶¹

Auch das Bankensystem wurde im Zuge der Wirtschaftsreform einer Erneuerung unterzogen. Um eine breitere Zirkulation des Kapitals zu erreichen und den Bankenapparat an die Erfordernisse des neuen Wirtschaftssystems anzupassen, war es den Geschäftsbanken nun möglich, sich im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit auf das gesamte Jugoslawien auszudehnen und Kredite nach marktwirtschaftlichen Regeln zu vergeben, wobei sich Banken an die Richtlinien der Gesellschaftspläne in Bezug auf Geld- und Kreditpolitik halten mussten und weiters auch nur unzureichenden Einblick in die Liquiditätslage der Wirtschaft hatten, was einen weiteren Dezentalisierungsprozess bremste. Die Banken wurden dennoch zum wichtigsten Träger der neuen Wirtschaftspolitik und hatten auf dem Finanzmarkt eine Quasi-Monopolstellung.⁶² Tabelle 5 verdeutlicht die stärker werdende Bedeutung der Banken.

⁶¹ Vgl. Tezcan, 1974 S. 79f

⁶² Vgl. Rohmann, 2001 S. 42f bzw. Tezcan, 1974 S. 80

Tabelle 5: Anteil der Bankmittel an den Investitionen 1963-1970 (in Mill. Dinar)

	1963		1966		1970	
	absol.	in %	absol.	in %	absol.	in %
Eigenmittel d. Investors	4.096	25,5	8.358	33,5	11.359	25,3
Bankmittel	1.326	8,3	8.731	34,9	19.659	44,1
Haushaltsmittel	8.245	51,6	2.742	11,0	5.972	13,4
Mittel privater Produzenten	1.320	8,3	4.357	17,4	7.687	17,2
Sonstige		5,3		3,2		0,0
Insgesamt	15.848	100,0	25.200	100,0	44577	100,0

Quelle: Höpken/Sundhaussen, S. 903

Obwohl Bruttoinvestitions- und Bruttosparquote außergewöhnlich hohe Anteile aufweisen konnten (26% bzw. 27% zwischen 1953 und 1971), zeichnete sich Anfang der siebziger Jahre eine schwere innenpolitische Krise in Jugoslawien ab. Zentrum des Finanzmarktes bildete zu dieser Zeit Belgrad, in dem die wichtigsten Banken des Landes ihren Sitz hatten und die 70% des Außenhandels, welcher hauptsächlich durch den Norden erwirtschaftet wurde, abwickelten. Immer öfter kamen Nationalismen ans Tageslicht und Kroatien warf dem „Finanzzentrum Belgrad“ wirtschaftliche Ausbeutung vor. Um dem Aufkommen nationaler Gefühle entgegenzuwirken, beschloss die Regierung die Einführung der Bankenkontrolle durch die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und neben der Nationalbank des Bundes, die Bildung von sechs autonomen Nationalbanken der Republiken, sowie von zwei Nationalbanken der Autonomen Provinzen. Die gewünschten Effekte konnten trotzdem nicht erzielt werden, da sich nun Banken vermehrt auf Geschäfte innerhalb der eigenen Republiken konzentrierten. Unter diesen Bedingungen hatten unterentwickelte Regionen zu leiden. Weiters konnten Investitionspläne auf Bundesebene nicht verwirklicht werden, was wiederum zu uneffektiven Kapitalallokationen führte.⁶³

Einen gefährlichen Konfliktherd stellte das weiterhin stark vorhandene Entwicklungsgefälle innerhalb Jugoslawiens dar. 1971/72 machten Kroatien und Slowenien 30% der Gesamtbevölkerung aus, hatten jedoch einen Anteil von 42,7% am Sozialprodukt, 44,5% an der Industrieproduktion und 46% am Warenexport zu verzeichnen, während Bosnien-Herzegowina und die Provinz Kosovo, die 35% der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens darstellten, nur zu 21,8% am Sozialprodukt,

⁶³ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 903f

21,4% an der Industrieproduktion und 17,6% an der Warenausfuhr beteiligt waren. Zieht man die Analphabetenrate in Betracht, so machten Kroatien und Slowenien 14%, Bosnien-Herzegowina und Kosovo jedoch 48,9% der Analphabeten Jugoslawiens aus.⁶⁴

Diese Zahlen zeigen, dass die jugoslawische Wirtschafts- und Bildungspolitik trotz aller Bemühungen nicht in der Lage war, die Kluft im sozioökonomischen Entwicklungsniveau der Regionen zu schließen. Die gegenseitigen Beschuldigungen der wirtschaftlichen Ausbeutung entwickelter bzw. unterentwickelter Regionen, riefen immer öfter nationale Gefühle hervor. Und obwohl nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft das Kriterium der Rentabilität praktiziert werden sollte, konzentrierte man sich oft auf Prestigeobjekte, die enorme Kosten und Investitionssummen verursachten – wie z.B. die kostenaufwendige Eisenbahnstrecke Belgrad-Bar. Solche Projekte trugen dazu bei, dass entwickelte Gebiete den ärmeren Regionen einerseits nationalistische Vorgehensweisen, andererseits jedoch auch die Verschleuderung von im Norden erwirtschafteten Mitteln vorwarfen. Dies versuchte man damit zu begründen, dass trotz Zufluss des Kapitals von Norden nach Süden, die wirtschaftlichen Zuwachsraten des Südens mit denen des Nordens nicht mithalten konnten. So konnten in den weniger entwickelten Regionen nur Bosnien-Herzegowina und Mazedonien hinsichtlich der Rentabilität der Investitionen ansatzweise mit dem Landesdurchschnitt mithalten, während Montenegro und Kosovo weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Auslandsinvestitionen fanden daher auch weitestgehend in den nördlichen Regionen (Kroatien, Slowenien) statt – bis August 1971 ca. 93 Mio. Dollar.⁶⁵

Zusammenfassend beschreibt Sundhaussen das Entwicklungsgefälle Jugoslawiens als einen der konfliktreichsten Probleme Jugoslawiens: *„Das Ringen der acht politisch annähernd gleichstarken, hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus aber sehr unterschiedlichen Regionen um die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und die Funktionsteilung zwischen Bund und Ländern trat Mitte der 60er Jahre in ein neues Stadium. Die verschärfte Arbeitsmarktsituation nach Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und die weltweiten Anpassungsschwierigkeiten nach den Ölpreiserhöhungen in den 70er Jahren lösten eine neue Welle von Verteilungskämpfen, von Egoismen, Ungerechtigkeiten und*

⁶⁴ Vgl. Furtak, 1975 S. 156

⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 159f

Intoleranz aus, in deren Verlauf die nationale Frage wieder ihre explosive Bedeutung erhielt.“⁶⁶

Es erstaunt daher nicht, dass im Jahr 1971 das Fass zum Überlaufen kam, als sich die schwerste Krise der Nachkriegszeit Jugoslawiens in Kroatien anbahnte und war unter dem Namen „kroatischer Frühling“ bekannt wurde. Vorausgegangen war der Krise jedoch einerseits die seit Ende der 60er-Jahre zunehmende Arbeitslosigkeit, u.a. zurückzuführen auf die angesprochene Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors, die die Regierung dazu veranlasste die Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland zuzulassen. Die dadurch erwirtschafteten Devisen, die die 700.000 Arbeiteremigranten, größtenteils Facharbeiter aus Kroatien und Slowenien, in ihre Heimat schickten, stellten in den folgenden Jahren eine wichtige Einnahmequelle Jugoslawiens dar. Andererseits gewann der Tourismus in Jugoslawien immer mehr an Bedeutung. Die anhaltende Liberalisierungspolitik machte vor allem die kroatische Küste zu einem attraktiven Ziel ausländischer Touristen. Auch hier spielten die Deviseneinnahmen eine zentrale Rolle, auch um das ansteigende Handelsdefizit auszugleichen.⁶⁷ Die Entwicklung der sogenannten „unsichtbaren Einnahmen“ wird in Tabelle 6 verdeutlicht, wobei, wie erwähnt, ein drastisches Ansteigen gegen Ende der 60er-Jahre zu erkennen ist. Weiters zeigt Tabelle 7 wie wichtig die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus und den Überweisungen für die Verringerung des Saldos der jugoslawischen Leistungsbilanz waren.

Tabelle 6: Invisible Earnings (million US\$)

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Remittances of migrant workers	59	86	160	191	284	544	789	1049	1413	1379
Tourism	63	82	95	136	168	144	141	219	586	644

Quelle: Singleton, 1982 S. 145

⁶⁶ Sundhaussen, 1982 S. 188

⁶⁷ Vgl. Singleton, 1982 S. 143ff bzw. Thörner, 1999 S. 92

Tabelle 7: Die Entwicklung der Zahlenbilanz (Mill. \$)

Jahr	Saldo der Handelsbilanz	Dienstleistungen und Übertragungen			Saldo der Leistungsbilanz
		Transport	Tourismus	Überweisungen	
1970	-1.194	201	146	500	-340
1974	-3.715	396	644	1.379	-1.183
1975	-3.625	473	702	1.310	-1.003
1976	-2.498	429	725	1.415	165
1977	-4.380	568	750	1.427	-1.582
1978	-4.371	585	930	1.745	-1.256
1979	-7.225	731	1.028	1.710	-3.661
1980	-6.086	832	1.515	1.539	-2.291

Quelle: Djeković, 1984 S.41

Die zunehmende Wirtschaftskrise wollte man seitens der kroatischen Parteiführung unter Savka Dabčević-Kučar und Miko Tripalo nicht mehr dulden. Man forderte vehement eine grundlegende Verfassungsreform. Die Hauptargumente seien folgende: neben der schon jahrelang ungeklärten Frage der Deviseneinnahmen, wo man sich erheblich benachteiligt fühlte, sei die bisherige Entwicklung Kroatiens unzufriedenstellend und führe zur wirtschaftlichen Verarmung des kroatischen Volkes. Man warf der serbischen Republik Ausplünderung vor und argumentierte dies damit, dass das gesamte Kapital und sämtliche Investitionsmittel in Serbien konzentriert seien. Außerdem kritisierte Kroatien die Finanzierung unrentabler Projekte in den unterentwickelten Republiken, die man für das Zurückbleiben der kroatischen Wirtschaft verantwortlich machte. Die Konsequenz einer solchen wirtschaftlichen Ausbeutung, wäre der Abgang kroatischer Arbeitskräfte ins Ausland.⁶⁸

Selten erwähnt wurde in der kroatischen Öffentlichkeit jedoch auch, dass der unterentwickelte Süden dem Land von großem Nutzen war. Furtak meint dazu: *„Dass die höher entwickelten Republiken aus der Unterentwicklung anderer Republiken auch Vorteile zogen, wurde von ihren Führern meistens mit Stillschweigen übergangen. Begünstigt wurden sie nicht nur durch den Bezug billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte, vielmehr kamen ihnen Investitionen aus Bundesmitteln auch unmittelbar zugute. So muss z.B. den Klagen der Kroaten über die Vorenthaltung von Devisen entgegengesetzt werden, dass die Voraussetzung, sie zu ver-*

⁶⁸ Vgl. Sundhaussen, 1982 S.194f

dienen, nicht zuletzt auch durch den Bau von Hotels und der adriatischen Küstenstraße unter starker Beteiligung der Föderation geschaffen wurde.“⁶⁹

Im November 1971 erreichten die nationalistischen Kundgebungen in Kroatien ihren Höhepunkt, als 30.000 Studenten einen unbefristeten Streik mit der Forderung nach einer Neuberechnung der Devisenzuteilung antraten. Auf einer Sonder-sitzung, bei denen Tito und die kroatische Parteiführung zugegen waren, drohte Tito angeblich mit einem Einsatz der Armee, falls die Krise nicht beendet würde. Am Tag nach der Sitzung wurde der Streik abgebrochen und die gesamte kroatische Parteispitze trat eine Woche später zurück. Dennoch sah sich Tito zum Einlenken gezwungen. Eine nochmalige Krise konnte er sich unter keinen Umständen leisten. Als Konsequenz auf den „kroatischen Frühling“ erfolgte eine weitere Regionalisierung des politischen und wirtschaftlichen Systems. Der Bundesregierung blieb nur noch die Vorrangstellung in der Außen- und Verteidigungspolitik und in der Festlegung von allgemeinen Grundsätzen der Gesellschafts- und Rechtsordnung. Die Investitionspolitik, das Steuer- und Finanzwesen wurde nun den Republiken überlassen. Auch die lang umstrittene Devisenverteilung erlebte 1972 eine Neuerung. Exportfirmen konnten nun 20% und Tourismusunternehmen 45% ihrer Deviseneinnahmen behalten, während sich die Zahlen vor der Reform noch bei 7-12% bzw. 12% beliefen.⁷⁰ Dennoch hinterließen der „kroatische Frühling“ und dessen Niederschlagung ein Gefühl der Unterdrückung in Kroatien und läuteten allmählich den Zerfall Jugoslawiens ein.

2.5.2 Ende der Ära Tito

Die Krise veranlasste die Regierung, neue politische Entscheidungen zu treffen. Den Anfang vom Ende bildete wohl die Verfassung von 1974, die als radikale „Föderalisierung der Föderation“ angesehen werden kann. Sie machte die Republiken und Provinzen Jugoslawiens zu selbständigen Trägern der Souveränität. Der Bund verwaltete lediglich noch den neuen Entwicklungsfonds, der für die rückständigen Regionen Jugoslawiens eingerichtet wurde, allerdings nur 2% des Sozialproduktes ausmachte. Durch die Verfassung erhoffte man sich, das Aufkeimen nationaler Gefühle ein für alle mal beseitigt zu haben. Die Föderalisierung hatte jedoch zur Folge, dass die Kompetenzen zur makroökonomischen Steuerung

⁶⁹ Furtak, 1975 S. 162

⁷⁰ Vgl. Thörner, 1999 S. 93f

an die Republiken und autonomen Provinzen übertragen wurden. Nationale Interessen wurden dadurch noch mehr verstärkte und Jugoslawien praktisch zu einem völlig unregierbaren Land, da nun auch vermehrt unterschiedliche Einzelregelungen in den Republiken Anwendung fanden. So dominierten im Süden und in Serbien weiterhin etatistische Maßnahmen, während Kroatien und Slowenien marktwirtschaftlichen Elementen größere Spielräume ließen. Auch hatte jede Republik nun bei Beschlussfassungen, wie etwa bei Währungs-, Devisen-, Außenhandels- und Preiskontrollangelegenheiten ein Vetorecht. Die Kontrolle des Bundes wurde damit erheblich eingeschränkt. Zweifellos kann daher gesagt werden, dass die neue Verfassung in vielerlei Hinsicht, wie etwa in der erwähnten Devisenzuteilung, dem entwickelten Norden zugute kam.⁷¹

Ein weiterer Ausbau des Selbstverwaltungsmodells erfolgte im Jahr 1976 mit dem „Grundgesetz über die vereinte Arbeit“. Schon seit den 60er-Jahren hatte man sich zum Ziel gesetzt, als fundamentale Entscheidungseinheit nicht die „Arbeitsorganisation“, sondern den einzelnen Unternehmensteil, welcher auf die „Grundorganisation der vereinten Arbeit“ (GOVA) aufbaute, zu definieren. Die Aktivitäten des Arbeiterrats, von der GOVA gewählt, sollten nun strikt an die Weisungen der unmittelbaren Produzenten gebunden sein. 1974 zählte Jugoslawien bereits über 60.000 GOVA. Der Zeit- und Geldaufwand dieses Modells war jedoch enorm. Über eine Million Arbeitsstunden wurden in einem Unternehmen mit 5.000 Beschäftigten für Beratungen der Selbstverwaltungsorgane verbraucht. Die Schwächen dieser „Selbstverwaltungsdemokratie“ lassen sich daher leicht erklären: Es mangelte nicht nur an der Effizienz der schwerfällig wirkenden Organisation, auch die einzelnen Selbstverwalter besaßen nicht über die erforderlichen Kenntnisse zur Ausübung ihrer Rechte. Dies zeigt sich in der hohen Analphabetenrate sowie in den ungenügenden Berufsqualifikationen. Ein weiteres großes Problem bestand in der Verknüpfung der Arbeiterselbstverwaltung mit der „sozialistischen Marktwirtschaft“.⁷²

In Anbetracht dieser Tatsachen stellt sich die Frage weshalb der jugoslawische Staat nicht schon eher in die heute bekannten Einzelstaaten zerfiel. Nun, dies lässt sich durch drei einfache Gründe erklären: Erstens, konnte man den Staat durch Androhung der gesamtjugoslawischen Institution, nämlich der Bundesarmee, vor-

⁷¹ Vgl. Lohoff, 1996 S. 97f

⁷² Vgl. Sundhaussen, 1982 S. 201-204

erst zusammenhalten. Zweitens, war es die repressive Art des Bundes der Kommunisten und das zähe Festhalten an der Einparteienherrschaft, die den Staat vorerst nicht auseinanderdriften ließen. Und drittens, war es die Symbolfigur Tito selber, die mittels autoritärer Führung das System nicht auseinanderfallen ließ. Und da Tito auf Lebenszeit zum Staatspräsidenten erklärt wurde, konnte am bestehenden System auch nur wenig geändert werden. Zum Zeitpunkt der neuen Verfassung war Tito jedoch schon 82 Jahre alt, sein Ableben und somit auch der Zusammenbruch seiner Partei konnten schon vorausgeahnt werden. Der Nachfolger Titos würde es schwer haben, diesen „Mythos“ Tito fortzusetzen und die Stabilisierung des Staates aufrecht zu erhalten. Die „Selbstverwaltungsmarktwirtschaft“ konnte nicht überleben. Somit lässt sich sagen, dass das Auseinanderfallen Jugoslawiens nicht erst in den späten 80ern, sondern bereits zu Lebzeiten Titos offenkundig wurde.⁷³

Die negative Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft in den 70ern betraf vor allem die Arbeitslosigkeit, das zunehmende Handelsdefizit und die dadurch steigende Verschuldung des Staates. Bereits nach der Wirtschaftsreform von 1965 bereitete das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit Jugoslawien große Probleme. Bis zum Jahr 1971 betrugen die Importe 3,25 Mrd. USD, während Exporte nur auf 1,81 Mrd. USD kamen, was ein Defizit der Handelsbilanz von 1,44 Mrd. USD ausmachte. Der Grund für den Anstieg der Importe lag im Anstieg der inländischen Produktion und des Verbrauchs. Da die Nachfrage im Inland in die Höhe schoss und somit auch höhere Preise erzielt werden konnten, sahen Produzenten ihre Chance im Inland und weigerten sich, Waren ins Ausland zu exportieren. Vielmehr wurde der inländische Markt mit modernen Maschinen und Technologien aus dem Ausland überschwemmt. Teilweise hätten Waren im Inland durchaus hergestellt werden können, wurden jedoch importiert.⁷⁴

Die Öl- und Energiekrise von 1973 wirkten sich auch auf Jugoslawien aus. Stagnation der Wirtschaft und Anstieg der Inflation waren die Folge.⁷⁵ Vor allem aber mit der Arbeitslosigkeit hatte Jugoslawien seit Mitte der 70er erheblich zu kämpfen. Obwohl es der Wirtschaft während der 60er- und 70er-Jahre gelang jährlich ca. 135.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, stieg im selben Zeitraum die Arbeits-

⁷³ Vgl. Lohoff, 1999 S. 101ff

⁷⁴ Vgl. Djeković, 1984 S. 17ff

⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 22

losigkeit im Durchschnitt um 100.000 Beschäftigte alle dreieinhalb Jahre. Besonders kritisch beliefen sich die Zahlen gegen Ende der 70er. Waren 1973 noch 399.000 Arbeitslose zu verzeichnen (8,5% der Gesamtbevölkerung), waren es 1975 bereits 584.000 (10,9%) und 1977 sogar schon 717.000 (12,2%).⁷⁶

Um der Krise des Außenhandels entgegenzuwirken, wurden Importrestriktionen verhängt und Preis- und Kreditpolitik erneut staatlich manipuliert. Dies bedeutete wieder einen Rückschlag des Selbstverwaltungsgedanken. Das Außenhandelsdefizit ließ sich trotz allem nicht in den Griff bekommen. Der Importüberschuss konnte nicht aufgehalten werden, erlebte 1977 eine Zunahme von 15% gegenüber 1976 und erreichte einen Wert, der erst für 1980 geplant war. Das Handelsbilanzdefizit betrug 1977 daher bereits 4,4 Mrd. USD und machte 13,3% des Bruttosozialprodukts aus. Traurige Erkenntnis offenbart die Tatsache, dass der Staat erneut zum Eingreifen verdammt wurde und somit das Ziel, die Arbeitsorganisationen zum Träger der Außenhandelsbeziehungen zu machen, kläglich scheiterte.⁷⁷

Jugoslawien war stets auf eine rasche wirtschaftliche Entwicklung bedacht. Einerseits war jedoch der inländische Verbrauch weitaus höher als die inländischen Produktionsmöglichkeiten, andererseits kam noch die große Nachfrage nach modernen ausländischen Technologien hinzu. Dies hatte einen Importzuwachs von Investitionsgütern (besonders Ausrüstung und Technologie) zur Folge. Das ohnehin hohe Handelsbilanzdefizit erhöhte sich somit weiter und die Auslandsverschuldung schoss drastisch in die Höhe.⁷⁸ Betrug die Auslandsverschuldung 1970 noch 2,35 Mrd. USD erreichte sie 1980 bereits unglaubliche 18,395 Mrd. USD.⁷⁹

Die späten 70er bzw. frühen 80er stellten Jugoslawien daher vor eine entscheidende Zerreißprobe. Auf der einen Seite stiegen Auslandschulden, Handelsbilanzdefizit und Inflation in Rekordhöhen, andererseits machten auch das unzureichend funktionierende Selbstverwaltungssystem und das Unvermögen der Bundesorgane notwendige Maßnahmen zu setzen, dringende Reformen erforderlich. Zudem verlor Jugoslawien 1980 die wichtigste Stütze in Politik und Wirtschaft. Titos Tod brachte die jahrzehntelang unterdrückten nationalen Konflikte zwischen den Re-

⁷⁶ Vgl. Singleton, 1982 S. 183f

⁷⁷ Vgl. Djeković, 1984 S. 22ff

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 27

⁷⁹ Vgl. Höpken/Sundhaussen, 1987 S. 915

publiken erneut zum Vorschein, die den Verlauf 80er-Jahre prägen sollten und letztendlich in der Katastrophe endeten.

3. Posttitoistisches Jugoslawien

3.1 Das alternde Selbstverwaltungssystem zwischen Plan- und Marktwirtschaft

3.1.1 Der wirtschaftliche Kollaps der 80er

Nach Titos Tod wurde rasch klar, dass die Quelle des Übels im System der Selbstverwaltung liegen musste. Die Betriebe konnten mit den Kosten, die nicht nur für Staat und Sozialversicherungsträger, sondern auch für die oft undurchschaubaren und zwecklosen Strukturen der Selbstverwaltungssysteme abgegeben werden mussten, kaum noch mithalten. So überrascht es wenig, dass die anhaltende Krise auf sämtliche wirtschaftliche Indikatoren, wie Tabelle 8 verdeutlicht, negativen Einfluss nahm und der Ruf nach tiefgreifenden Reformen immer lauter wurde.⁸⁰

Tabelle 8: Economic Performance in the 1980s

	80	81	82	83	84	85
Real GSP growth (% p.a.)	2,4	1,4	0,7	-1,3	2,0	0,2
Index of retail sales volume (1980 = 100)	100	96	96	93	89	86
Real net personal income in the socialized sector (1980 = 100)	100	95	92	82	77	76
Real per capita personal consumption (1980 = 100)	100	98	98	96	94	89
Consumer price inflation (% p.a.)	30	46	29	39	57	80
Gross foreign debt (US\$bn)	17,4	19,0	18,5	19,1	18,6	18,6

Quelle: Allcock, 1992 S. 240

Der wirtschaftliche Einbruch spiegelte sich jedoch nicht nur im missglückten Selbstverwaltungssystem wider. Jugoslawien sah sich zu Beginn der 80er-Jahre einer verschärften Politik der kapitalistischen Staaten gegenüber. Dies äußerte sich u.a. in den Ölpreissteigerungen der Jahre 1979/80, im Fall der Preise zahlreicher Rohstoffe, im inflationären Anstieg der Preise von Industriegütern aus den

⁸⁰ Vgl. Meier, 1996 S. 27

westlichen Staaten oder in den erheblichen Zinserhöhungen auf den internationalen Kreditmärkten.⁸¹ So wirkten sich das Defizit der Handels- und Leistungsbilanz, die stetig steigende Auslandsverschuldung und die immer höher werdenden Inflationsraten Jugoslawiens, krisenverschärfend aus. Vor allem die Auslandverschuldung erlebte um den Jahrzehntwechsel 1979/80, einen sprunghaften Anstieg von 13,5 Milliarden USD. Wie konnte jedoch ein solch dramatischer Anstieg verzeichnet werden? Nun, die Republiken und Regionen hatten in der zweiten Hälfte der 70er ihre erforderlichen Mittel errechnet und diese von der Föderation eingefordert. Da die Föderation jedoch nicht ausreichend Mittel aufbringen konnte, entschied sie sich, einen Betrag von 11,5 Milliarden USD aus dem Ausland aufzunehmen, welcher infolge von Kursänderungen letztendlich auf 13,5 Mrd. USD anstieg.⁸²

Da Jugoslawien mit den Tilgungszahlungen an die Kreditgeber nicht mehr nachkam und somit seine Kreditbonität immer schlechter wurde, trat man 1980 dem Internationalen Währungsfond (IWF) bei. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich der IWF 1981 dazu bereit, einen Kredit in Höhe von 2,2 Mrd. Dollar zu gewähren. Diese Summe stellte die damals höchst vergebenen des IWF überhaupt dar. In weiterer Folge wurden in den Jahren 1983 und 1984 Kredite von 4,5 bzw. 2 Mrd. Dollar an Jugoslawien gewährt.⁸³

Der IWF verlangte jedoch im Gegenzug die weitere Integration marktwirtschaftlicher Elemente. Vor allem das Defizit der Handels- und Leistungsbilanz sollte wieder in den Griff bekommen werden. Da eine Ausweitung der Exporte in den Westen zur damaligen Zeit aufgrund der Wirtschaftskrise Jugoslawiens nur durch Anwendung von Dumpingpreisen möglich erschien, entschied man sich auf eine Politik der Importrestriktionen und wertete alsbald den Dinar ab.⁸⁴ In den Jahren 1982 – 1984 gingen die Importe tatsächlich zurück. Während 1981 noch Waren im Wert von 15,757 Mrd. Dollar importiert wurden, waren es 1982: 13,334, 1983: 12,154, und 1984: 11,996 Mrd. USD.⁸⁵

Im Verlauf sollte sich eine solche drastische Import- bzw. Exportpolitik als verhängnisvoll erweisen, da man, wie erwähnt, parallel zu den Importrestriktionen mit Dumpingpreisen, eine Exportoffensive in den Westen zu starten versuchte.

⁸¹ Vgl. Thörner, 1999 S. 97

⁸² Vgl. Meier, 1996 S. 26f

⁸³ Vgl. Conert, 1988 S. 187f

⁸⁴ Vgl. Lohoff, 1996 S. 111

⁸⁵ Vgl. Allcock, 1992 S. 253

Spätestens 1988 scheiterte dieser Versuch mit dem erneuten Einbruch der Handelsbilanz kläglich. Ein Rückgang der Importe bewirkte weiters eine Abkopplung Jugoslawiens von ausländischen Waren. Die Folgen waren verheerend: die technologische Entwicklung und Jugoslawiens industrielle Produktion, in den vergangenen Jahrzehnten ein Musterbeispiel an Wachstumsraten, begannen zu stagnieren und sorgten sogar für rückläufige Tendenzen.⁸⁶

Reformversuche startete die im Jahre 1982 an die Spitze gekommene Regierung unter der Kroatin Milka Planinc. Zusammengestellt wurde eine vor allem in der Wirtschaftspolitik fachkundige Regierungsmannschaft mit starker slowenischer Beteiligung. Daneben wurde eine aus Fachleuten und fortschrittlichen Politikern bestehende Kommission unter der Führung des Slowenen Sergej Kraigher eingesetzt. Ziel war es, ein langfristiges wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm auszuarbeiten, welches 1983 fertig gestellt wurde und sich offen zu Markt und realen Wechselkursen bekannte. Im Detail sah das Programm eine freie Entfaltung für die private Landwirtschaft und das Kleingewerbe, einen Rückgang des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, eine Differenzierung des Einkommens nach Leistung sowie eine Verbesserung des Steuersystems vor. Dass die erhofften Reformen keinen Aufschwung mit sich brachten, lag vor allem daran, dass die Regierung verfrüht den sich anwachsenden Problemen erneut mit administrativen Maßnahmen begegnete, anstatt auf eine weitere Liberalisierung zu setzen.⁸⁷

Im Verlauf konnte an dieser negativen Entwicklung nicht viel geändert werden. Dies beweist die Tatsache, dass annähernd 25% der Deviseneingänge für die Beseitigung der Schulden aufgewendet werden mussten.⁸⁸ Darunter litt Jugoslawiens Wirtschaft in besonderem Maße und eine Besserung war nicht in Sicht. Lohoff schildert die damalige Situation folgendermaßen: *„Die Rezentralisierung misslang in erster Linie deshalb, weil der Inhalt, die volkswirtschaftliche Sanierung Jugoslawiens, unmöglich zu realisieren war. In den 80er Jahren stand Jugoslawien nicht nur vor den gleichen unlösbaren Grundproblem, an denen die Marktwirtschaftsreformen ebenso wie die Staatswirtschaft mehrfach gescheitert waren;*

⁸⁶ Vgl. Lohoff, 1996 S. 111

⁸⁷ Vgl. Meier, 1996 S. 31f

⁸⁸ Vgl. Ebd., S. 34

zu allem Überfluss war das Land auch noch im Produktivitätswettlauf sehr weit zurückgefallen und stöhnte unter einer beträchtlichen Schuldenlast.“⁸⁹

Obwohl im März 1985 der IWF Jugoslawien erneut einen „standby“-Kredit in Höhe von 300 Millionen USD gewährte, der für die Umschuldung von Zahlungsverpflichtungen von damals 5,7 Mrd. USD gedacht war, blieb die Außenverschuldung, wie aus Tabelle 8 ersichtlich ist, in der ersten Hälfte der 80er-Jahre unverändert hoch. Jugoslawien verpflichtete sich zu einer engen Zusammenarbeit mit dem IWF und musste sich verschärften Kontrollen seiner wirtschaftlichen Leistung unterziehen.⁹⁰ Die *Financial Times* vom Juli 1985 schrieb dazu: „*The economy is bent out of shape in many ways, partly to do with its fragmentation... and partly to do with the vaunted system of self-management... The dilemma for the Yugoslav government is that the long-term scale for the IMF-prescribed cure for inflation, which Belgrade feels it has to follow to keep creditor confidence, does not match its increasing short-term political problems... On the other hand, accelerating inflation has begun to tear at the fabric of Yugoslav society.*“⁹¹

3.1.2 Abkehr vom Marktwirtschaftssystem und ökonomische Blockade unter Mikulić

So konnte eine negative Entwicklung der Inflations- und Arbeitslosenrate ab der zweiten Hälfte der 80er-Jahre kaum verhindert werden. Während die Regierung Planinc das in die Jahre gekommene Selbstverwaltungssystem immer wieder durch die Integration marktwirtschaftlicher Elemente zu reformieren versuchte, übersah sie dabei die Kompetenzen der Teilrepubliken. Auch als Branko Mikulić plangemäß im Jahre 1986 die Regierungsspitze übernahm, setzte sich dieser negative Trend fort. Dass es der Regierung Mikulić nicht gelingen würde, einen Aufschwung herbeizuführen und das wirtschaftlich gebeutelte Jugoslawien einen Stabilisierungsprozess zu unterziehen, lag vor allem daran, dass Mikulić und Vize-ministerpräsident Zemljarić planwirtschaftlich eingestellte Politiker waren und es somit verabsäumten, weitere Zeichen in Richtung Marktwirtschaft und Reformen zu setzen.⁹²

⁸⁹ Lohoff, 1996 S. 114

⁹⁰ Vgl. Conert, 1988 S. 188

⁹¹ *Financial Times* July 1985 in Allcock, 1992 S. 244f

⁹² Vgl. Lohoff, 1996 S. 114 bzw. Meier, 1996 S. 35f

Als sich die Situation der Zahlungsbilanz im Laufe des Jahres 1987 zu verschlechtern begann, wurden erneute Verhandlungen mit dem IWF zwecks Abschluss eines neuen Umschuldungsabkommens unumgänglich. Mikulić stand zu Regierungsantritt dem IWF jedoch skeptisch gegenüber und handelte gegen die Empfehlungen des Währungsfonds. Als es daran ging, ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Inflation vorzulegen, bevorzugte Mikulić, in der Hoffnung seine dogmatischen und administrativen Vorstellungen durchsetzen zu können, ein eigenes ausgearbeitetes „Anti-Inflationsprogramm“ herauszuarbeiten, als sich ein solches vom IWF aufdrängen zu lassen.⁹³ Schnell wurde klar, dass dieses Programm vor allem bei Slowenen und Kroaten auf wenig Gegenliebe stoßen würde. Weitere Reformen von Mikulić, wie die Einsatz von Preisstopps und Lohnbeschränkungen wurden trotz Vetos der beiden wirtschaftlich stärksten Landesteile durchgesetzt, wobei man der Forderung Sloweniens und Kroatiens, die sofortige Einführung der Marktwirtschaft, nicht nachkam.⁹⁴ In weiterer Folge musste Mikulić einsehen, dass eine Stabilisierung ohne Mithilfe vom IWF scheitern würde. Im April 1988 kam es daher zu Verhandlungen zwischen Jugoslawien und dem Währungsfonds, die die gewünschte Erleichterung bringen sollten. Doch aus dem erhofften Kredit, der unter der Prämisse der Inflationsbekämpfung gewährt werden sollte, wurde aufgrund des eben erwähnten Konflikts zwischen Mikulić und Kroatien bzw. Slowenien, nichts. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden und Mikulić regierte von nun an gegen den erklärten Willen der Slowenen und Kroaten.⁹⁵

Das Problem der Inflation konnte zu keinem Zeitpunkt in den Griff bekommen werden. In Jugoslawien bestand die Hauptaufgabe der Geschäftsbanken darin, die selektive Kreditpolitik der Notenbank Jugoslawiens (NBJ), oder in diesem Fall der Notenbank der Republiken bzw. Autonomen Provinzen (NBR), umzusetzen. Da die Zinsen jedoch bei der Kreditvergabe künstlich niedrig gehalten wurden, und gleichzeitig die Inflation nicht gestoppt werden konnte, hatte dies eine negative Realverzinsung – Inflationsrate über dem nominellen Zinssatz – zur Folge. Diese selektive Kreditpolitik brachte zwei Probleme mit sich: Einerseits wurden

⁹³ Vgl. Meier, 1996 S. 183f

⁹⁴ Vgl. Thörner, 1999 S. 98

⁹⁵ Vgl. Meier, 1996 S. 185f

so verlustbringende Unternehmen, welche unrentabel wirtschafteten, finanziert und aufrechterhalten, andererseits dadurch auch die selbstverwalteten Unternehmen versteckt subventioniert. Obwohl selbst in Jugoslawien theoretisch zu jener Zeit der Markt als Regulativ hätte eingreifen können, mussten die Banken für ihre inflationstreibende Kreditschöpfung nicht mit Sanktionen rechnen. Die Unternehmen hätten für ihr ökonomisches Handeln selbst das Risiko tragen sollen. Ein Konkurs der Unternehmen wäre somit möglich gewesen. Und obwohl ein Konkursrecht existierte, kam es in der Praxis aufgrund von Interessenskonflikten regionaler Organe, Unternehmen und Banken, nicht zur Geltung. Eine Insolvenz bzw. Überschuldung eines Unternehmens führte daher nicht zum Konkurs. Weiters wurden potentielle Kreditnehmer keiner Bonitätsprüfung seitens der Geschäftsbanken, wie es das jugoslawische Bankengesetz jedoch seit 1986 vorsah, unterzogen.⁹⁶

Die erwähnte expansive Geldpolitik ließ die Inflation in enorme Höhen steigen. 1985 betrug sie noch 76%, 1986 stieg sie auf 92%, um im Jahre 1987 auf 168% zu klettern. Im Dezember 1988, das Ende der Regierung Mikulić stand bevor, übertraf sie die 250 %-Marke. Die von Mikulić eingesetzten etatistischen Maßnahmen brachten keine Verbesserung, lösten vielmehr eine regelrechte Streikwelle aus.⁹⁷ Das Inflationsproblem brachte im Jahr 1987 mit 1.262 Arbeitsniederlegungen, 196.000 Menschen nahmen daran teil, einen neuen Streikrekord. Vor allem gegen die von Mikulić eingesetzten Maßnahmen protestierten die Streikenden, denn 7.000 Betriebe standen im September 1987 vor der Schließung, da sie zu Beginn des Jahres Verluste in Höhe von 2,5 Milliarden DM erwirtschafteten. Die Konsequenz dieser Politik hätte auf einen Schlag 1,6 Millionen Menschen arbeitslos gemacht. Dies veranlasste die Regierung das Programm noch einmal zu überdenken, was die Aufhebung der Lohnstopps und die Zurücknahme der Preiserhöhungen zur Folge hatte. Diesen Schritt kritisierte die internationale Presse und sah darin die Unregierbarkeit Jugoslawiens bestätigt.⁹⁸

In der Streikwelle spiegelte sich noch ein weiteres Problem, nämlich die Arbeitslosigkeit. Gegen Mitte der 80er-Jahre lag, nach inoffiziellen Schätzungen, ein Beschäftigungsüberschuss von 20-30% vor. Da Entlassungen jedoch unmöglich waren und die Arbeitskollektive die Einstellung weiterer Mitarbeiter zu vermeiden

⁹⁶ Vgl. Djeković-Sachs, 1994 S. 150ff

⁹⁷ Vgl. Lohoff, 1996 S. 116

⁹⁸ Vgl. Thörner, 1999 S. 98

suchten, stieg besonders unter der jungen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate der unter 30jährigen lag bei 30% und erreichte unter der Regierung Mikulić die 75%-Grenze. Traurigerweise traf das Schicksal vor allem die akademische und hochqualifizierte Jugend. Die Gesamtarbeitslosigkeit überschritt gegen Ende der 80er die 1,5 Millionen Grenze, wobei im Ausland etwa 800.000 jugoslawische Gastarbeiter tätig waren, weshalb die tatsächliche Arbeitslosigkeit wohl weitaus höher zu beziffern war. Das Ende des Jahrzehnts verzeichnete eine Quote von 16,8% im Landesdurchschnitt.⁹⁹

Auch das im ersten Kapitel viel zitierte Entwicklungsgefälle zwischen den Republiken bzw. autonomen Provinzen konnte nach Titos Tod nicht beseitigt werden. Vielmehr ging das krasse Nord-Süd Gefälle noch weiter auseinander und löste zunehmend nationalistischer Propaganda aus. Vor allem bei Kroaten und Slowenen wurde der Wunsch nach einer unabhängigen Wirtschaftspolitik und einer Distanzierung zur Zentralregierung in Belgrad immer größer. Erste Zeichen in diese Richtung wurden 1988 gesetzt, als die kroatische und slowenische Regierung die weitere Beteiligung am Gesellschaftsfonds und am Entwicklungsfonds für unterentwickelte Gebiete verweigerten.¹⁰⁰ Die Kluft zwischen Nord und Süd wird in der folgenden Tabelle 9 noch einmal deutlich.

	Anteil an Gesamt- bevölkerung	BIP Mrd. US-\$	Anteil am BIP	Einkommen/ Kopf	Rangstelle nach Einkom- men
	%		%	US-\$	
Jugoslawien	100	58	100	2.480	
Bosnien	19	7	12	1.573	6
Kroatien	20	15	26	3.230	2
Makedonien	9	3	5	1.499	7
Montenegro	3	1	2	1.754	5
Serbien	25	13	22	2.238	4
Kosovo	8	1	2	662	8
Vojvodina	9	6	11	3.061	3
Slowenien	8	11	20	5.918	1

Quelle: Djeković-Sachs, 1994 S. 237

⁹⁹ Vgl. Djeković-Sachs, 1994 S. 235f bzw. Lohoff, 1996 S.115-117

¹⁰⁰ Vgl. Thörner, 1999 S. 101

So wurden bereits 1988 Auflösungserscheinungen bemerkbar als Conert dazu schrieb: *„Die künftig vielleicht größte von der Verschuldenskrise ausgehende Gefahr für den jugoslawischen Staat dürfte aber in den sich schon im Laufe der siebziger Jahre verschärften traditionellen teilnationalen Rivalitäten und Separationsbestrebungen liegen, die an Intensität gewonnen haben, wobei die überkommenen ethnischen, religiösen und soziokulturellen Differenzen zunehmend durch gesellschaftspolitische Orientierungsunterschiede verstärkt werden. Von der wirtschaftlich prosperierenden (1% Arbeitslosigkeit gegenüber 16% im Landesdurchschnitt), in der Vergangenheit ausdrücklich pro-jugoslawischen Teilrepublik Slowenien werden in jüngerer Zeit Eigenständigkeitsforderungen auf den verschiedensten Gebieten mit einer Schärfe angemeldet, die geradezu separatistische Bestrebungen vermuten lässt.“*¹⁰¹

Das wirtschaftliche Integrationsziel konnte somit nicht erreicht werden. Während seiner dreijährigen Amtszeit als Regierungschef, verfolgte Mikulić immer wieder etatistische Bestrebungen. Die konsequente Einführung des Marktwirtschaftssystems hätte ihm den Zugang zu internationalen Geldern jedoch wesentlich erleichtert. Stattdessen wurde immer wieder, zum Unwillen der Weltbank und des IWF, ein Mittelweg zwischen diesen beiden Systemen gesucht. Wirtschaftsprofessoren wie Marijan Korošić hingegen verlangten eine „offene Wirtschaft“ Jugoslawiens, in der es möglich sei, sich wirtschaftlich frei zu betätigen. In Jugoslawien erschien dies jedoch aufgrund einer nicht vorhandenen politischen Demokratie. Die Partei zog sich zu keinem Zeitpunkt aus der Wirtschaft zurück, da es um Macht und Geld ging, wodurch Reformversuche immer wieder scheiterten. Außerdem hätten sich die politischen Umstände zu jener Zeit so extrem verändert, vor allem im Osten des Landes, dass es für zukünftige Reformen wohl nun schon zu spät sei. Weiters könne eine Marktwirtschaft aufgrund der fast nur noch defizitären Unternehmen nicht aufgebaut werden.¹⁰²

Die wirtschaftsstrukturellen, innenpolitischen und sozialen Probleme, die ausgeprägten teilnationalen Egoismen sowie das Fehlen einer sachlich begründeten und konsequent durchgezogenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zwangen Mikulić im Dezember 1988 zum Rücktritt. Während das wirtschaftliche Elend

¹⁰¹ Conert, 1988 S. 191f

¹⁰² Vgl. Meier, 1996 S. 190f

Jugoslawiens seinen Lauf nahm, die Auslandsverschuldung (21 Mrd. USD) nicht zurückging und das Land außerstande war, viele wirtschaftspolitische Auflagen einzuhalten, sah man sich noch dazu mit dem Abbruch der Beziehungen zum IWF konfrontiert.¹⁰³ Es galt nun einen Nachfolger Mikulics zu bestimmen.

3.2 Der endgültige Zusammenbruch Jugoslawiens

3.2.1 Letzte verzweifelte Versuche einer marktwirtschaftlichen Reform unter Marković

Als Nachfolger des gescheiterten Branko Mikulić trat der von den Slowenen und Kroaten favorisierte Ante Marković in die Regierung. Von Anfang an lag seine Marschroute fest: um jeden Preis die Marktwirtschaft in Jugoslawien durchzusetzen und dem Selbstverwaltungssozialismus ein Ende zu setzen. Im Gegensatz zu Mikulić setzte die neue Regierung Marković erneut auf die Hilfe des IWF. Dabei gelang es Markovic, die Freigabe der Preise, einen zentralen Punkt seines liberalistischen Wirtschaftsprogramms, zur Freude des IWF, durchzusetzen. Weitere vom Währungsfonds geforderte Bedingungen waren u.a. der Rückgang der Staatsausgaben sowie eine Deregulierung von Gesetzen, um die Rolle des Marktes hervorzuheben. Weiters sollte dem Privateigentum größere Bedeutung beigemessen, die Bildung von Joint-Ventures gefördert und das Land gegenüber dem Ausland geöffnet werden; also eine komplette Umwandlung der Wirtschaft im kapitalistischen Sinn. Dass die Reformen zu spät kamen – den jugoslawischen Markt beherrschte z.B. in fast allen zentralen Sektoren Monopolanbieter – äußerte sich besonders in der kaum zu stoppenden Inflation, die im März 1989, als Markovic das Amt übernahm, bei 467% lag und bald darauf 600% übertraf. Der Dinar wurde zu einer Art Spielgeld und als Hartwährung setzte sich die Deutsche Mark durch. Selbst als im September 1989 die Hyperinflation die 1000% Marke erreichte und im Dezember auf unglaubliche 2700% stieg und die jahrelang angesparten Dinar-Guthaben der Bevölkerung mit einem Schlag entwertet wurden, änderte die Regierung keineswegs ihr Konzept, sondern versuchte durch weitere Importliberalisierungen den jugoslawischen Monopolanbietern entgegenzuwirken.¹⁰⁴

¹⁰³ Vgl. Conert, 1988 S. 192 und Thörner, 1996 S. 102

¹⁰⁴ Vgl. Thörner, 1999 S. 102ff bzw. Lohoff, 1996 S. 122ff

Dies heizte vor allem bei den Serben, die von Anfang an eine Anti-Marković Kampagne führten, die Stimmung an. An deren Spitze setzte sich bereits 1987 ein gewisser Slobodan Milošević, der zu den Reformgegnern gehörte. Dieser verkörperte den Staatskapitalismus und nicht das Marktwirtschaftssystem. Im Juli 1988 schildert Milosevic in einer jugoslawischen Zeitschrift, Privateigentum werde in der jugoslawischen Wirtschaft nie eine große Rolle spielen.¹⁰⁵ Dass sich Milošević lange Zeit nicht, oder nur wenig in wirtschaftspolitische Belange einmischte, lag sicher auch an den sich zuspitzenden Kosovo-Konflikt. Zu jener Zeit lebten im Kosovo 1,6 Mio. Albaner, 210.000 Serben und 20.000 Montenegriner (das Verhältnis ist heute ungleich anders). Zurückgehend auf das 17.Jhdt., als Kosovo im Zuge der Türkenbelagerung und der anschließenden Flucht der Serben durch Albaner kolonialisiert wurde, sahen – und sehen heute noch – die Kosovo-Albaner Kosovo als ihre Heimat und verlangten ihre Unabhängigkeit. Für Serbien war Kosovo jedoch stets Teil der serbischen Zivilisation und hatte bzw. hat einen bedeutenden emotionalen Wert. Als Milošević an die Macht kam, spitzte sich die Lage dramatisch zu. Während die Kosovo-Albaner ihre eigene Republik forderten und sogar eine Sezession nicht ausschlossen, sahen Serben ihre Sicherheit und den Zusammenhalt der Föderation gefährdet. Milošević verlangte die völlige Aufhebung der Autonomie Kosovos. Mit einer gewaltsamen Niederschlagung des albanischen Widerstands sollt ihm dies letztendlich auch gelingen.¹⁰⁶ Dieses Geschehen wurde von Kroatien und Slowenien mit großer Beunruhigung verfolgt, da man künftige grosserbische Aktionen zu fürchten begann.

Die Regierung Marković setzte indes ihren Kurs unbeirrt fort. Frei nach dem Motto „Waren, Kapital und Arbeit müssen sich frei bewegen können“, wie Marković in seiner Antrittsrede 1989 verkündete, trat man dafür ein, unrentable Betriebe, wie bereits erwähnt, nicht mehr stützen zu wollen, sondern Konkurse zu ermöglichen. Und tatsächlich wurden in den Jahren 1989 und 1990 für 248 bzw. 889 Unternehmen Konkursverfahren eingeleitet, die letztendlich die Entlassung von 600.000 ArbeiterInnen zur Folge hatten. Von dieser Situation besonders betroffen waren Unternehmen in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Vgl. Meier, 1996 S. 189 sowie Lohoff, 1996 S. 134

¹⁰⁶ Vgl. Allcock, 1992 S. 148-157

¹⁰⁷ Vgl. Hofbauer, 2001 S. 5 und Arbeitsblatt 1, S. 23 sowie Thörner, 1999 S. 107f

Einen letzten verzweifelten Versuch ein Stabilisierungsprogramm durchzusetzen, startete die Regierung im Dezember 1989. Das „Sachs-Programm“, benannt nach dem US-Ökonomen Jeffrey Sachs, der als Berater herangezogen wurde, stand ganz im Zeichen der Liberalisierung, Deregulierung und Konvertibilisierung der Landeswährung. Kurzfristig führte die Geld- und Währungsreform, Verknappung der Geldmenge, tatsächlich zu einer Konvertibilität des Dinars, der im Verhältnis 1:7 für ein halbes Jahr an die DM gekoppelt werden sollte. Serbien, auf staatskapitalistischem Kurs unterwegs, unterstützte diese Maßnahmen freilich nicht, sondern sah sich gegenüber Slowenien und Kroatien gröblich benachteiligt.¹⁰⁸

Serbiens Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Ein regelrechter Wirtschaftskrieg brach vor allem zwischen Slowenen und Serben aus. Während Serben, die eine zentrale Rolle in der Nationalbank einnahmen, Slowenien und Kroatien nicht mehr am Zahlungsverkehr teilhaben ließen, – Dinare und Devisen fanden keinen Weg mehr nach Zagreb und Ljubljana – nutzte Slowenien sein geographisches Monopol – alle wichtigen Straßen und Eisenbahnlinien nach Westeuropa liefen durch Slowenien – und weigerte sich, die Zolleinnahmen weiterzuleiten. Die Schäden, die sich aus dem gegenseitigen Wirtschaftsboykott ergaben, lassen sich mit etwa 10 Milliarden USD beziffern.¹⁰⁹

Das Fass zum Überlaufen brachte Slobodan Milošević, als sich dieser der jugoslawischen Notenbank bemächtigte und Scheine im Wert von umgerechnet 1,8 Mrd. USD drucken ließ. Damit sollten vor allem ausstehende Gehälter an Staats- und Gemeindebediensteten ausbezahlt werden. Der IWF fand für diese Aktion kein Verständnis (Milošević wurde als Feind der freien Marktwirtschaft zitiert), da man seitens des Währungsfonds stets um Maßnahmen wie Geldverknappung und Lohnverkürzungen bemüht war. Die Folgen für Jugoslawiens Wirtschaftspolitik waren niederschmetternd. Der IWF stellte seine Zahlungen im Wert von 4 Mrd. Dollar vollständig ein, Weltbank, OECD und EG verwehrten einen „Standby-Kredit“ in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar. Jeffrey Sachs, der bis zu diesem Zeitpunkt in Belgrad als Berater tätig war, sah sich gezwungen nach Ljubljana umzusiedeln, da er sein Projekt nun nur noch in den nördlichen Republiken realisierbar sah.¹¹⁰

¹⁰⁸ Vgl. Hofbauer, 2001 S. 6 sowie Meier, 1996 S. 196f

¹⁰⁹ Vgl. Hofbauer, 2001 S. 5f sowie Lohoff, 1996 S. 148

¹¹⁰ Vgl. Hofbauer, 2001 S. 6f sowie Lohoff, 1996 S. 145f

Die Tatsache, dass sogar der entwickelte Norden Ende der 80er-Jahre von der landesweiten Wirtschaftskrise erfasst wurde, ließ Markovics Reformprogramm letztendlich scheitern. Sämtliche wirtschaftliche Indikatoren nahmen negative Tendenzen an. Gegenüber 1989 sank das Sozialprodukt im Jahr 1990 um 10% und die Industrieproduktion um 11%. Die Zahl der Beschäftigten ging 1990 um 2,7% zurück, die Arbeitslosenquote betrug 16,4%. Während die Handelsbilanz 1989 noch ein Defizit von 1,4 Mrd. USD aufwies, wuchs es 1990 auf 4,6 Mrd. USD. Das Leistungsbilanzdefizit war erstmals seit sieben Jahren mit 2,7 Mrd. USD im Minus und die Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen kam auf 16,5 Mrd. USD.¹¹¹

Auch politisch durchlief Jugoslawien einen Umbruch. Nachdem sich im Jänner 1990, am 14. außerordentlichen Kongress, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) auflöste, fanden im selben Jahr erstmals in der Nachkriegszeit auch freie Wahlen statt. Hier zeigte sich rasch, dass gesellschaftliche Bedürfnisse in einem gesamtjugoslawischen Konzept keinen Platz mehr hatten, sondern „nationale Ziele“ einzelner Republiken nun das Tagesgeschehen beherrschten. In Slowenien bildete sich ein Mitte-Rechts-Bündnis (DEMOS), während in Kroatien die Kroatisch Demokratische Gemeinschaft (HDZ) die Wahlen für sich entscheiden konnte. Die Wahlen läuteten den Zerfallsprozess Jugoslawiens ein, denn mit der Proklamierung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeit im Sommer 1991 brach der zweite jugoslawische Staat endgültig auseinander.¹¹²

3.2.2 Conclusio

Die allgemeine Situation in Jugoslawien konnte selbst durch zahlreiche Gesetze und Reformvorhaben nicht gebessert werden. Die konsequente Errichtung einer jugoslawischen Marktwirtschaft scheiterte kläglich, da das Selbstverwaltungssystem, selbst nach Titos Tod, nicht durch ein kapitalistisches ersetzt werden konnte. Das Ende der Selbstverwaltung beschreibt Djeković-Sachs somit als eine logische Konsequenz: *„Der Selbstverwaltungssozialismus in Jugoslawien lebte stets im Spannungsfeld von dezentraler Selbstverwaltung und zentralistischer, sozialistischer Ideologie. Dies kommt auch in zahlreichen Reformversuchen zum Ausdruck.*

¹¹¹ Vgl. Gabrisch, 1991 S. 271f

¹¹² Vgl. Sundhaussen, 1993 S. 124ff und Allcock, 1992 S. 165f

*Letztendlich entstand eine spezifische dezentral-zentralistische politische und wirtschaftliche Verfassung, die Jugoslawien in einen Teufelskreis führte. Der schwache Integrationswille seiner Teileinheiten brachte geringe Integrationserfolge bzw. verhinderte diese.*¹¹³ Weiters schildert Ferfila warum sich die Selbstverwaltung, als „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Zentralverwaltung, nicht durchsetzen konnte: *„ (...) centrally planned and market oriented socialist economic systems did not succeed in affirming themselves in economic reality to a satisfactory degree. That is why the more superior capitalist economic system replaced it.*

In this rough division of economic systems, the fact that only one state, Yugoslavia, belongs in the third group, stands out. It is completely evident that a whole series of serious problems arise when solutions of the system, due to its uniqueness, have no reference in other coexisting states.“¹¹⁴

Durch die Anerkennung Kroatiens wurde der weitere Weg Richtung Marktwirtschaft und Transformation geebnet. Dieser Weg verlief, wie wir im nächsten Kapitel genauer sehen werden, jedoch nicht immer unproblematisch, denn vor allem durch den Bürgerkrieg in den frühen 90ern, ging der Transformationsprozess in Kroatien nur schleppend voran. Weiters musste man nun die Konsequenzen jahrelanger misslungener Reformversuche selbst tragen, womit das Land vor eine große Herausforderung gestellt wurde.

¹¹³ Djeković-Sachs, 1994 S. 9

¹¹⁴ Ferfila, 1991 S. 4

4. Transformationsprozess Kroatiens 1990 – 2000 unter besonderer Berücksichtigung der Privatisierung

4.1 Vorbemerkungen zur Transformation von Wirtschaftsordnungen

4.1.1 Definition, Maßnahmen und Aufgaben der Transformation

Allgemein beschreibt die Transformation die Wandlung von einem System zu einem Anderen. Eine Abgrenzung zwischen den oftmals als Synonym verwendeten Begriffen Transformation und Transition ist jedoch vorzunehmen. Während Transition – aus dem lateinischen *transire* für „Übergang, Durchgang“ – keine aktive Tätigkeit politischer und sozialer Akteure erfordert und somit einfach passiert, wird bei der Transformation – lat. *transferrere* „hinübertragen, versetzen, umbilden“ – das aktivische Moment, in diesem Fall vor allem eine aktive Umgestaltung und politische Handlungsfähigkeit der ehemals kommunistischen Staaten, besonders hervorgehoben.¹¹⁵

Unter Systemtransformation wird ein grundlegender Wandel des gesamten Gesellschaftssystems verstanden. Sämtliche politische, ökonomische und soziale Institutionen werden einer umfassenden Veränderung unterworfen, wobei sich auch die Bewusstseinsidentität und das Verhaltensmuster der Gesellschaft ändern. Es muss dabei jedoch zwischen Transformation und Reformen unterschieden werden. Während Reformen eine gegebene Ordnung nicht verändern, sondern innerhalb dieser bloß einzelne Merkmale modifizieren, hat die Transformation hingegen eine Veränderung der gesamten Ordnungsformen des Wirtschaftssystems zur Folge.¹¹⁶

Eine völlige Veränderung des Tradierten und ein Umbruch durch aktives politisches Wirken in Richtung Marktwirtschaft sind dabei gefragt, wobei ein solches Wirtschaftssystem drei Teilbereiche umfasst: Sämtliche für den Wirtschaftsprozess verbindliche rechtliche und institutionelle Regelungen, das Bestehen natürlicher, sachlicher und menschlicher Ressourcen und die wirtschaftlichen Vorgänge

¹¹⁵ Vgl. Weber, 2002 S. 140

¹¹⁶ Vgl. Kušić, 2001 S. 21f

in den Wirtschaftseinheiten, die Beziehungen zwischen ihnen und die damit verbundenen Koordinationsmechanismen.¹¹⁷ Nach Kloten kann daher festgehalten werden: *„Transformation von Wirtschaftssystemen soll hier jener durch politischen Geltungswillen und politisches Handeln ausgelöste Prozess heißen, der durch eine Substitution gegebener ordnungskonstituierender Merkmale durch andere einen „qualitativen“ Sprung derart bewirkt, dass es zu einer Ablösung des alten Systems durch ein neues kommt.“*¹¹⁸

Der Transformationsprozess stellt als zentrale Frage die ökonomische Leistungsfähigkeit jeder Volkswirtschaft in den Mittelpunkt. Der Wirtschaftsprozess soll dabei sowohl die ausgiebige und reibungslose Güterversorgung der Gesellschaft garantieren, als auch Anregungen zur Innovation und Wachstum geben. Dieser Prozess soll durch die Schaffung eines neuen institutionellen Rahmens verbessert werden, wobei neben dem wirtschaftlichen Prozess die Ausgestaltung der politischen Ordnung eine wesentliche Rolle spielt.¹¹⁹ Da sich der Transformationsprozess auf das gesamte Gesellschaftssystem auswirkt, werden folglich unterschiedliche Ebenen durchlaufen. Der Wandel von einem sozialistischen Einparteiensystem zu einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft wird auf politischer Ebene verwirklicht. Die ökonomische Ebene durchläuft einen Prozess vom zentralistischen Wirtschaftssystem zu einer Wettbewerbsordnung nach marktwirtschaftlichen Spielregeln. Das Verhalten der Akteure innerhalb der Gesellschaft wandelt sich von Fremdsteuerung zu Selbststeuerung der einzelnen Individuen nach eigenen Bedürfnissen. Dieser Prozess wird auf Verhaltensebene vollzogen. Sämtliche Transformationsebenen, die durch eine gegenseitige Abhängigkeit charakterisiert sind, müssen in diesen Prozess eingeplant und die Verhaltensmuster grundlegend geändert werden, um einen Übergang zur Marktwirtschaft zu gewährleisten.¹²⁰ Abbildung 2 präsentiert noch einmal die eben angesprochenen Transformations Ebenen.

¹¹⁷ Vgl. Kloten, 1991 S. 7ff

¹¹⁸ Ebd. S. 8f

¹¹⁹ Vgl. Kušić, 2001 S. 23

¹²⁰ Vgl. Ebd., S. 27

Abbildung 2: Transformationsebenen

Politische Ebene	Einparteidiktatur	=> Mehrparteiendemokratie
Rechtsebene	Parteiideologische Rechtsordnung	=> Bürgerliche Privatrechtsordnung
Ökonomische Ebene	Zentralverwaltungs- wirtschaft	=> Marktwirtschaft
Verhaltensebene	Fremdsteuerung	=> Selbststeuerung nach eigenen Bedürfnissen

Quelle: Kušić, 2001 S. 27

Auch Eucken betrachtet die Wirtschaftsordnung als Ganzes, wie in ihren Teilordnungen, die sie umgibt, in gegenseitiger Abhängigkeit mit allen übrigen humanen Ordnungen. Er schreibt diesbezüglich: „*Es besteht also nicht nur eine ökonomische Interdependenz, sondern auch eine Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen.*“¹²¹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Transformation eines Wirtschaftssystems durch den Aufbau einer neuen oder dem Ersetzen der alten durch eine neue wirtschaftliche Ordnung gekennzeichnet ist. Die Veränderung passiert auf sämtlichen Ebenen der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die politische, staatliche, rechtliche und soziale Ordnung erleben durch diesen Übergang einen grundlegenden Wandel.¹²²

Vor allem Politik und Wirtschaft stehen in wichtiger Beziehung zueinander. So kann eine politische Richtung nicht einem beliebigen Wirtschaftssystem zugeordnet werden. Deshalb wird im folgenden Kapitel auf die Transformation der ökonomischen und politischen Ebene näher eingegangen.

4.1.2 Transformation der ökonomischen und politischen Ebene

Obwohl eine politische Neugestaltung die Basis für eine Veränderung der ökonomischen Ebene bildet, soll zunächst die Transformation des wirtschaftlichen Systems näher erläutert werden. Wie bereits erwähnt bildet der Wandel in den öko-

¹²¹ Eucken, 1990 S. 14

¹²² Vgl. Kloten, 1991 S. 39

nomischen Allokationsmethoden den Mittelpunkt einer Systemtransformation. Planwirtschaftliche Abstimmungsverfahren sollen durch marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismen abgelöst, wirtschaftliche Maßnahmen von einer zentralen Planungsstelle auf eigenmächtig agierende Unternehmen verlagert werden. Um dies zu gewährleisten sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen: 1) Das Bestehen individueller Handlungs- und Verfügungsrechte als Mittelpunkt einer Privatrechtsordnung; 2) Dezentralisierung und Entflechtung von Staatsunternehmen; 3) Übergang von Eigentum aus Staatshand in private Hände; 4) eine Restrukturierung des Bankenwesens mit strikter Unterscheidung zwischen Notenbank und Geschäftsbanken, die untereinander Konkurrenz ausgesetzt sind; 5) eine Neuordnung der Haushaltsführung des Staates und des Abgabensystems; 6) Abkehr vom bisherigen System der Abführung monetärer Mittel an staatliche Fonds; stattdessen Eigenverantwortung bei finanziellen Entscheidungen der Unternehmen und gleichzeitig eine reguläre Erhebung von Steuern; 7) eine Öffnung der Märkte nach außen durch die Anwendung konformer Wechselkurse.¹²³

Mittelpunkt einer modernen Wirtschaftspolitik ist der Aufbau und die Kontrolle einer Wettbewerbsordnung, dessen zentrales Anliegen demnach die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz sein soll. Es ist dies das Grundprinzip der Wirtschaftsverfassungspolitik, die Marktform der vollständigen Konkurrenz zur Entwicklung zu bringen. Für die Wettbewerbsordnung spielt eine Stabilität des Geldwertes eine bedeutende Rolle, weil dadurch ein brauchbares Lenkungsinstrument in den Wirtschaftsprozess eingebaut werden kann.¹²⁴

Auch eine Öffnung der Märkte – eine Öffnung von Angebot und Nachfrage – ist von zentraler Bedeutung, da eine Schließung die Gefahr mit sich bringt, Monopolbildungen zu erleichtern, die somit das Prinzip der vollständigen Konkurrenz gefährden könnten. Es ist daher notwendig, durch Reformen systemfremde Marktformen zu beseitigen und das ordnungspolitische Ziel zu erreichen. Dies stärkt vor allem das Konkurrenzelement in der Wirtschaftsordnung. Um das Funktionieren einer Wettbewerbsordnung zu gewährleisten ist auch die Schaffung von Privateigentum Voraussetzung. Bei vollständiger Konkurrenz heißt das: Verfügungsmacht und Verfügungsfreiheit im Dienste der Volkswirtschaft, aber auch die Möglichkeit, die Freiheit der anderen Eigentümer zu Lasten der Gesamtheit ein-

¹²³ Vgl. Ebd., S. 25f

¹²⁴ Vgl. Eucken, 1990 S. 254-257

zuschränken. Dass durch die ökonomische Effizienz der Wettbewerbsordnung nicht nur der Eigentümer sondern auch der Nichteigentümer profitiert, beweist die Tatsache, dass die Privateigentümer miteinander Konkurrenz ausgesetzt sind und Arbeitssuchende somit vielfältigere Chancen vor sich haben und nicht etwa einseitig abhängig sind.¹²⁵ Eucken hält dazu fest: „*Wie also Privateigentum an Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Missständen führt.*“¹²⁶

Auch für den ehemaligen polnischen Premier- und Finanzminister Balcerowicz umfasst die wirtschaftliche Transformation drei bedeutende Komponenten: die Liberalisierung der Preise, die makroökonomische Stabilisierung und die Privatisierung als Teil des institutionellen Wandels. Die Liberalisierung ermöglicht es, Wirtschaftsabläufe und einzelwirtschaftliche Entscheidungsspielräume von einer zentralen Planung zu befreien und somit den Anstoß für unternehmerisches Handeln zu geben. Dabei spielen freie Preise, wie wir schon gesehen haben, eine bedeutende Rolle, um Anreize zur effizienten Allokation von Ressourcen zu schaffen. Auf makroökonomischer Ebene ist vor allem der Aufbau einer stabilen Währung wichtig und in weiterer Folge die Errichtung eines zweistufigen Bankensystems mit einer autonomen Zentralbank und einem Geschäftsbankensektor. Als letzter entscheidender Faktor einer ökonomischen Transformation kann die Umgestaltung der Eigentumsordnung, in diesem Fall die Privatisierung, aufgefasst werden. Dabei wechselt die Eigentümerfunktion ganz oder teilweise von Staat zu privaten, natürlichen oder juristischen Personen, was ein systematisches Vorgehen mit hohem Zeitaufwand erfordert. Privatwirtschaftliche Verfügungs- und Handelsrechte am Eigentum stehen also im Vordergrund der Maßnahmen der Privatisierung, wobei dies vor allem Unternehmen betreffen soll.¹²⁷ Kloten meint dazu: „*Das Rechtsinstitut Privateigentum führt erst durch Akte einer Privatisierung im materiellen Sinne zu Formen privaten Eigentums – ihrerseits eine wesentliche Voraussetzung für funktionierende Märkte (...).*“¹²⁸

Die Privatisierung im Sinne eines Wandels der Eigentumsordnung vollzieht sich dabei im Rahmen des institutionellen Wandels. Institutionen reduzieren, durch die

¹²⁵ Vgl. Ebd., S. 264-274

¹²⁶ Ebd., S. 275

¹²⁷ Vgl. Kušić, 2001 S. 34ff

¹²⁸ Kloten, 1991 S. 22

Schaffung einer stabilen Ordnung, die Unsicherheit menschlicher Interaktionen, indem sie für eine gewisse Ordnung sorgen und bilden auf ökonomischer Ebene die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln. Ein institutioneller Rahmen ist von zentraler Bedeutung für die Leistung einer Wirtschaft, da Institutionen die Transaktions- und Transformations- (Produktions-) kosten, die zusammen die Gesamtkosten bilden, bestimmen.¹²⁹

Wie bereits zu Beginn erwähnt ist eine politische Transformation Voraussetzung für eine erfolgreiche ökonomische Umwandlung. Deren Ziel ist es, ein demokratisch und rechtsstaatlich orientiertes Gesellschaftssystem aufzubauen. Ein marktwirtschaftliches System ohne staatliche Garantie persönlicher Grundrechte und ökonomischer Freiheitsrechte ist nicht denkbar. Die Rechtsstaatlichkeit besagt dabei, dass das Handeln des Staates an das Recht gebunden wird, und dass Bürger vor staatlichen Eingriffen geschützt werden.¹³⁰ Planwirtschaften hingegen sind nur mit totalitären politischen Systemen vereinbar, da sie persönliche Freiheiten einengen und durch Herrschaft einer Klasse oder eines Diktators charakterisiert sind. Die Zusammenarbeit eines totalitären Regimes mit einem einheitlichen Marktwirtschaftssystem führt, langfristig gesehen, zur Ineffizienz, politischen Instabilitäten sowie zu Konflikten zwischen politischen Interessen und ökonomischen Erfordernissen. Daher ergänzen sich Demokratie und Marktwirtschaft am besten und erfordern eine effiziente organisatorische Struktur. Eine Transformation der Wirtschaftsordnung kann daher nur durch Veränderung des politischen Systems erfolgen.¹³¹

Auch die Privatautonomie spielt bei der politischen Transformation eine wichtige Rolle, da sie von Entscheidung und Planung über die Produktion, Verteilung und Konsumtion durch private, individuell agierende Wirtschaftssubjekte ausgeht. Dabei sind diese Wirtschaftssubjekte gegen Eingriffe des Staates in die Privatautonomie aufgrund entsprechender Rechte mit Verfassungsrang geschützt. Schließlich soll auch das Privateigentum und damit einhergehende Handlungsrechte sowie die Inanspruchnahme durch Nichtberichtigte durch den Staat geschützt werden.¹³²

¹²⁹ Vgl. North, 1992 S. 4-6

¹³⁰ Vgl. Kušić, 2001 S. 29

¹³¹ Vgl. Kloten, 1991 S. 41f

¹³² Vgl. Kušić, 2001 S. 30

Logische Folge einer privatwirtschaftlich dominierten Marktwirtschaft wird daher der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sein. Dennoch hat sich die Institution Staat auch in einer Marktwirtschaft als stark zu erweisen, indem es das Rechtssystem wahrt, seine Anwendung sichert und für eine Gewaltenteilung sorgt. Weiters hat der Staat in wirtschaftlicher Hinsicht öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren.¹³³

Ein Problem in sozialistischen Wirtschaftssystemen war der enorme Einfluss der politischen Ordnung auf die Wirtschaftliche, gekennzeichnet durch totalen Machtanspruch auf politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen. Wie wir sehen werden hatte auch Kroatien im Laufe der 90er-Jahre mit diesem Problem zu kämpfen. Obwohl bereits bei Unabhängigkeit des Staates im Jahre 1991 die Grundlage einer demokratischen Ordnung geschaffen wurde, war diese Übergangsphase unter dem ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman vor allem durch die Sicherung von Macht und Prestige einiger weniger an der Macht stehender geprägt, während Reformbefürworter sich kaum durchsetzen konnten. Kloten fasst diese Problem prägnant zusammen: *„Auf der Ebene des Grundkonsens wirksam sind das Machterhaltungsinteresse der bisherigen „Nomenklatura“ und das Machtstreben der auf eine Reform drängenden politischen Kräfte, die sich als politische Elite der Zukunft verstehen. (...) Ein Konsens zu systemtransformierenden Programmen ist wohl nur zu finden, wenn (1) die Spielregeln des alten Systems ebenso am Kippen sind wie die ihr zugrundeliegenden ideologischen Tabus, (2) Anzeichen einer politischen wie einer ökonomischen Krise massive Proteste der Bevölkerung auslösen, somit sich eine Herrschaftskrise zu formen beginnt und (3) politische Akteure zunehmend erkennen, dass die Koordination von Handlungen durch eine Neuorientierung größere Erträge verspricht als das Beharren auf gesonderten Strukturen, somit auf den Konflikt.“*¹³⁴

Im nächsten Kapitel wird daher die politische Transformation Kroatiens in den 90er-Jahren näher beschrieben.

¹³³ Vgl. Kloten, 1991 S. 42

¹³⁴ Ebd., S. 9

4.2 Politische Transformation in Kroatien

Das politische Geschehen der 90er-Jahre wurde in Kroatien maßgeblich von einer Partei bestimmt; der HDZ (*Hrvatska Demokratska Zajednica* – Kroatische Demokratische Gemeinschaft) und seinem charismatischen Präsidenten Franjo Tudjman, dessen Handeln untrennbar mit der gewonnenen Unabhängigkeit Kroatiens verbunden ist.

Wie wir in den nächsten Kapiteln sehen werden, sollte sich die dominante Rolle der HDZ negativ auf den Transformationsprozess auswirken. Obwohl es gelang, das Ende der kommunistischen Ära durch die Einführung eines Mehrparteiensystems zu besiegeln, waren die 90er besonders durch störende Faktoren wie Krieg, ethnischer Polarisierung, wirtschaftlicher Zerrüttung und repressiver Politik charakterisiert. Die Schwierigkeit der Transformation bestand zu Beginn darin, den Prozess der Demokratisierung, die Schaffung des neuen Staates und die Probleme der kriegesischen Auseinandersetzungen simultan handhaben zu müssen. Vor allem letzteres ließ den autoritären Führungsstil der HDZ in den ersten Jahren legitim erscheinen, um, nach Meinung der HDZ, externen Bedrohungen entgegenwirken und infolgedessen den Aufbau einer Demokratie ermöglichen zu können. Die 90er-Jahre können politisch daher in zwei Phasen unterteilt werden: die erste von 1989 bis 1995, gekennzeichnet durch den Aufstieg der HDZ und den Bürgerkrieg. In dieser Zeit rückte der Demokratisierungs- und Reformprozess zugunsten der Staatenbildung und des Krieges in den Hintergrund. Die zweite Phase kann vom Ende des Krieges und der Friedensvertragsunterzeichnung in Dayton im Jahre 1995 bis zum Tod Tudjmans im Dezember 1999, der gleichzeitig den Zusammenbruch der HDZ einläutete, eingegrenzt werden.¹³⁵

Bevor jedoch auf die politische Entwicklung der 90er eingegangen wird, soll zunächst kurz auf den Staatenbildungsprozess und der Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen hingewiesen werden.

¹³⁵ Vgl. Søbørg, 2007 S. 31ff

4.2.1 Die Entstehung des kroatischen Staates und der Wandel institutioneller Rahmenbedingungen

Wie bereits erwähnt ist der Übergang von einer Einparteienherrschaft zu einer Mehrparteien Demokratie Ziel der politischen Transformation. Der Machtwechsel in Kroatien wurde bereits 1989 in Gang gesetzt und vollzog sich aus dem Bund der Kommunisten Kroatiens heraus. Das Mehrparteiensystem wurde bis dahin von den meisten Parteimitgliedern abgelehnt, jedoch auf einem Sonderparteitag im Dezember 1989 beschlossen, was zum Ende des Einparteiensystems und zur Zulassung nicht-sozialistischer Parteien zu den Wahlen führte.¹³⁶ U.a. bildeten sich folgende Parteien heraus (Aufzählung der wichtigsten):

- HDZ: Kroatische Demokratische Gemeinschaft
- HSLS: Kroatische Sozialliberale Partei
- HSS: Kroatische Bauernpartei
- IDS: Istrische Demokratische Versammlung
- HNS: Kroatische Volkspartei
- SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens
- LS: Liberale Partei
- HSP: Kroatische Partei des Rechts¹³⁷

Die Bevölkerung Kroatiens reagierte auf diesen Umschwung mit der Forderung nach Unabhängigkeit sowie marktwirtschaftlicher Orientierung nach westlichem Muster. Dies wurde im Sieg der HDZ in den ersten freien Wahlen im April 1990 zum Ausdruck gebracht und schuf in weiterer Folge die Voraussetzungen für die Umwandlung der rechtlichen Rahmenbedingungen.¹³⁸

Grundlage für den Aufbau eines neuen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Systems bildete die im kroatischen Parlament (*Sabor*) beschlossene Verfassung der Republik Kroatien¹³⁹ vom 22. Dezember 1990 (auch „Weihnachtverfassung“ genannt), also als Kroatien eigentlich noch Teil Jugoslawiens war. Diese

¹³⁶ Vgl. Kušić, 2001 S. 146

¹³⁷ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 224

¹³⁸ Vgl. Kušić, 2001 S. 147

¹³⁹ Vgl. Ustav Republike Hrvatske, Narodne Novine (Amtsblatt der Republik Kroatien, abgekürzt: NN), Nr. 56/1990

sollte den Weg Richtung Marktwirtschaft ebnen und die Gewaltenteilung von Judikative, Legislative und Exekutive bewirken.¹⁴⁰

Artikel 1 der kroatischen Verfassung bezeichnet Kroatien als marktwirtschaftlichen, demokratischen und Sozialstaat, während Art. 3 die Grundprinzipien auflistet (Auszug): Freiheit, Gleichheit, nationale Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Achtung der Menschenrechte, Unverletzbarkeit des Eigentums, Herrschaft des Rechts und demokratisches Mehrparteiensystem.¹⁴¹ Die wirtschaftspolitischen Prinzipien werden in den Artikeln 48ff geregelt:¹⁴²

- Das Eigentum wird garantiert;
- Das Eigentum verpflichtet;
- Ausländer können Eigentum erwerben;
- Garantie des Erbrechts;
- Garantie der Unternehmensfreiheit und der Freiheit des Marktes
- Gleichberechtigung der Unternehmen auf dem Markt;
- Verbot von Monopolen;
- u.a.

Dabei wurde – wie wir in Kapitel 4.4 genauer sehen werden – spezielles Augenmerk auf die Eigentumsordnung gelegt, indem die Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen und gemischten Eigentum beseitigt wurde und dem Dualismus der Eigentumsordnung somit ein Ende gesetzt wurde.

Kroatiens neue Staatsform bildete daher eine parlamentarische Demokratie, bestehend aus einem Zwei-Kammer-Parlament (Abgeordneten- und Länderhaus) und einem Präsidenten als Staatsoberhaupt, wobei das Regierungssystem, ähnlich dem französischem bzw. amerikanischem, aufgrund der starken Machtposition des Präsidenten, als semi-präsidentielles System bezeichnet werden kann.¹⁴³ Daraus folgte, dass sich, nach Art. 107 und 111 der kroatischen Verfassung (kroVerf), die Regierung einer doppelten Kontrolle unterziehen musste. Auf der einen Seite konnte der Staatspräsident gemäß Art. 98 kroVerf die Regierung entlassen, ande-

¹⁴⁰ Vgl. Kušić, 2001 S. 147f

¹⁴¹ Vgl. Dobias, 2000 S. 77

¹⁴² Vgl. Ebd.

¹⁴³ Vgl. Kušić, 2001 S. 148

rerseits konnte das Abgeordnetenhaus die Regierung gemäß Art. 80 kroVerf durch einen Misstrauensantrag entmachten. Der Ministerpräsident, seine 3 Vertreter und 19, später 14, Minister bildeten die Regierung, wobei ihnen die Aufgabe zukam, Verordnungen zu erlassen und diese in Einvernehmen mit dem Gesetz, dem Gesetzesvorschlag und dem vom *Sabor* verabschiedeten Staatshaushalt zu bringen.¹⁴⁴

Obwohl oder gerade deshalb, weil bereits in diesem frühen und noch nicht ausgereiften Stadium eine neue Verfassung beschlossen wurde, zeigten sich in der gegenseitigen Kontrolle politischer Institutionen (Präsident, Staat, Parlament und Regierung) Schwächen auf. Eine Studie zeigt, dass lediglich 10 von 18 Vorkehrungen zur Stärkung dieses politischen Dreiecks in die Verfassung einbezogen wurden, was Kroatien in eine Gruppe von Ländern mit verfassungsmäßig labiler gegenseitiger Kontrolle einordnete.¹⁴⁵ Kasapović erläutert welche Faktoren zu diesem Ungleichgewicht beigetragen haben: „ (...) *this imbalance has been caused by the fact that the Croatian Constitution does not postulate or imply the following: (1) presidential veto of legislation; (2) right of president to submit laws to Constitutional Court for review; (3) parliament can impeach/remove president; (4) parliament must approve government program; (5) parliament submits government and presidential decrees to Constitutional Court for review; (6) government minister co-signs presidential acts; (7) government submits laws, acts of president to Constitutional Court for review; and (8) limits the choice of prime minister.*“¹⁴⁶

Die kroatische Verfassung aus dem Jahre 1990 sollte sich in Bezug auf sämtliche politische Institutionen als demokratisch mangelhaft erweisen, da sie eine institutionelle Lücke und somit eine dominante Position für den Präsidenten schuf. Dieser Freiraum ermöglichte es dem Präsidenten, seine eigenen politischen Strategien zu verwirklichen. Weiters konnte er somit sämtliche für ihn in Frage kommenden, politischen Optionen den Protagonisten des Staates, nämlich der Regierung und dem Parlament, auferlegen. Dies offenbarte ein großes Problem. Das institutionelle bzw. politische System Kroatiens wurde keineswegs auf Konsensbasis zwi-

¹⁴⁴ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 222

¹⁴⁵ Vgl. Kasapović, 2000 S. 48

¹⁴⁶ Ebd.

schen den wichtigsten politischen Figuren des Landes gegründet. Obwohl das Parlament die kroatische Verfassung beinahe einstimmig beschloss, so wurden, zurückzuführen auf das angesprochene semi-präsidentielle System, die wichtigsten institutionellen Abmachungen zu keinem Zeitpunkt zwischen regierender Partei und Opposition beschlossen. Dieses System und das Zweikammernsystem wurden von der Opposition heftig kritisiert. Stattdessen verlangte man die Dezentralisierung des Staates, eine strengere Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative sowie zahlreiche weitere Veränderungen des herrschenden Regimes.¹⁴⁷

4.2.2 Politische Entwicklung der 90er-Jahre

Wie bereits erwähnt, prägte vor allem die HDZ das politische Geschehen Kroatiens in den 90ern. Sie ging unter Franjo Tudjman, der das Versprechen abgab, Kommunisten wegen ehemaliger schwerer Verbrechen vor Prozessen zu verschonen, als Sammelbewegung national gerichteter Sozialisten, Christdemokraten, Populisten sowie zahlreicher Rechtsextremisten hervor, die Tudjman in den darauf folgenden Jahren durch seinen autoritären Führungsstil zusammenhalten sollte. Es überrascht daher wenig, dass die HDZ 1990 einen erdrutschartigen Sieg feierte und auch nach massiven Verlusten durch den Angriff der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) 1992 (30% des Territoriums, 10.000 Tote, 500.000 Flüchtlinge) mit Tudjman den ersten kroatischen Präsidenten stellte.¹⁴⁸ Die Ergebnisse der ersten freien Parlamentwahlen von 1990 sind in der Tabelle 10 dargestellt.

¹⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 49 und 54

¹⁴⁸ Vgl. Rothacher, 1999 S. 113

Tabelle 10: Parlamentswahlen in Kroatien 1990

Parteien/Wahlbündnisse	S%^a	M_{abs.}^b	M%^c
Kroatisch Demokratische Gemeinschaft (HDZ)	42,3	55	68,8
Bund der Kommunisten/Sozialdemokratische Partei (SDPH)	35,3	20	25,0
Koalition der Volksverständigung	15,0	3	3,8
Serbische Demokratische Partei	1,6	1	1,3
Unabhängige	4,1	1	1,3
Andere	1,7	-	-
Insgesamt	100	80	100,2

^a Sabor (Parlament) in Prozent

^b Mandate absolut

^c Mandate in Prozent

Quelle: In Anlehnung an Nohlen/Kasapović, 1996 S. 88

Das klein- und mittelstädtische Wählertum der HDZ wurde dabei weitgehend vom Staatsfernsehen, welches von der HDZ kontrolliert wurde, beeinflusst. Nach deren Wahlsieg 1990 nahm die HDZ zahlreiche ehemalige Kommunisten aus unteren und mittleren Rängen in die Partei auf. Diese handelten oft im eigenen Interesse, indem sie ihre Positionen in Staatsverwaltung und Wirtschaft auszubauen versuchten. Dadurch sollten sie zu – wie wir noch sehen werden – Privatisierungsgewinnern werden und dem Image der Partei erheblichen Schaden zufügen. Korruptionsaffären, Postenschacher und Klientelwirtschaft wurden der HDZ in weiterer Folge vorgeworfen.¹⁴⁹

Die dominante Stellung der HDZ in der ersten Hälfte der 90er-Jahre ist sicherlich auf die militärischen Auseinandersetzungen und dem damit entstandenen Nationalgefühl seitens der kroatischen Bevölkerung und der HDZ zurückzuführen. Dieser Umstand ließ eine Kritik gegenüber der Regierung so gut wie gar nicht zu und demonstrierte die Hilflosigkeit der kroatischen Opposition, die sich kaum in die Regierungspolitik integrieren konnte.¹⁵⁰ Die Wahlen von 1992 änderten daher wenig an dem politischen Bild der letzten zwei Jahre. Im Gegenteil. Die HDZ änderte das Wahlsystem und führte ein kombiniertes Wahlsystem ein, das Grabensystem. Es stellte sich ziemlich rasch heraus, dass dies nicht das Resultat von Verhandlungen zwischen herrschender Partei und Opposition war, sondern die HDZ dies bewusst zu eigenen Machtinteressen auszunutzen verstand. Was mit

¹⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 114

¹⁵⁰ Vgl. Fisher, 2006 S.125 und 151

dieser institutionellen Neuerung erreicht werden sollte war klar: die Schaffung einer Einparteienregierung und der Fortbestand der semi-präsidentiellen Regierung, was von der Opposition, die ein parlamentarisches System vorzog, strikt abgelehnt wurde. Da die HDZ sämtliche Vorteile des Grabensystems nutzte, stellte das Ergebnis der Wahlen von 1992 keine Überraschung dar: Mit 44,7% Stimmenanteil im Parlament und 85 von 138 möglichen Mandaten, änderte sich wenig an den Verhältnissen von 1990. Die Opposition hingegen erlitt erneut eine schwere Niederlage.¹⁵¹

Über die 90er-Jahre hinweg wurde das Wahlsystem ständig zugunsten der HDZ verändert. Kasapović zählt dazu auf: „*Thus in the last ten years all major models of electoral system have been tried: the absolute majority system (1990), the combined system with equal proportion of majority and party-list mandates (1992), the combined system with prevailing proportion of the party-list mandates (1995), and the proportional electoral system (1999).*“¹⁵²

Der Opposition gelang es dabei nicht, entsprechende Maßnahmen, wie z.B. die Formierung von Koalitionen, zu setzen. Dies hatte natürlich instabile politische Strukturen zur Folge. Nicht nur Oppositionsparteien zersplitterten sich in zahlreiche kleinere Parteien, auch die HDZ erlebte im Frühjahr 1994 eine Abspaltung. Der linke Flügel, an deren Spitze sich u.a. der populäre und zukünftige Präsident Kroatiens Stipe Mesić befand, kritisierte die Alleinherrschaft Tudjmans, sein Dulden korrupter Gefolgschaft auf höchster Ebene und das Fehlen innerparteilicher Demokratie.¹⁵³

Angeprangert wurde insbesondere auch Tudjmans Bosnien-Politik. Als der Krieg dort ausbrach und Serbien 70% des Territoriums besetzt hielt, führte Tudjman Geheimverhandlungen mit Milošević über eine Teilung Bosniens und über die Annexion des selbsternannten kroatischen Para-Staates „Herzeg-Bosna“ zu Kroatien. Dies führte zum Bruch Tudjmans mit den Moslems. Der einjährige Krieg Kroatiens gegen Bosnien beschmutzte das Image Kroatiens erheblich. Vom Opfer wurde man nun selber zum Aggressor und verlor Glaubwürdigkeit und Unterstützung von internationalen Gemeinschaften.¹⁵⁴

¹⁵¹ Vgl. Nohlen/Kasapović, 1996 S. 87-90

¹⁵² Kasapović, 2000 S. 54

¹⁵³ Vgl. Rothacher, 1999 S. 115

¹⁵⁴ Vgl. Hoppe, 1997 S. 12f

Dabei bildete die in Bosnien lebende sogenannte „Diaspora“ eine wichtige Zielgruppe für Tudjman. Diese kroatisch ethnische Gemeinschaft blieb während und nach dem Krieg in Bosnien, politisch und finanziell von der HDZ abhängig. Genannt wurde sie auch die „Herzegowina Lobby“, deren Anführer Gojko Šušak, nachdem er mit Schnellimbissketten in Kanada ein Vermögen verdient hatte und nach Kroatien zurückkehrte, 1991 als Verteidigungsminister die Waffenbeschaffung der kroatischen Armee finanzierte. Zwischen Kroatien und der Herzegowina bestand seit dem eine Grenze, die einen zollfreien, legalen und illegalen Güterstrom ermöglichte. Dies hatte zur Folge, dass die Kroaten aus Herzegowina fast ausschließlich die HDZ unterstützen, und nachdem die Wählerlisten auch auf die Diasporakroaten ausgeweitet wurden überrascht es wenig, dass die HDZ bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1995 alle 12 Mandate aus dieser Region erhielt.¹⁵⁵

Die dritten Parlamentswahlen am 29. Oktober 1995 fanden ganz im Zeichen des militärischen Erfolges der kroatischen Armee vom Sommer 1995 statt. Dabei wurden die Wahlen bewusst vor Ablauf der vierjährigen Wahlperiode vorgezogen, da die HDZ schon während des militärischen Einsatzes und vor allem nach dem Sieg gegen die serbischen Einheiten, diesen Erfolg politische instrumentalisierte. Einen enorm großen Beitrag dazu leisteten die staatlichen Medien, die, wie erwähnt, von der herrschenden Partei maßgeblich beeinflusst und kontrolliert wurden. Die Ergebnisse fielen wie erwartet aus, obwohl sich die HDZ durchaus mehr erwartet hatte: Sie erreichte 45,2% der Stimmen im Parlament und 42 von 80 Mandaten, während die 1995 erstmals angetretene Gemeinsame Liste von fünf Parteien (u.a. die HSS und HNS) respektable 18,3% erhielt und mit 16 Mandaten im *Sabor* vertreten war.¹⁵⁶

Mit dem Friedensvertrag von Dayton in Ohio am 21. November 1995, der von Tudjman, Milošević und dem Anführer der bosnischen Moslems Izetbegović unterzeichnet wurde, endete offiziell der Krieg.¹⁵⁷ Wie bereits erwähnt gelang es der Opposition in den frühen 90er Jahren bis zum Ende des Krieges sich kaum gegen das herrschende Regime der HDZ durchzusetzen. Der Friedensschluss hatte nun jedoch zur Folge, dass das Land keinen externen Bedrohungen mehr ausgesetzt

¹⁵⁵ Vgl. Kasapović, 2000 S. 51f bzw. Rothacher, 1999 S. 114f

¹⁵⁶ Vgl. Nohlen/Kasapović, 1996 S. 91f

¹⁵⁷ Vgl. Sørensen, 2007 S. 46

war und die HDZ ihr politisches Programm nun nicht mehr auf die notwendige Verteidigung des Landes ausrichten konnte. Für die bevorstehenden nächsten Wahlen rechnete sich die Opposition nun gute Chancen aus, wovon die HDZ ausdrücklich warnte und katastrophale Szenarien ausmalte wie u.a. die Wiedervereinigung des ehemaligen Jugoslawiens. Die Bevölkerung zeigte sich davon jedoch unbeeindruckt. Vielmehr machte sich nun Unzufriedenheit aufgrund wirtschaftlicher Probleme und schwacher Demokratisierungseffekte breit. Die Nation und deren Verteidigung wurden nicht mehr zur obersten Priorität und Umfragen aus dem Jahr 1998 zeigten, dass sich die Bevölkerung nicht vor einem bevorstehenden Machtwechsel fürchtete.¹⁵⁸

1998 war es dann auch die SDP (Sozialdemokratische Partei), die sich unter der Führung von Ivica Račan zu einer ernst zu nehmenden sozialistischen Alternative zu etablieren versuchte. Während die HDZ durch etliche Skandale und zahlreiche Entlassungen immer mehr zerrüttet wurde, nutzte dies die Opposition, sich zur sogenannten neuen „Opposition der Sechs“ (SDP, HSLS, HSS, IDS, HNS und LS) zu formieren und bildete daraus zwei Koalitionen: die „Koalition der Zwei“ (SDP und HSLS) und die „Koalition der Vier“ (HSS, IDS, HNS und LS).¹⁵⁹

Die HDZ hingegen schlitterte nach Kriegsende in eine Krise, die die Herausbildung zweier Fronten innerhalb der Partei bewirkte. Auf der einen Seite sahen einige relativ Moderate die Zeit gekommen wirtschaftliche Reformen und die Integration westlicher Strukturen voranzutreiben, während Hardliner weiterhin nationalistische Tendenzen verherrlichten und sich mit Kriegsthemen auseinandersetzten. Für Tudjman wurde es immer schwieriger ein Gleichgewicht zwischen diesen Fronten herzustellen, obwohl er selber mit den Hardlinern liebäugelte. Im Oktober 1998 erklärten daraufhin einige führende Befürworter von wirtschaftlichen Reformen den Rücktritt aus der Partei, Tudjman jedoch setzte seine unliberale Politik fort.¹⁶⁰

Inzwischen verlief der Wahlkampf für die kommenden Parlamentswahlen (2000) mit harten Bandagen. Die HDZ fokussierte ihre Kampagne auf die Errungenschaften der letzten Jahre und sah sich noch immer als Beschützer der Nation. Mit der SDP ging sie scharf ins Gericht und warnte die Bevölkerung in ihrem Wahlpro-

¹⁵⁸ Vgl. Fisher, 2006 S. 149f

¹⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 155f

¹⁶⁰ Vgl. Sørensen, 2007 S. 47f

gramm vor der Wiederbelebung des Kommunismus, obwohl viele HDZ-Mitglieder selber Ex-Kommunisten waren. Die Parteien der Opposition stellten ideologische Fragen in den Hintergrund und sprachen in ihrem Wahlkampf überwiegend wirtschaftliche Belange an. Das Volk sah primär die Arbeitslosigkeit als Problem und demonstrierte so ihren Frust über die miserable wirtschaftliche Situation Kroatiens. Das angesprochene Mitte-Links Bündnis (SDP, HSLS, „Koalition der Zwei“) bemühte sich um eine „Veränderung“ (Kroatisch: „Promjena“) und betrieb mit eben diesen Slogan seine Wahlkampagne, wobei man sich speziell auf die Bekämpfung sozialer Probleme und Arbeitslosigkeit konzentrierte. Damit wird ersichtlich, dass wirtschaftliche Themen, besonders die Privatisierung, für die Opposition eine bedeutend wichtigere Rolle spielten als für die HDZ.¹⁶¹

Der Tod Franjo Tudjmans unmittelbar vor den Parlamentswahlen bedeutete einen herben Rückschlag für die HDZ, trug aber nicht hauptsächlich zu deren Niederlage bei den Wahlen am 3. Januar 2000 bei. Vielmehr war es ein überwältigendes Verlangen der Bevölkerung nach einem politischen Wechsel im Land. Der Oppositionsblock („Opposition der Sechs“) gewann erstaunliche 95 von 151 Sitzen im Parlament, wobei das Mitte-Links-Bündnis 40,8% der Stimmen (71 Sitze) und die „Koalition der Vier“ 15,6% (24 Sitze) erhielt. Die HDZ andererseits erhielt gerade einmal 24,4% der Stimmen (46 Sitze einschließlich der 6 Sitze der „Diaspora-Liste“). Die HDZ musste eine schmerzhaft Niederlage hinnehmen, während ein Sechs-Parteien Kabinett, mit Ivica Račan (SDP) als Premierminister, die neue Regierung Kroatiens bildete. Neuer Präsident wurde Stipe Mesić, der am 7. Februar 2000 sein Amt antrat. Als Hauptgrund der Niederlage der HDZ kann das Unvermögen der Partei, die Massen erneut zu mobilisieren, angesehen werden, da sich die Anliegen der Wähler diesmal in eine andere Richtung, nämlich Wirtschaft und Demokratie, bewegten. Damit protestierte das Volk jedoch nicht nur gegen das wirtschaftliche und politische Versagen der HDZ, sondern wählte damit auch den Weg Richtung Europa, der sich nichtsdestotrotz als steinig erweisen sollte.¹⁶²

Das nächste Kapitel widmet sich der wirtschaftlichen Transformation Kroatiens in den 90er-Jahren, wobei besonders der Privatisierungsprozess näher beleuchtet wird.

¹⁶¹ Vgl. Fisher, 2006 S. 161-163

¹⁶² Vgl. Ebd., S.166-168

4.3 Ökonomische Transformation in Kroatien

Wie bereits in vorherigen Kapiteln angesprochen, begleiten die wirtschaftliche Transformation Maßnahmen der Liberalisierung, makroökonomischen Stabilisierung und Privatisierung. Die kroatische Transformation wurde dabei in den 90er-Jahren durch folgende makroökonomische und strukturelle Einflussfaktoren bestimmt:¹⁶³

- die große Zahl notleidender Menschen verursacht durch Krieg, Flucht und Vertreibung (annähernd 700.000 Flüchtlinge),
- das Ausbleiben traditioneller Absatzmärkte und struktureller Verflechtungen mit den Nachbarrepubliken,
- durch Kriegsschäden ausgelöste binnen- und infrastrukturelle Probleme,
- indirekte Kriegsschäden wie z.B. große Verluste im Tourismus,
- schwache Integration internationaler Hilfsprogramme, vor allem der Europäischen Gemeinschaften.

Kroatien verfolgte daher nach der Umwandlung der politischen Ebene eine Politik ökonomischer Transformation, die sich neben der Privatisierung der gesellschaftlichen Unternehmen, den Abbau makroökonomischer Unausgewogenheiten, also in erster Linie den Rückgang des monetären Überhangs, den Aufbau einer stabilen Währung und die Härtung der Budgetschränken durch eine restriktive Geld- und Finanzpolitik zum Ziel setzte. Kušić beschreibt diese Maßnahmen als Voraussetzung für einen institutionellen Wandel und marktwirtschaftliche Ausrichtung der Unternehmen.¹⁶⁴ Diese Neuordnung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll nun in den nächsten Kapiteln analysiert werden, bevor sich dann Kapitel 4.4 dem Privatisierungsprozess widmet.

¹⁶³ Vgl. Weber, 2002 S. 150

¹⁶⁴ Vgl. Kušić, 2001 S. 154

4.3.1 Makroökonomische Stabilisierung

Den ersten Schritt Richtung Stabilität in Sachen Geldpolitik setzte Kroatien bereits im Dezember 1991 mit der Einführung des Kroatischen Dinar, der ersten eigenen Währung. Im selben Monat wurde auch die Verordnung über die Kroatische Nationalbank verabschiedet.¹⁶⁵

Zu Beginn der 90er verzeichneten jedoch Produktion und Außenhandel Kroatiens konstante Rückgänge. Hinzu kamen massive staatliche Ausgaben, die in den Krieg und die Versorgung der Flüchtlinge investiert wurden. Beglichen wurden diese enormen Kosten wie auch der Ausgleich erheblicher Verluste der großen gesellschaftlichen Betriebe größtenteils mittels einer lockeren Geldpolitik. Dies hatte eine Hyperinflation zur Folge, die sich 1991 in monatlichen Raten zwischen 10% und 15% (gemessen am Anstieg der Konsumentenpreise), 1992 auf 10% bis 35% monatlich (was für das ganze Jahr 1038% entsprach) und zwischen 24% und 30% in den ersten drei Quartalen 1993 beliefen.¹⁶⁶

Unter Premierminister Valentić wurde daher im Oktober 1993 ein umfassendes Stabilisierungsprogramm gestartet, welches drei Phasen durchlaufen sollte: In der ersten Phase sollte das eigentliche Antiinflationsprogramm (makroökonomische Stabilisierung) ausgearbeitet und umgesetzt werden, wobei innerhalb kürzester Zeit eine drastische Senkung der Hyperinflation angepeilt wurde. Die zweite Phase wurde langfristig geplant und zielte vor allem auf Privatisierung, Entmonopolisierung, Restrukturierung zusammengebrochener Wirtschaftssektoren und Bankenreformen ab. Die dritte und letzte Phase wurde nur grob durchgearbeitet und ließ sich als Wachstumsphase, die eine ökonomische Expansion ermöglicht, umschreiben. Die Ergebnisse (besonders der ersten Phase) ließen nicht lange auf sich warten und das Programm zeigte bereits im Folgemonat seine ersten Wirkungen. Während man im Oktober noch eine Inflationsrate von 38,7% verzeichnete, sank diese im November bereits auf 1,4%. Von 1994 bis 1995 entwickelten sich die Inflationsraten folgendermaßen. Erstes Halbjahr 1994: -0,7% (Deflation), zweites Halbjahr: 0,3%, erstes Halbjahr 1995: 0,2%. Die Jahresinflation für den Zeitraum Juni 1994 – Juni 1995 machte 2,6% aus.¹⁶⁷

¹⁶⁵ Vgl. Curavić, 1995 S. 10

¹⁶⁶ Vgl. Ebd., 1995 S. 2

¹⁶⁷ Vgl. Barisitz, 1995 S. 659f

Diese Entwicklung veranschaulicht, dass es Kroatien vereinzelt sogar gelang, in den Deflationsbereich vorzustößen, was einerseits den erwünschten Fortschritt brachte, da nun die Inflationserwartungen beendet werden konnten. Andererseits birgt eine Deflation auch ein nicht zu unterschätzendes Risiko, da der Realwert bestehender Verbindlichkeiten im Gegensatz zur Inflation steigt und wirtschaftliche Misserfolge damit nicht zu vermeiden wären.¹⁶⁸ Den monetären Teil dieses sogenannten Austeritätsprogramms bildeten u.a. eine substantielle Abwertung des kroatischen Dinars (HRD), die Überleitung zur internen Konvertibilität der Währung sowie die Anwendung einer Offenmarktpolitik durch die Kroatische Nationalbank. Zur Ermittlung des Wechselkurses des HRD wurde ab Mai 1993 neben der prognostizierten Inflation auch die Differenz der Inflation in Kroatien und Deutschland berücksichtigt. Der Wechselkurs wurde im Verhältnis zur Deutschen Mark festgesetzt. Die Einführung des Stabilitätsprogramms implizierte auch seitens der HNB eine Änderung der Wechselkurspolitik: Der HRD wurde um 19,5% abgewertet und der Devisenmarkt wurde für frei erklärt. Gleichzeitig gab die HNB Bescheid, jedes Absinken des Kurses unter 4444 HRD/DM verhindern zu wollen. Das Resultat dieser von einer Einschränkung der Refinanzierungskredite begleiteten Politik, war ein Ansteigen des HRD bis Ende 1993 auf 3800 HRD/DM. 1994 setzte sich dieser Trend in kleinen Schritten bis auf (nach der Einführung der Kroatischen Kuna im Mai 1994 → 1 HRK/ 1000 HRD) 3,63 HRK/DM fort.¹⁶⁹ Die weitere Entwicklung der Wechselkurse ist in Tabelle 11 dargestellt.

Tabelle 11: Croatia: Selected Economic Indicators (I)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Average exchange rate						
HRK/DEM	3,69	3,65	3,61	3,56	3,62	3,88

Quelle: In Anlehnung an Vidovic, 1999 und 2001 S. 59 und S. 77

Die erfolgreiche Wechselkurspolitik beschreiben Knezevic/Pranjic dergestalt: *„Diese durchaus positive Entwicklung des Wechselkurses kann als Ergebnis der geldpolitischen Maßnahmen der kroatischen Zentralbank gedeutet werden. Um*

¹⁶⁸ Vgl. Knezevic/Pranjic, 2000 S. 28

¹⁶⁹ Vgl. Curavić, 1995 S. 11 und 19 bzw. Barisitz, 1995 S. 660

den hohen Devisenzuflüssen, die stabile Fluktuationen im Außenwert der Kuna verursachen können, zu begegnen, tritt die kroatische Nationalbank regelmäßig als ausgleichender Akteur auf dem Devisenmarkt auf. Auf diesem Weg konnte man den Aufwertungsdruck auf die Kuna mildern und die Währungsreserven der Notenbank steigern (bedeutet gleichzeitig Wachstum der Basisgeldmenge).“¹⁷⁰

Aufgrund der Politik des stabilen Geldes und der Schieflage der Leistungsbilanz zeichneten sich ab etwa 1998 Tendenzen zu einer Abwertung des Kuna. Er galt als 30% überbewertet. Während des Jahres 1999 sollte sich dieses Problem des Abwertungsdrucks allerdings von alleine lösen. Da die Deutsche Mark seit 1999 an den anhaltend schwachen EURO gekoppelt wurde, sank die DM so stark ab, dass der gleichfalls stark sinkende Kuna real nur ganz leicht gegenüber den europäischen Währungen abwertete. Der HNB gelang es daher die nominale Kuna-Abwertung derart zu kontrollieren, dass die Währung ihre Parität wahren konnte.¹⁷¹

Der Staatshaushalt wurde, wie zu Beginn des Kapitels erläutert, in den ersten Transformationsjahren besonders durch den Faktor Krieg negativ beeinflusst. Die direkten Schäden werden zwischen 23 Mrd. USD und 35 Mrd. USD geschätzt.¹⁷² Mit dem Stabilisierungsprogramm von 1993 war das erklärte Ziel der Fiskalpolitik das Budgetdefizit durch Erhöhung der Steuereinnahmen und Reduzierung der Ausgaben zu verringern. Diesen Anstieg der Steuereinnahmen versuchte man besonders durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, Verschärfung der Abgabenkontrollen und Modernisierung des Steuersystems (neue Einkommens- und Gewinnsteuer) durchzusetzen. Ausgabenreduzierend sollte sich vor allem der massive Abbau der Subventionen an finanziell hochdotierte Sektoren wie Agrarbereich und Schiffsbau auswirken und das Haushaltsdefizit 1994 trotz hoher kriegsgerischer Aufwendungen auf unter 1% des BIP senken.¹⁷³ Obwohl Kroatien 1995 in militärische Aktionen verwickelt war, sollte sich dieser positive Trend fortsetzen und erst ab 1999 stieg das Haushaltsdefizit wieder etwas an. Tabelle 12 fasst das Haushaltsdefizit Kroatiens von 1994 bis 1999 zusammen.

¹⁷⁰ Knezevic/Pranjic, 2000 S. 26

¹⁷¹ Vgl. Weber, 2002 S. 162f

¹⁷² Vgl. Ebd., S. 153

¹⁷³ Vgl. Barisitz, 1995 S. 661

Tabelle 12: Croatia: Selected Economic Indicators (II)

Central government budget	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Deficit/Surplus, %GDP	0,6	-0,7	-0,1	-0,9	0,9	-1,8

Quelle: In Anlehnung an Vidovic, 1999 und 2001 S. 59 und S. 77

4.3.2 Wirtschafts- und Handelsstruktur

Vor der Transformation besaß Kroatien die wohl ausgewogenste Wirtschaftsstruktur der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens, verfügte über ein BIP von etwa 10,3 Mrd. USD und belegte nach dem wirtschaftlichen Leistungsvermögen, gemessen am BIP/Kopf, hinter Slowenien den zweiten Rang. Zum BIP trugen dabei 10% des primären Sektors, 44% durch Bergbau und Industrie und 39% des Dienstleistungssektors bei. Da die Industrie durch eine sehr schmale Rohstoff- und Energiebasis charakterisiert war, konzentrierten sich die Branchen vor allem auf verarbeitende und arbeitsintensive (Nahrungsmittelherstellung, Metallverarbeitung, Textil- und Bekleidung, Schiffbau, etc.) Sektoren.¹⁷⁴

Neben dem Bereich der Industrie spielte insbesondere die Tourismusbranche, die sich noch zu Zeiten Jugoslawiens fast ausschließlich auf die zu Kroatien gehörende Adriaküste konzentrierte, eine entscheidende Rolle. 64 Mio. Übernachtungen (davon 40 Mio. Ausländer) stellten den Höchststand bis zum Krieg dar. Dies allein trug 6% zum BIP bei und sorgte für eine positive Leistungsbilanz.¹⁷⁵

Mit der Unabhängigkeit Kroatiens, den kriegsbedingten Schäden, der Belagerung von einem Drittel des Territoriums und vor allem dem Wegfall traditioneller Absatzmärkte (Jugoslawien und der RGW-Raum) ging ein starker Rückgang der Industrie einher. Mit -28,5% bzw. -14,6% in den Jahren 1991 und 1992 brach die Industrieproduktion Kroatiens nahezu komplett zusammen. Erst 1995/96 stieg sie parallel zum Sozialprodukt wieder an, um 1997 wieder einen Zuwachs von 6% zu erreichen. Bedingt durch schwache Entwicklungsraten innerhalb der EU und die Kosovo-Krise verzeichnete die industrielle Produktion in den Jahren 1998 und 1999 ein schwaches Plus von 2% bzw. ein Minus von 2%. Wie angesprochen, wirkte sich der abrupte Verlust des Binnenmarktes negativ auf den Import von Rohstoffen aus, was viele Unternehmen aufgrund von Materialengpässen zur Re-

¹⁷⁴ Vgl. Weber, 2002 S. 151ff

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 153

duzierung bzw. Einstellung ihrer Produktion zwang. Infolge des Transformationsprozesses durchlief die Wirtschaftsstruktur Kroatiens eine grundlegende Veränderung, was für Transformationsländer jedoch nicht ungewöhnlich ist. Es fand eine deutliche Tertiärisierung der Wirtschaft zugunsten von Handel und Dienstleistungen (Tourismus) statt. Die Anteile lassen sich 1998 folgendermaßen einordnen: primärer Sektor 8,9%, sekundärer Sektor 22,9% und tertiärer Sektor 68,2% (vorwiegend die Tourismusbranche).¹⁷⁶

Mit der Veränderung der Wirtschaftsstruktur erlebte auch die Handelsstruktur einen Wandel. Der Außenhandel Kroatiens bzw. Jugoslawiens konnte sich, aufgrund der Sonderstellung, die das blockfreie Jugoslawien in den 80er-Jahren in Osteuropa hatte, auf beide Wirtschaftsblöcke – EG und RGW – konzentrieren. Daraus ergaben sich zwei Vorteile: Während auf RGW-Märkten qualitativ geringwertige Güter platziert werden konnten, intensivierte man auf EG-Märkten die devisenbringende Vermarktung wettbewerbsfähiger Produkte und sammelte so auf westeuropäischen Märkten das nötige Know-how. Mit der Unabhängigkeit Kroatiens und dem gleichzeitigen Einsturz des RGW-Raums, ließ Kroatien seinen Außenhandel stärker nach Westeuropa entfalten. Neben dem Aufbau und der Verstärkung neuer Handelswege und Handelsbeziehungen, sahen sich kroatische Produkte in Westeuropa nun auch höheren Qualitätsansprüchen ausgesetzt. 1993 sah die Handelsstruktur Kroatiens mit dem Ausland wie folgt aus: 63% westliche Industrieländer, 11% Osteuropa, 9% Entwicklungsländer und 17% sonstige Länder.¹⁷⁷ Wichtigste Außenhandelspartner in den 90er-Jahren waren dabei Deutschland und Italien, die 1996 gemeinsam einen Anteil von 39,6% bei den Exporten und 38,8% bei den Importen ausmachten. Dieses Bild sollte sich auch in den Folgejahren nicht ändern und mit der Zeit entwickelten sich die Staaten der EU zu den stärksten Handelspartnern. Ende der 90er übernahmen diese Rolle auch vermehrt Staaten der ehemaligen Republik Jugoslawien. So hatte Bosnien-Herzegowina 2001 einen Anteil von 14,4% an den Exporten Kroatiens, Slowenien 9,5%.¹⁷⁸

¹⁷⁶ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 241 und Weber, 2002 S. 156f

¹⁷⁷ Vgl. Kušić, 2001 S. 160f

¹⁷⁸ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 246

4.3.3 Wirtschaftsleistung

Das BIP Kroatiens brach vor allem in den frühen 90er-Jahren zusammen. Die Gründe dafür wurden bereits in den vorherigen Kapiteln beschrieben und können folgendermaßen zusammengefasst werden: (1) Starker Rückgang der Industrieproduktion verursacht durch Kriegsschäden, (2) Verlust des jugoslawischen Binnenmarktes, (3) Verlust von Absatzmärkten außerhalb Jugoslawiens. In der zweiten Hälfte der 90er erholte sich die Wirtschaft dann allmählich. Tabelle 13 repräsentiert das kroatische BIP-Wachstum von 1991-1998.

Tabelle 13: BIP-Wachstum 1991-1998

	91	92	93	94	95	96	97	98
BIP-Wachstum, %	-14,4	-9,0	-8,0	5,9	6,8	6,0	6,5	2,5

Quelle: in Anlehnung an Curavić, 1995 S. 6 und Rohmann, 2001 S. 87

Die Krise der frühen 90er-Jahre zeigte auch auf dem Arbeitsmarkt seine Wirkungen. Angeheizt durch das steigende Insolvenzpotential und der problematischen Liquiditätsengpässe, nahm die Anzahl der Firmen, die nicht mehr in der Lage waren, Gehälter an Mitarbeiter auszubezahlen, stetig zu. Als Folge einer massiven Rückwärtsentwicklung des Outputs, stieg die Arbeitslosenquote in beträchtliche Höhen. Immer mehr unterbezahlte Hochschulabsolventen wanderten ins Ausland ab und verursachten ein für die Volkswirtschaft Kroatiens gefährliches „brain drain“.¹⁷⁹ Die Arbeitslosenrate wird in Tabelle 14 veranschaulicht.

Tabelle 14: Arbeitslosenrate 1994-1999

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Arbeitslosenrate	14,8	15,1	15,9	17,6	18,6	20,8

Quelle: In Anlehnung an Knezevic/Pranjic, 2000 S. 36

Nicht in der Statistik berücksichtigt wurden die vielen Beschäftigten in der Schattengewirtschaft, die für die Wirtschaft ein großes Risiko darstellen, da sie Stabilität und Produktivität gefährden. Zwar beteiligt sich der Schwarzmarkt als „großer

¹⁷⁹ Vgl. Knezevic/Pranjic, 2000 S. 35

Arbeitgeber“, für die Volkswirtschaft erweist er sich jedoch als „sozial unattraktiv“ und teuer, da er durch Steuerhinterziehung gestützt wird. Genaue Zahlen der Beschäftigten am Schwarzmarkt in diesen Zeitraum liegen nicht vor, doch kann von beachtlichen Summen ausgegangen werden. Das Einkommen der Beschäftigten erlebte 1999 zwar einen realen Anstieg um 9,4% (obwohl das reale Niveau der Wirtschaftstätigkeit im Vorjahr niedriger war), zur gleichen Zeit kletterte jedoch auch die Arbeitslosenrate um 10% hinauf. Dies wurde durch einen Rückgang der Industrieproduktion und dem darauffolgendem deutlichen Zuwachs der Lohnstückkosten, die sich 1998 auf 65% des österreichischen Niveaus befanden, verursacht, was sich konsequenterweise ungünstig auf die Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens auswirkte.¹⁸⁰

Die wirksame Stabilisierung der kroatischen Währung hatte tiefgreifende Konsequenzen auf die Handels- und in weiterer Folge auf die Leistungsbilanz. Die starke Aufwertung der Kuna sehen auch Knezevic/Pranjic als Grund für die Verschlechterung der Bilanzen: *„Reale Wechselkurse determinieren – neben der internationalen Konjunktur – die Außenhandelsentwicklung. Eine reale Abwertung verbilligt heimische Produkte gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten, eine Aufwertung verteuert sie. Daher ist eine Abwertung insofern wichtig, als es die Exporte verbilligt, den Tourismus fördert und die Auslandsinvestitionen attraktiv macht.“*¹⁸¹

Das daraus resultierende Handelsbilanzdefizit wurde durch die stark gestiegene Konsumnachfrage der Bevölkerung, der damit einhergehenden Aufhebung der Importbeschränkungen (das HDZ-Regime lockerte die vormals rigide Austerity-Politik) und im besonderem Maße auch durch Lohnerhöhungen noch größer. Weitere Gründe konnten in Strukturproblemen im Industriesektor und der schwachen Wettbewerbsfähigkeit der größeren Betriebe gefunden werden. Diese Lücke konnte nicht einmal durch eine positive Dienstleistungsbilanz, die vor allem eine konstante Erholung des Tourismus nach 1995 verbuchen und 1997 ein positives Saldo von 550 Mio. USD aufweisen konnte, geschlossen werden.¹⁸² Dementsprechend negativ fiel auch das Leistungsbilanzsaldo, siehe Tabelle 15, aus.

¹⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 36

¹⁸¹ Ebd., S. 45

¹⁸² Vgl. Weber, 2002 S. 161

Tabelle 15: Croatia: Selected Economic Indicators (III)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Current account, USD mn	785,7	-1283,8	-1091,3	-2325,1	-1530,4	-1522,6

Quelle: In Anlehnung an Vidovic: 1999 und 2001, S. 59 und S. 77

4.3.4 Finanzmärkte

Bereits am Anfang der Transformation unterlag das kroatische Bankensystem einem zweistufigen Schema. Einerseits der Zentralbank (Kroatische Nationalbank), die nach der Loslösung von Jugoslawien nach westlichem Vorbild eine eigene Verfassung erhielt¹⁸³, andererseits dem Geschäftsbankensektor.

Rohmann definiert die wichtigsten Ziele der HNB (Hrvatska Narodna Banka, Kroatische Nationalbank): *„Als primäres Ziel der Nationalbank wird die Sicherung der Stabilität der Währung und der allgemeinen Zahlungsfähigkeit im Inland gegenüber dem Ausland determiniert. Die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik sind von der HNB zu unterstützen, doch dürfen die Maßnahmen der HNB die Währungsstabilität und allgemeine Zahlungsfähigkeit nicht gefährden. Unterstrichen wird die Bedeutung des Zieles durch seine gleichzeitige Verankerung in Artikel 53 der kroatischen Verfassung.“*¹⁸⁴

Das zum Jahreswechsel 1989/90 verabschiedete „Gesetz über Banken und andere Finanzinstitutionen“ bildete die Grundlage der Tätigkeit im Geschäftsbankensektor. 1998 trat ein vollkommen neu überarbeitetes Gesetz „Zakon o bankama“ (Bankengesetz) in Kraft, welches die bisherige Trennung von Banken und Sparkassen aufhob und Banken als Aktiengesellschaften zur Entgegennahme von Spareinlagen sowie der Gewährung von Krediten definierte.¹⁸⁵ Trotz alledem blieb der Bankensektor bis zum Ende der 90er-Jahre stark abhängig von einem sich nur schleichend verändernden oligopolistischen Kern. Dieser umfasste eine Reihe mehrheitlich staatlich kontrollierter, regionaler und nationaler Banken, die in eine schlechte Transparenz der Märkte und in weiterer Folge in eine Gewinnausschüttung für nur eine begrenzte Anzahl von Marktteilnehmern resultierte.

¹⁸³ Siehe Kapitel 4.3.1

¹⁸⁴ Rohmann, 2001 S. 56

¹⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 89f

Weiters erschwerte die starke Stellung alter Banken neuen, privaten Unternehmen den Zugang zu finanziellen Mitteln. Diese alten Machtstrukturen blockierten die Anpassungsfähigkeit der Banken an neue Marktbedingungen und führten dazu, dass die von der Nationalbank vergebenen Kredite häufig an ineffiziente, ehemals gesellschaftliche Unternehmen gingen.¹⁸⁶

Für eine erfolgreiche und wirksame Transformation ist die Entwicklung und Gestaltung von Finanzmärkten (*Geld-, Kapital- und Devisenmarkt*) besonders wichtig, da Zentralbank und Geschäftsbanken auf diesen Märkten auftreten und agieren. Funktionierende Finanzmärkte fördern deshalb eine effiziente Kapitalbildung, bei der die Ersparnisse über den Zins in rentable Verwendungen geführt werden. Aufgrund der fehlenden Grundlage, erwies sich dieser institutionelle Umbau in Kroatien jedoch als äußerst schwer und langwierig.

Schon in den späten 80er-Jahren bestand mit der *Vereinigten Bank Kroatiens* ein institutionalisierter *Geldmarkt*, der als eine Art Konsortium kroatischer Banken für die Realisierung gemeinsame Projekte verantwortlich war. 1990 wurde diese Abteilung aufgelöst und unter den neuen Namen „Geldmarkt“ selbständig, ab 1992 fungierte sie als Aktiengesellschaft. Gegründet wurde der Geldmarkt von etwa 25 Banken und der größten kroatischen Versicherung (Croatia Osiguranje). Seine Aufgabe ist die Vermittlung zweier Ausleihungen: kurzfristige Buchkredite und Kredite über Nacht, wobei der Geldmarkt als *market maker* für kurzfristige Kredite zwischen den Banken handelt und Angebote und Nachfragen der Teilnehmer auffängt. Dabei wird zuerst der Bedarf kleinerer Banken gedeckt, um Sanktionen seitens der Nationalbank zu vermeiden, was für größere Banken natürlich einen Nachteil darstellt. Diese versuchen durch internen Ausgleich oder durch Aufnahme eines Liquiditätskredits bei der NBH ein Liquiditätsdefizit zu vermeiden.¹⁸⁷ Für die Entwicklung des Geldmarktes ist die Nationalbank von großer Bedeutung. Zahlreiche wechselseitige Abhängigkeiten haben in Kroatien diesen Prozess jedoch erschwert und verzögert.

Auch ein marktwirtschaftlich orientierter *Kapitalmarkt* wurde zu Beginn der Transformation mit der Einführung des Wertpapiergesetzes, des Investitionsgesetzes oder der Bestimmungen über die Wertpapierkommission geschaffen. Schon im Jahre 1991 wurde die Zagreber Börse errichtet, an der allerdings bis

¹⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 101f

¹⁸⁷ Vgl. Curavić, 1995 S. 34f

Ende 1994 kriegsbedingt und aus Mangel an Wertpapieren nur wenig Handel stattfand, obwohl sämtliche große Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden und die Privatisierung der ehemaligen 3500 gesellschaftlichen Unternehmen ausreichend Wertpapiere hätte liefern können. Das kroatische Privatisierungsgesetz räumte jedoch Angestellten der Unternehmen, die zur Privatisierung anstanden, sowie Privatpersonen, ein Vorkaufsrecht, Preisnachlässe und das Recht auf Zahlungen in Raten ein. Dadurch wurde ein Handel mit solchen Wertpapieren ausgeschlossen, da mit jeder einzelnen Aktie eine Ermittlung der mit ihr verbundenen Rechte und Verpflichtungen notwendig gewesen wäre. Weiters wurden profitable Unternehmen schon vor der Privatisierung „unter dem Tisch“ verkauft, wobei Investoren ihren wirtschaftspolitischen Einfluss ausnutzen. Dass sich der Kapitalmarkt nur schleppend weiter entwickelte, lag sicherlich auch an den noch immer festhaltenden Strukturen des alten Systems. Für die relativ späte Veränderung des Marktes, verglichen mit anderen Bereichen, müssen unter anderem die ausgedienten Gesetze verantwortlich gemacht werden (veralterte jugoslawische Gesetze galten teilweise noch bis 1994).¹⁸⁸ Der Kapitalmarkt entfaltete sich, wie wir sehen konnten, in den ersten Transformationsjahren kaum. Erst ab März 1994 erlebte die Börse eine Neuerung, als bekannt wurde, dass die Bezahlung der Aktien nun nicht nur in bar, sondern auch mit alten Devisenersparnissen erlaubt wird. Dies brachte dem Staat zwar keine neuen Mittel, hatte jedoch eine Reduzierung der Schulden zur Folge. Das Interesse potentieller Investoren, die es vorzogen abzuwarten, für diese Zahlungsmethode schwand allerdings mit der Bekanntmachung des neuen Privatisierungsgesetzes. Dies verdeutlicht noch einmal, dass sich die kroatische Börse in ihrem Anfangsstadium befand und ihre Prioritäten daher auf folgende Bereiche setzte: Schulung von Börsenmaklern, Ausarbeitung von Programmen für das börseneigene Handelssystem, Planung eines Wertpapieraufbewahrungs- und Clearinghauses, Erarbeitung eines Konzepts für ein neues Wertpapiergesetz, etc.¹⁸⁹ Diese sollten die Zielvorstellungen der Börse in den Folgejahren bleiben.

Eine schnellere und effizientere Entwicklung als der Geld- und Kapitalmarkt erlebte der *Devisenmarkt*. Bereits 1991 wurden die wichtigsten Aufgaben eines solchen funktionierenden Marktes in den §§ 30-43 des „Gesetzes über das Außenhandelssystem, die Währungs- und Goldtransaktionen“ festgelegt. Obwohl der

¹⁸⁸ Vgl. Rohmann, 2001 S. 113f

¹⁸⁹ Vgl. Curavić, 1995 S. 37f

Devisenmarkt nach der Unabhängigkeit Kroatien einigen Restriktionen ausgesetzt war (z.B. Verpflichtung zum Verkauf von 35% der Deviseneinnahmen der Banken an die HNB), wirkte sich der flexible Wechselkurs der kroatische Kuna positiv auf die Devisentransaktionen aus, da der Devisenkurs in Abhängigkeit der prognostizierten Inflation bestimmt wurde.¹⁹⁰ Mit der Entscheidung der HNB 1993, die Devisenkursbildung ausschließlich dem Markt überantworten zu wollen, wurde dieser Akt kurze Zeit darauf auch durch das Devisengesetz bekräftigt. Damit wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, kroatische Banken und Firmen in den internationalen Finanz- und Geschäftsmarkt zu integrieren.¹⁹¹ In den Folgejahren wuchs der Stellenwert der Devisen in Kroatien. Viele Restriktionen fielen weg und beruhigten die Lage am Markt. Weiters wurde der Devisenmarkt durch die fortwährende Liberalisierung auch für ausländische Investoren interessanter und sicherer.

4.4 Der Privatisierungsprozess in Kroatien

4.4.1 Allgemeines zum Begriff der Privatisierung

Allgemein gesprochen kann die Privatisierung als der vollständige bzw. teilweise Wechsel der Eigentümerfunktion vom Staat bzw. der Gesellschaft hin zu privaten, natürlichen oder juristischen Personen definiert werden. Mit der Transformation der Wirtschaftssysteme der ehemals kommunistischen Staaten an eine freie Marktwirtschaft verbindet man unausweichlich den Begriff Privatisierung. Daraus ergab sich jedoch die illusorische Hoffnung, in der Privatisierung die Lösung für die durch die Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung angehäuften Probleme gefunden zu haben, denn für sämtliche Reformstaaten Osteuropas war die Privatisierung mit einer vollständigen Neuordnung der Wirtschaftsordnung gleichbedeutend, wobei die Reform der eigentumsrechtlichen Verhältnisse gewiss den Mittelpunkt der Transformation des gesamten Wirtschaftsmechanismus bildete. Im Gegensatz zu den anderen ehemals kommunistischen Staaten hatte Kroatien das zusätzliche Problem, nicht von einem zu privatisierenden staatlichen Eigentum ausgehen zu können. Dies ist auf das in der Arbeiterselbstverwaltung praktizierte

¹⁹⁰ Vgl. Rohmann, 2001 S. 118f

¹⁹¹ Vgl. Zakon o deviznom sustavu deviznom poslovanju i trgovini zlatom, NN, Nr. 91A/1993 in Anlehnung an Rohmann, 2001 S. 119

gesellschaftliche Eigentum Jugoslawiens zurückzuführen, was den kroatischen Gesetzgeber zunächst einmal zur Bestimmung von Eigentümern veranlasste, bevor überhaupt eine Privatisierung des Eigentums stattfinden konnte. Als Vorstufe zur eigentlichen Privatisierung musste Kroatien daher zunächst die Umwandlung der gesellschaftlichen Betriebe in Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Kriterien durchführen, was, wie wir sehen werden, mit dem Umwandlungsgesetz von 1991 vollzogen wurde.¹⁹²

Die Privatisierung spielt daher eine entscheidende Rolle bei der Neuordnung von Eigentumsrechten und dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Deshalb sollen nun noch einmal die wichtigsten Ziele der Privatisierung aufgezählt werden¹⁹³:

- Steigerung der Effizienz innerhalb der Unternehmen durch die Schaffung neuer Managementstrukturen,
- Entlastung des Staatshaushaltes durch Einkünfte aus der Privatisierung,
- Zufuhr von ausländischen Management Know-how,
- Rasche Einführung der Marktwirtschaft und Zerschlagung der veralterten Wirtschaftsstrukturen,
- Verteilungsgerechtigkeit von Eigentum.

Bei den Privatisierungsmethoden werden hauptsächlich drei verschiedene Möglichkeiten zur Durchführung der Privatisierung, die auch in Kroatien zur Anwendung kamen, unterschieden: Der Verkauf, die Gutscheinprivatisierung (Massenprivatisierung) und die Insiderprivatisierung. Der Verkauf erfolgt entweder direkt, an sogenannte strategische Investoren, oder durch öffentliche Ausschreibungen und Auktionen. Bei der Massenprivatisierung werden von der Regierung kostenlos bzw. zu sehr geringen Preisen Gutscheine an die Bevölkerung ausgegeben. Diese können dadurch Anteile an Unternehmen erwerben. Die Vergabe oder der Verkauf von Anteilen an Manager oder Arbeiter der Unternehmung (auch als Management- bzw. Worker-Buyout, MBO bzw. WBO bezeichnet) wird Insiderprivatisierung genannt.¹⁹⁴

¹⁹² Vgl. Borić, 1996 S. 181ff

¹⁹³ Vgl. Ambros, 1996 S. 56

¹⁹⁴ Vgl. Schnitzer, 2003 S. 13

Der Vorteil einer Privatisierung durch Verkauf liegt in der Zufuhr von neuem Kapital und Know-how an das Unternehmen sowie in der Generierung von Einkünften für den Staat. Weiters kann durch einen Verkauf an einen strategischen Investor, infolge der verbesserten Corporate Governance, die Effizienz des Unternehmens gesteigert werden. Diese Methode erfordert jedoch relativ viel Zeit und lässt sich politisch schwer durchsetzen, da die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Im Gegensatz dazu kann die Gutscheinprivatisierung sehr schnell umgesetzt werden und ist auch politisch leichter durchsetzbar, da theoretisch das gesamte Volk daran teilnehmen und den Reformprozess weiter begünstigen kann. Nachteilig wirken sich hier das Ausbleiben von Einkünften für die Regierung und der negative Einfluss auf die Corporate Governance der Unternehmung aufgrund von Streubesitz aus. Der einzige Vorteil der Insiderprivatisierung liegt in der raschen Umsetzung und der Befürwortung dieser Methode bei den Insidern selbst. Demgegenüber können sonst nur Nachteile wie ungleiche Verteilung, keine Einkünfte für den Staat, kein Know-how und Kapital für die Betriebe und keine Verbesserung der Corporate Governance aufgezählt werden.¹⁹⁵

Abbildung 3 fasst noch einmal sämtliche Vor- und Nachteile der Privatisierungsmethoden zusammen.

Abbildung 3: Vor- und Nachteile der Privatisierungsmethoden

Methode	Ziele	Geschwin- Effizienz	digkeit	Kapital + Know-how	Einkünfte	Verteilungs- gerechtigkeit
Verkauf		+	-	+	+	-
Gutschein- privatisierung		?	+	?	-	+
Insiderprivatisierung (MBO bzw. WBO)		-	+	-	-	-

Quelle: Schnitzer, 2003 S. 14

¹⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 13f

4.4.2 Gesetzgebung und Stadien der Privatisierung in Kroatien

Bei der Privatisierungsstrategie in Kroatien wurden drei, teilweise widersprüchliche, Ziele verfolgt: Ökonomische, politische und soziale Ziele. Auf ökonomischer Basis setzte die Privatisierung auf eine Verbesserung der Verhältnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, auf das Wirtschaftswachstum, den sektoralen Strukturwandel, sowie auf technischen Fortschritt. Dabei sollte die Privatisierung möglichst rasch verwirklicht, ein privates Unternehmertum entwickelt und die Voraussetzungen für dringend notwendige Kapitalzuflüsse geschaffen werden. Politisch war es erforderlich, ohne den Eindruck eines „Ausverkaufs der Heimat“ erwecken zu wollen, durch die Privatisierung Kroatien als zukunftssträchtiges Investitionsland darzustellen. Soziales Ziel war es, eine gerechte Vermögensverteilung und somit eine hohe Akzeptanz der Privatisierung durch das Volk gewährleisten zu können. Die Privatisierungsstrategie, und in weiterer Folge der Privatisierungsprozess, wurden jedoch auch von unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Interessensgruppen beeinflusst. So beteiligten sich u.a. staatliche Einrichtungen (Wirtschafts- und Privatisierungsministerium, Industrie- und Handelskammer,...), Wissenschaftliche Institutionen (z.B. das Ökonomisches Institut Zagreb), Fachverbände (Gesellschaft der kroatischen Juristen, Ökonomen und Soziologen) sowie politische und soziale Interessen (Parteien, Öffentlichkeit,...) an der Entstehung der Privatisierungsstrategie.¹⁹⁶ Zunächst einmal galt es jedoch, die Eigentümerstruktur grundlegend zu verändern, was mit dem Umwandlungsgesetz von 1991 umgesetzt werden sollte.

4.4.2.1 *Das Umwandlungsgesetz von 1991*

Der kroatische Privatisierungsprozess sollte nun in zwei Schritten vollzogen werden. Zunächst einmal machte man sich daran, die gesellschaftlichen Unternehmen in Unternehmen mit bestimmbar Eigentümern umzuwandeln. Dieser Schritt wurde als Umwandlung (*pretvorba*) bezeichnet. Im zweiten Schritt sollte dann die eigentliche Privatisierung (*privatizacija*) stattfinden.¹⁹⁷ Aufgeteilt wurden diese zwei Schritte in drei Phasen: (1) die „autonome“ Umwandlung der Unternehmen (Umwandlungsgesetz), (2) die darauffolgende staatliche Umwandlung und (3) zu letzt die Massenprivatisierung (Couponprivatisierung), die ab 1995 einsetzte. Das

¹⁹⁶ Vgl. Dobias, 2000 S. 88f und 92

¹⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 78

Verfahren zur Privatisierung begann demnach bereits vor der Unabhängigkeitserklärung am 1.5.1991 mit dem Gesetz „zur Umwandlung gesellschaftlicher Unternehmen“¹⁹⁸ (kurz: UmwG). Vorweg soll noch erwähnt werden, dass Banken, Versicherungen und zahlreiche große Unternehmen, die von nationalem Interesse waren, von diesem Verfahren ausgeschlossen wurden. Diese gesellschaftlichen Unternehmen, die einen Großteil aller Unternehmen ausmachten, gingen daher noch vor Beginn der eigentlichen Privatisierung in Staatsbesitz über und sollten erst im Laufe der Jahre Schritt für Schritt privatisiert werden.¹⁹⁹

Laut Artikel 1 des UmwG ist das primäre Ziel des Umwandlungsgesetzes, die Umwandlung gesellschaftlicher Unternehmen in Unternehmen mit bestimmbar Eigentümern. Durch die Umgestaltung der Rechtsform eines Unternehmens soll ein Titular definiert werden, der als Eigentümer bzw. Anteilseigentümer über das Unternehmen und seine Mittel fungiert. Welche Person diese Eigentümerstellung allerdings übernehmen sollte, wurde durch das neue UmwG nicht beantwortet. Fachliche Unterstützung bei der Umwandlung in Kapitalgesellschaften (AG oder GmbH) sollten die gesellschaftlichen Unternehmen von der „Agentur der Republik Kroatien für Restrukturierung und Entwicklung“ (kurz: Agentur) erhalten. Laut Artikel 5 des UmwG verlangte die Umwandlung eines Betriebs die Zustimmung dieser Agentur. Als zweite Institution agierte der „kroatische Entwicklungsfonds“, der für die Finanzierung bzw. Mitfinanzierung der Entwicklungsprogramme die Verantwortung übernahm und auf den, in weiterer Folge, auch die Verwaltung des Staatseigentums überging. Da die Verkaufserlöse dem Entwicklungsfond zukamen, übte dieser in gewisser Hinsicht auch die Eigentümerfunktion der Unternehmen aus. Beide Institutionen hatten in Wahrheit jedoch die Stellung eines „Treuhand-Eigentümers“ inne. Dies führte dazu, dass sich die Bestimmung eines Titulars lediglich auf eine Rechtsformumwandlung beschränkte.²⁰⁰ Die Zielsetzung des Umwandlungsverfahren bemängeln auch Račić/Cvijanović: *„This law did not mention explicit welfare goals the transformation process should pursue; (...) A more precise definition of objectives of privatization, supported by quantification of its likely outcome, as it has been done in Czech Republic, Hungary and*

¹⁹⁸ Vgl. Zakon o pretvorbi društveni puduzeća, NN, Nr. 19/1991

¹⁹⁹ Vgl. Kušić, 2001 S. 184

²⁰⁰ Vgl. Borić, 1996 S. 185ff

Poland could have resulted in more adequate legislation, higher transparency and more realistic expectations among the citizenry.”²⁰¹

Gemäß Art 7 des UmwG konnten nun alle gesellschaftlichen Unternehmen bis zum 30.6.1991 selbständig die Art der Umwandlung bestimmen²⁰² („autonome“ Umwandlung), wobei sie zur Umwandlung zwischen folgenden Modellen wählen konnten:²⁰³

- Veräußerung des Unternehmens oder eines ideellen Teils des Unternehmens;
- Kapitaleinlage in ein Unternehmen;
- Vertragsmäßige Umwandlung bestehender Einlagen in ein Unternehmen;
- Entschädigungslose Übertragung aller Aktien bzw. Anteile an den kroatischen Entwicklungsfonds und die Pensionsfonds.

Aktien bzw. Anteile konnten im Zuge des Umwandlungsverfahrens demnach von folgenden juristischen bzw. natürlichen Personen angeeignet werden:

- Arbeitnehmer und ehemals Beschäftigte des Unternehmens;
- Arbeitnehmer, deren Beschäftigung sich auf andere juristische Personen und staatliche Institutionen in Kroatien ausrichtet;
- andere in- und ausländische juristische und natürliche Personen;
- gesetzliche bestimmte Fonds und
- ehemalige Eigentümer von Unternehmen, die vom kroatischen Entwicklungsfonds laut Art 5 des UmwG Aktien bzw. einen Geschäftsanteil als Ersatz für eine nach 1945 erfolgte Enteignung zugestanden bekamen.

Das Verfahren zur Umwandlung verlief in fünf Schritten:²⁰⁴ (1) Das *Vorbereitungsverfahren* diente der Anschaffung aller erforderlichen Daten, dem Entwurf der notwendigen Wirtschaftspläne, der Zusammenkunft der Beschäftigten zwecks

²⁰¹ Račić/Cvijanović, 2005 S. 49

²⁰² Vgl. Borić, 1996 S. 186

²⁰³ Vgl. Filipović, 1993 S. 86f

²⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 91ff

Festlegung der Interessen der Arbeitnehmer bezüglich der Umwandlung, sowie der Abhaltung von Vorgesprächen mit potentiellen Anlegern des Unternehmens, Gläubigern und Banken. (2) Die *Beschlussfassung über die Umwandlung* hatte die Art der Umwandlung, die Bestimmung der Unternehmensform (AG oder GmbH), das Umwandlungsverfahren und die Eintragung der Daten, die für das Verfahren notwendig waren, zum Inhalt. (3) Im dritten Schritt erfolgte die *Entscheidung durch die Agentur*. Hier spielte Artikel 13 des UmwG bezüglich der Unternehmensbewertung im Zuge der Privatisierung eine besondere Rolle: War ein Unternehmen weniger als 5 Mio. DM wert, durfte das Management des Unternehmens die Bewertung selbständig durchführen. Bei einem Unternehmenswert von mehr als 5 Mio. DM, ging die Entscheidung über die Unternehmensbewertung auf die Agentur und später auf den neu entstandenen „kroatischen Privatisierungsfonds“ über. Diese für das Management entgegenkommende Auslegung sollte sich allerdings negativ auf den Kapitalzufluss und die Eigentümerstruktur auswirken.²⁰⁵ (4) Die *Durchführung des Umwandlungsverfahrens* endete schließlich mit der Eintragung des Unternehmens ins Gerichtsregister. (5) Weitere *Aktivitäten nach Eintragung in das Register* betrafen, beispielsweise bei der Umwandlung in eine AG, die Ausgabe von Aktien, die Erstellung eines Aktienbuchs (bei Namensaktien), die Festlegung der Grundsätze über die innere Organisation des Unternehmens oder aber auch die Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten.

4.4.2.2 *Der Kroatische Privatisierungsfonds und Novellierungen des UmwG*

Nachdem die Frist für die „autonome“ Umwandlung am 30. Juni 1992 ablief, übernahm die Agentur die Einleitung und Durchführung des Umwandlungsverfahrens, womit ein selbständiger, autonomer Umwandlungsprozess seitens der Unternehmensführung nun nicht mehr angewendet werden konnte. Damit wurde nach der „autonomen“ Umwandlung die zweite Phase, nämlich die der staatlichen Umwandlung, eingeläutet. Weiters stand es der Agentur nun zu, Verwaltungsräte einzusetzen und durch die Möglichkeit, die Unternehmensführung frei auswählen zu dürfen, unmittelbar die Geschäftspolitik zu beeinflussen.²⁰⁶

²⁰⁵ Vgl. Kušić, 2001 S. 185

²⁰⁶ Vgl. Borić, 1996 S. 188

Um eine zentrale staatliche Institution für die Umwandlung der Eigentumsordnung hervorbringen zu können, wurden im Jahre 1993 die Agentur und der kroatische Entwicklungsfonds zum *Kroatischen Privatisierungsfonds* (Hrvatski fond za privatizaciju, kurz: HFP) zusammengeschlossen. Damit sollten eigentumspolitische Entscheidungsbefugnisse in einer Organisation zusammengefasst, Kompetenzüberschneidungen vermieden und die Kontrolle des Privatisierungsprozesses durch die Regierung verbessert werden.²⁰⁷ Die Hauptaufgaben des HFP waren folglich die Umwandlung der Gesellschaftsunternehmen voranzutreiben, die umgewandelten, aber noch nicht privatisierten Unternehmen sowie die Unternehmen, von denen er Aktien besaß zu verwalten und die Privatisierung (Verkauf von Aktien, Beteiligungen, Sachen und Rechte) durchzuführen. Als oberstes Organ des HFP fungierte dabei der Vorstand, wobei die Mitglieder des Vorstands sowie seine Stellvertreter von der kroatischen Regierung bestellt wurden. Von den fünf Mitgliedern des Vorstands wurde einer zum Präsidenten des Vorstands ernannt. Aufsichtsorgan des HFP wurde der Verwaltungsausschuss, bestehend aus neun Mitgliedern, von denen vier Abgeordnete des Sabors (Parlament) und zwei Finanzexperten waren. Daneben gab es noch einen Ausschuss, der zur Kontrolle und jährlichen Berichterstattung über die Tätigkeit und finanzielle Lage des Fonds an den Sabor verpflichtet wurde.²⁰⁸

Die Mittel erhielt der HFP aus dem Verkauf der Unternehmen im Rahmen des Umwandlungsverfahrens. Diese Mittel sollten der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen, dem Ankauf von Wertpapieren, sowie der Gründung neuer Unternehmen dienen. Ferner wurde bestimmt, dass zwei weiteren Fonds im Zuge der bei der Umwandlung entstandenen Gesellschaft kostenlos Aktien bzw. Anteile zukommen sollten. Es handelte sich dabei um den Republik-Fonds der Pensions- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter Kroatiens einerseits, und den der Einzel-Landwirte Kroatiens (kurz: Fonds) andererseits. Bei der kostenlosen Übertragung der Aktien bzw. Anteile gingen dabei zwei Drittel an den HFP und ein Drittel an die Fonds, wobei von dem einen Drittel, das die beiden Fonds erhielten, gemäß Art. 5 Abs. 3 des UmwG 70% dem Pensionsfonds der Arbeiter und 30% dem Pensionsfonds der Landwirte zufließen.²⁰⁹ Die im Besitz des HFP befindlichen

²⁰⁷ Vgl. Dobias, 2000 S. 86f

²⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 87

²⁰⁹ Vgl. Filipović, 1993 S. 89

Anteile und Aktien wurden anschließend an der Zagreber Börse mittels Auktionen, Versteigerungen und Ausschreibungen zum Verkauf angeboten.

Im Laufe der Jahre 1992 und 1993 erfuhr das UmwG einige Novellierungen, wobei es sich dabei lediglich um Korrekturen des UmwG handelte. Hervorgehoben werden soll dabei allerdings die Novelle zum Art. 21 b des UmwG, welche die Autonomie des Verwaltungsorgans des Unternehmens bis zu einem gewissen Ausmaß einschränkte. Wie erwähnt, konnte die Gesellschaft bis zu einem Wert von 5 Mio. DM selbst über die Art der Umwandlung entscheiden. Dem HFP blieb lediglich ein Einspruchsrecht bezüglich der Rechtmäßigkeit des Antrags. Dieses Ausmaß an Autonomie stellte ein Problem dar, da die Gesellschaft die Bewertung des Unternehmenswertes selbst durchzuführen hatte und bis zur Grenze von 5 Mio. DM die Zustimmung des HFP nicht erforderlich war. Durch den neuen Abs. 4 im Art. 21 b des UmwG wurde dem HFP durch einseitigen Beschluss jedoch nun das Recht eingeräumt, das Stammkapital der betroffenen Gesellschaft zu erhöhen. Der Gesetzgeber versuchte damit das Mitbestimmungsrecht des bisherigen Verwaltungsrates einzuengen, indem er auf die Entscheidungsfreiheit der Belegschaft hinsichtlich der Wahl der Umwandlungsart Einfluss nahm. Dabei wurde allerdings nicht berücksichtigt, dass diese Handlungsweise seitens des HFP einen einseitigen Eingriff in das Eigentumsrecht der restlichen Eigentümer von Unternehmensanteilen darstellte.²¹⁰ Die problematische Stellung des HFP beschreibt Borić wie folgt: *„Das Verfassungsgericht erwähnt in seinem Erkenntnis die „Doppelfunktion“ des Fonds, welcher als Verwaltungsorgan gem Artikel 7 UmwG einerseits eine Kontrollaufgabe hinsichtlich des Umwandlungsverfahrens hat, andererseits aber auch die Rolle eines zukünftigen Aktionärs bzw Anteilseigentümers (gem Artikel 17 UmwG) ausübt.“*²¹¹

Als Folge immer lauter werdender Kritik in Bezug auf die ineffiziente Arbeitsweise des HFP, entstand 1994 das *Ministerium für Privatisierung und Vermögensverwaltung* (Ministarstvo za privatizaciju i upravljenje imovinom). Zu seinen Aufgaben sollten nun die strategische Leitung der Privatisierung, die fortdauernde Begleitung im Privatisierungsprozess und die kontinuierliche Aktualisierung der Gesetzgebung werden. Das Privatisierungsministerium, welches vom Staatpräsidenten ernannten Privatisierungsminister geleitet wurde, hatte nun folgende Funk-

²¹⁰ Vgl. Borić, 1996 S. 192

²¹¹ Ebd., S. 193

tionen zu erfüllen: (1) eine Strategie der Umwandlung der Unternehmen mit gesellschaftlichen Eigentum und (2) eine Privatisierungsstrategie der Staatsunternehmen zu entwerfen. (3) Weiters hatte das Ministerium die Aufsichtskontrolle über den HFP.²¹²

4.4.2.3 *Das Privatisierungsgesetz von 1996*

Das neue Privatisierungsgesetz (Zakon o privatizaciji, kurz: PrivG) definierte nach Art. 1 die Privatisierung als Verkauf von Aktien, Anteilen, Sachen und Rechten an natürliche und juristische Personen, wobei zwischen der Privatisierung der im Besitz des HFP und der Republik Kroatien befindlichen Positionen unterschieden werden musste. Dieses Gesetz sollte auch die Grundlage für die Privatisierung staatlicher Unternehmen bilden. Staatsunternehmen sind demnach nicht nur sogenannte öffentliche Unternehmen, sondern auch jene Unternehmen, die im Rahmen des Umwandlungsverfahrens in Staatseigentum übergangen.²¹³ Vom PrivG weiterhin ausgeschlossen blieben jedoch Unternehmen von „nationalem Interesse“ (überwiegend Großunternehmen), für die eigene Gesetze konzipiert werden sollten (z.B. für die kroatische Telekom²¹⁴ (1999), oder für den Ölkonzern INA²¹⁵ (2002), etc.), sowie der gesamte Bankensektor.

Wie wir noch sehen werden, bildete das PrivG die Grundlage für die dritte Phase im Privatisierungsprozess (Massenprivatisierung).

4.4.3 **Methoden und Ergebnisse der kroatischen Privatisierung**

Folgende Methoden, die nun behandelt werden sollen, kamen in den drei Phasen der Privatisierung zur Anwendung:²¹⁶

- Erwerb des gesellschaftlichen Unternehmens durch das Management (management-buyout, MBO)
- bzw. durch die Mitarbeiter (worker-buyout, WBO), wobei diese beiden Methoden sowohl in der ersten Phase, wie auch im weiteren Verlauf der Privatisierung zum Zuge kamen.

²¹² Vgl. Dobias, 2000 S. 88

²¹³ Vgl. Borić, 1996 S. 198

²¹⁴ Vgl. Zakon o privatizaciji Hrvatskih Telekomunikacija, NN 65/1999

²¹⁵ Vgl. Zakon o privatizaciji INA-Industrija nafte, NN 32/2002

²¹⁶ Vgl. Weber, 2002 S. 167

- Verkauf durch Auktionen und öffentliche Ausschreibungen (vorwiegend in der zweiten Phase)
- sowie die Couponprivatisierung (dritte Phase)

Weiters ist zu erwähnen, dass beim Veräußerungsprozess sowohl für inländische als auch für ausländische natürliche und juristische Personen dieselben Regeln zur Anwendung kommen sollten. Ausländische Investoren wurden jedoch hinsichtlich des Erwerbs von Aktienmehrheiten bis zum Jahre 1993 erheblich benachteiligt.²¹⁷

Bedingt durch die Machtposition des Managements und der Beschäftigten – als Ergebnis der ehemaligen jugoslawischen Wirtschaftsordnung – traten *Management- und Worker-buyout* (MBO, WBO) in der kroatischen Privatisierung vor allem in der ersten und zweiten Phase des Privatisierungsprozesses in den Vordergrund, wobei laut Art 5 Abs 1 Z 1 und 2 des UmwG Arbeitnehmern und ehemaligen Beschäftigten der Unternehmen sowie anderen juristischen Personen und Arbeitnehmern, die bei staatlichen Organen in Kroatien tätig waren, beim Aktien- bzw. Anteilserwerb ein Nachlass von 20% sowie eine zusätzliche Ermäßigung von 1% pro Dienstjahr zustand. Dieses Recht wurde jedoch eingeschränkt, indem bei der Veräußerung des Unternehmens bzw. eines Unternehmensanteils an diese Personengruppe die Ermäßigung gem. Art 19 Abs 1 UmwG höchstens 50% des Unternehmenswerts betragen durfte. Außerdem war bei einer Umwandlung durch Kapitalerhöhung nach Art 24 Abs 2 UmwG eine Ermäßigung von mehr als 40% des Unternehmenswertes nicht erlaubt. Eine weitere Restriktion bestand darin, dass Aktien bzw. Anteile gem. Art 19 Abs 1 UmwG bis zu einem Wert von höchstens 20.000 DM erworben werden konnten.²¹⁸ Den Mitarbeitern sollte so eine gänzliche Übernahme der Unternehmen verwehrt bleiben. In diesem Recht auf Ermäßigung sehen Račić/Cvijanović jedoch ein Problem, da vor allem der Zufluss von ausländischem Kapital ausblieb und der Privatisierungsprozess somit ins Stocken geriet: *„However, in the absence of sufficient number of foreign investors, this has resulted in slowing down of the privatization process coupled with increased opportunities of governmental authorities to control it. In hindsight, a combination*

²¹⁷ Vgl. Ebd.

²¹⁸ Vg. Filipović, 1993 S. 100

*of business expertise and slower restructuring associated with employee ownership should have been preferred...*²¹⁹

Auktionen oder öffentliche Ausschreibungen fanden vor allem in der zweiten Phase des Privatisierungsverfahrens statt. Die Unternehmen aus dem Portefeuille des HFP wurden im Amtsblatt der Republik Kroatien (Narodne Novine) veröffentlicht und in- und ausländischen natürlichen und juristischen Personen zum Kauf angeboten. In den Ausschreibungen kamen unter anderem Informationen zum Unternehmen, Möglichkeiten zum Erwerb der jeweiligen Firma, oder auch das vom Bewerber zu erfüllende Anforderungsprofil zum Vorschein.²²⁰ An welchen Bieter das Unternehmen im Endeffekt verkauft werden sollte, hing von einzelnen Kriterien ab, die in folgender Reihenfolge gewichtet wurden:²²¹

- die Höhe des Angebots,
- Währung (inländische oder Valuta) und Zahlungsfrist des abgesprochenen Kaufpreises,
- plant der Bieter eine zusätzliche Investition,
- beabsichtigt der Bieter Entwicklungsprogramme, die insbesondere die Sicherung bestehender sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze garantieren sollen, umzusetzen.

Tatsächlich jedoch gingen im Rahmen der öffentlichen Ausschreibungen Unternehmen an jene Bieter, die innerhalb möglichst kurzer Frist den höchsten Preis zu zahlen bereit waren.

Die sogenannte *Couponprivatisierung* (auch *Gutscheinprivatisierung* genannt) wurde Ende 1995 eingeleitet. Da nicht die gesamte kroatische Bevölkerung im gleichen Ausmaß an den Kriegsfolgen zu leiden hatte, beschloss die Regierung, in Verbindung mit Art 21 des PrivG, eine unentgeltliche Verteilung von Aktien im Wert zwischen 5.000 und 20.000 DM an verschiedene Personengruppen, wie z.B. kriegsversehrte Soldaten, Familien gefallener Kriegsteilnehmer oder Zivilisten, Vertriebene, Flüchtlinge sowie auch ehemalige politische Gefangene, vorzunehmen. Gem. Art 27 des PrivG sollten nun Coupons an diesen Personenkreis ausgeteilt werden, die dann entweder gegen Anteile an den Privatisierungs-

²¹⁹ Račić/Cvijanović, 2005 S. 50

²²⁰ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 300f

²²¹ Vgl. Ambros, 1996 S. 64

Investmentfonds oder direkt gegen Unternehmensaktien beim HFP eingetauscht werden konnten. 471 Unternehmen aus dem HFP mit einem Gesamtwert von etwa 3,5 Mrd. DM wurden im Rahmen der Couponprivatisierung angeboten, wobei lediglich ca. 240.000 Personen an diesem Verfahren teilnahmen. Dennoch versuchte die Regierung mit der Couponprivatisierung neben dem sozialen Aspekt auch eine Beschleunigung des Privatisierungsverfahrens zu erreichen. Negativ hervorgehoben muss die Tatsache, dass vom HFP zahlreiche bereits insolvente, seit Jahren nicht mehr betriebene oder aber auch wirtschaftlich angeschlagene und perspektivlose Unternehmen im Rahmen dieser Privatisierungsmethode angeboten wurden.²²²

Die *Ergebnisse* der kroatischen Privatisierung sind bescheiden. Im Jahr 1990 dominieren in Kroatien Gesellschaftsunternehmen (Gesamtwert ca. 29 Mrd. Euro²²³), obwohl die Zahl privaten Unternehmen weitaus höher ist (dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den privaten Unternehmen um Klein- und Mittelunternehmen handelte, während die Gesellschaftsunternehmen fast ausschließlich Großunternehmen waren).

Wie aus Tabelle 16 ersichtlich ist, sind 97,6% der Beschäftigten im gesellschaftlichen Sektor zu finden.

Tabelle 16: Croatia economy in 1990

Form of ownership	Firms		Labor	
	Number	%	employed nr.	%
Social	3.637	35,5	1.105.873	97,6
Private	6.785	62,5	19.602	1,7
Cooperative	284	2,6	5.290	0,5
Mixed	153	1,4	2.001	0,2
Total	10.859	100	1.132.766	100

Quelle: In Anlehnung an Račić/Cvijanović, 2005 S. 48

Im Rahmen des Umwandlungsverfahrens reichten lediglich 1.000 von 3.600 geplanten Unternehmen fristgerecht die Anmeldung zur „autonomen“ Umwandlung ein. Dieses unbefriedigende Ergebnis zwang die Regierung zur Verlängerung der

²²² Vgl. Dobias, 2000 S. 93f und Račić/Cvijanović, 2005 S. 52f sowie Sivric-Pesa, 2005 S. 282

²²³ Vgl. Račić/Cvijanović, 2005 S. 48

Frist bis Ende 1993 (statt wie erwähnt der 30.06.1992), sodass bis dahin schließlich von 2.868 Anträgen 2.210 bewilligt wurden und 1.805 Unternehmen die Umwandlung durchführen konnten. Mitte 1994 gab es bereits 2.218 Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Im Oktober 1996 ließ der HFP aktuelle Ergebnisse veröffentlichen: 2.549 angemeldete Aktiengesellschaften mit einem Kapitalwert von über 23 Mrd. DM konnten in drei verschiedene Gruppen umgewandelter Unternehmen eingeteilt werden. Die *erste Gruppe* machte mit 1.315 Unternehmen mehr als die Hälfte aller registrierten Unternehmen aus, deren Kapitalwert 17,6 Mrd. DM (75% vom Gesamtkapitalwert) betrug. Diese Gruppe von Unternehmen war durch eine Minderheitsbeteiligung (unter 50%) seitens des HFP charakterisiert. Dabei handelte es sich meistens um mittelgroße Unternehmen mit einem durchschnittlichen Stammkapital von etwa 13 Mio. DM. Die *zweite Gruppe*, bestehend aus 1.126 zur Gänze privatisierter Unternehmen, bildeten hauptsächlich kleinere Unternehmen (Handel, Transport, Tourismus) mit einem durchschnittlichen Stammkapital von weniger als 2 Mio. DM. Auch der Kapitalwert von 2 Mrd. DM machte nur 8,8% des Gesamtkapitalwerts aus. Die *dritte* und von der Anzahl der Unternehmen (108) kleinste *Gruppe* besaß mit 3 Mrd. DM einen sehr hohen Anteil am Stammkapital und repräsentierte alle noch nicht privatisierten Unternehmen an denen der HFP (mit Pensionsfonds) eine Mehrheitsbeteiligung (über 50%) hielt. Diese überwiegend großen Unternehmen verzeichneten allerdings das höchste durchschnittliche Stammkapital von 33 Mio. DM, welches zu 86% dem HFP gehörte.²²⁴

Den Einfluss des Staates kann man anhand dieser Zahlen deutlich erkennen. Auch die Reduzierung des Portefeuilles des HFP im Zuge der Massenprivatisierung im Jahre 1998 konnte nicht viel an dem Umstand ändern, dass der Staatsanteil nichtsdestotrotz hoch blieb. Im Gegenteil, von 1998 bis Mitte 2000 stieg das Staatsportefeuille von 500 Mio. Euro auf ca. 4,2 Mrd. Euro. Dies hatte mehrere Ursachen. (1) Soziale und politische Probleme führten zum Bankrott zahlreicher Firmen, deren Anteile automatisch auf den HFP übergingen. (2) Eine nicht unerhebliche Anzahl von Verträgen zwischen Unternehmen und Minderheitsaktionären im Rahmen von Aktienverkäufen wurden kurzerhand gekündigt, was auch hier den Übergang dieser Anteile auf den HFP bewirkte. (3) Zu guter Letzt blieb der Staatsanteil aufgrund zahlreicher noch immer im Staatseigentum befindlicher

²²⁴ Vgl. Dobias, 2000 S. 94f

Großunternehmen sehr hoch. Erst mit der politischen Wende im Jahre 2000, dem Verkauf eines großen Anteils der Hrvatske Telekomunikacije (HT) an die Deutsche Telekom²²⁵ und dem Beginn der Privatisierung im Bankensektor fiel das Staatsportefeuille wieder auf ca. 1,9 Mrd. Euro.²²⁶ Die von der kroatischen Regierung angepeilte Entstaatlichung des Wirtschaftssektors konnte somit in nur unzureichend erfüllt werden.

Auch die im Rahmen der Privatisierung der gesellschaftlichen Unternehmen äußerst notwendige *Kapitalzufuhr* an den Staat blieb überwiegend unrealisiert. Dabei hätte frisches Kapital sowohl die Deckung des hohen Staatsdefizits, als auch eine dringend erforderliche Sanierung und Restrukturierung der im Staatseigentum befindlichen Unternehmen bewirken können. Stattdessen gingen lukrative Firmen an Management und Belegschaft über, ohne entsprechende Kapitalzuflüsse zu generieren. Vor allem die vom Management frei wählbare Unternehmensbewertung²²⁷ führte dazu, dass profitable Unternehmen bewusst unter die Grenze von 5 Mio. gehalten wurden, damit in weiterer Folge das Unternehmen vom gleichen Management, ohne eigenes Kapital zu investieren, übernommen werden konnte. Die bescheidenen Zuflüsse aus der Privatisierung lassen sich wie folgt darstellen: 1993: 68 Mio. DM, 1994: 200 Mio. DM, 1995: 1 Mrd. DM (laut HFP). 1996 und 1997 konnten, aufgrund der Vorbereitungen auf die Massenprivatisierung und der gleichzeitig abwartenden Haltung potentieller Investoren, nur sehr geringe Kapitalzuflüsse erzielt werden. Die Couponprivatisierung (unentgeltliche Aktienverteilung) im Jahre 1998 brachte naturgemäß keine Kapitalzufuhr.²²⁸ Erst mit der Einleitung der Privatisierung der kroatischen Telekom, konnten erste nennenswerte Einnahmen erzielt werden.²²⁹

4.4.4 Resümee

Die kroatische Privatisierung konnte in den 90er-Jahren nur sehr mangelhaft umgesetzt werden. Die politischen Machtverhältnisse zum Zeitpunkt der Wende bestimmten das anzuwendende Privatisierungsmodell, wobei es in Kroatien die sogenannten „Alt-Kommunisten“ waren, die einen dominierenden Platz in der ein-

²²⁵ Vgl. Raiffeisen, Finanzplatz Kroatien, 2005 S. 12

²²⁶ Vgl. Račić/Cvijanović, 2005 S. 54

²²⁷ Siehe Kapitel 3.4.2.1

²²⁸ Vgl. Kušić, 2001 S. 203-205

²²⁹ Vgl. Raiffeisen, Finanzplatz Kroatien, 2005 S. 12

flussreichsten Partei Kroatiens der 90er, nämlich der HDZ, einnahmen. Eine derartige politische Konstellation tendierte in Hinblick auf die Privatisierung logischerweise darauf hin, das Vermögen „unter sich“ aufzuteilen und das Volk an diesem Verteilungsprozess nicht teilhaben zu lassen, was die schleppende Gangart der Privatisierung begünstigte.²³⁰ Erschwerend hinzu kam, dass sich diese neue politische Elite nicht für einen direkten Weg in Richtung Privatisierung entschloss, sondern vor der eigentlichen Privatisierung Großunternehmen und Banken verstaatlichte, was einer Rezentralisierung der Eigentumsrechte gleichkam und zu einem Anwuchs des staatlichen Unternehmenssektors führte.²³¹ Als weiterer Kritikpunkt ist zu erwähnen, dass der Privatisierungsprozess vor der makroökonomischen Reform begann, da bereits im Jahre 1990 erste Privatisierungsmaßnahmen gesetzt wurden, während die kroatische Regierung erst 1993 das Stabilisierungsprogramm, welches die makroökonomischen Voraussetzungen für eine Privatisierung schaffen sollte, beschloss.²³²

Als mangelhaft erwiesen sich auch die im vorigen Kapitel beschriebenen *Methoden* der Privatisierung. Hier ist besonders das MBO bzw. WBO Verfahren zu erwähnen, welches eine neue Eigentümerstruktur schaffen sollte. Während auf der einen Seite die Belegschaft im Rahmen des Aktienerwerbs nicht darauf bedacht war, frei verfügbare Mittel zu investieren, sondern ihren Anteil am Unternehmen zu behalten und somit ihren Arbeitsplatz zu sichern, verhielt sich das Management opportunistisch, indem es im Rahmen der Privatisierung versuchte, seine starke Stellung zur persönlichen Bereicherung auszunutzen. Die Folgen dieser Praxis haben gezeigt, dass eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse alleine nicht ausreicht, um eine Veränderung des Unternehmensverhaltens herbeizuführen. Als Resultat sah sich Kroatien sowohl mit einem Mangel an frischem Kapital für bevorstehende Investitionen, als auch mit fehlendem Know-how für eine Modernisierung des Unternehmenssektors konfrontiert. Ferner führte die breite Streuung der Unternehmensanteile im Zuge des WBO auf über 600.000 Kleinaktionäre in Verbindung mit einem schwach entwickelten Kapitalmarkt zu uneffizienten Lenkungs- und Kontrollstrukturen.²³³

²³⁰ Vgl. Borić, 1996 S. 236

²³¹ Vgl. Kušić, 2001 S. 221f

²³² siehe Kapitel 4.3.1 sowie 4.4.2

²³³ Vgl. Sivric-Pesa, 2005, S. 296ff sowie Kušić, 2006f

Auch öffentliche Ausschreibung brachten nicht die gewünschten Erfolge, da Unternehmensanteile oft ohne stattfindenden Wettbewerb an vorher feststehende Günstlinge des Systems übergeben wurden. Diese Art von Korruption und Vetternwirtschaft machte öffentliche Ausschreibungen zu einem uneffizienten Verfahren. Auktionen standen eigentlich vor demselben Problem, dass Unternehmen in vielen Fällen an Interessenten mit „persönlichen Beziehungen“ versteigert wurden. Dennoch kann diese Methode als erfolgreicher angesehen werden, da höhere Verkaufserlöse erzielt wurden. Zu guter letzt muss bei der Gutscheinprivatisierung gesagt werden, dass auch diese wenig zufriedenstellend ausfiel, da sie weder einen Kapitalzufluss brachte, noch eine Handelbarkeit und Übertragung der erworbenen Gutscheine ermöglichte, womit den Gutscheinen auch kein realer Wert zukam.²³⁴

Weiters verlangsamte die mangelhaft durchgeführte Übertragung von Befugnissen auf die Träger der Privatisierung den Privatisierungsprozess. Obwohl man den Dualismus der staatlichen Privatisierungsbehörden durch den Zusammenschluss von Agentur und Entwicklungsfonds zum HFP beseitigte, brachte auch dieser Schritt, wie Borić feststellt, nicht den gewünschten Effekt: *„(...) die nicht eindeutig geklärte Rechtsstellung des Privatisierungsfonds als Organisation; sein nicht eindeutig abgrenzbarer Aufgabenbereich durch die gleichzeitige Funktion als Kontrollorgan und die eines Eigentümers (...)“*²³⁵ Auch die Errichtung des Privatisierungsministeriums als Kontrollinstanz im Jahre 1994 vermochte keine Abhilfe zu leisten: *„(...) Dieser Schritt bedeutet aber nicht nur eine zusätzliche Bürokratisierung, sondern könnte zugleich als Bekenntnis des Staates zur Aufrechterhaltung staatlichen Vermögens missverstanden werden.“*²³⁶ Hinzu kommt, dass die HDZ ihre Machtposition in den dazu ausnutzte, den HFP mit unqualifiziertem Personal (meist Verwandte oder Bekannte) zu besetzen. Dies führte nicht nur zu mangelnder Transparenz der Arbeitsweise des HFP, sondern auch zu ineffizienten Strukturen innerhalb des HFP.

Negativ auf die Privatisierung wirkte sich auch der *Ausschluss der Banken aus dem Privatisierungsprozess* aus, weil es die Schaffung eines leistungsfähigen Fi-

²³⁴ Vgl. Sivric-Pesa, 2005, S. 300-306

²³⁵ Borić, 1996 S. 195

²³⁶ Ebd. S. 221

nanz- und Kapitalmarktes hemmte. Erst mit der Veräußerung bedeutender Banken, wie der Splitska Banka, Riječka Banka, Slavonska Banka und Privredna Banka, konnten auch im Bankensektor nach der politischen Wende im Jahre 1999/2000 erste nennenswerte Privatisierungserfolge verwirklicht werden.²³⁷

Die aufgezählten Kritikpunkte machen deutlich, dass das Resümee der kroatischen Privatisierung sehr ernüchternd ausfällt und als Gewinner den Staat, das Management der Unternehmen sowie die HDZ hervorbrachte, während die Belegschaft sowie große Teile der Bevölkerung als Verlierer der Privatisierung angesehen werden konnten.

4.5 Problemfelder der kroatischen Transformation

Neben der mangelhaft umgesetzten Privatisierungsstrategie, prägten den kroatischen Transformationsprozess weitere Problemfelder, die nun im Folgenden analysiert werden sollen.

Ein Umstand, der die kroatische Transformation besonders in den frühen 90er-Jahren wesentlich beeinflusste und verzögerte, war der *Krieg*. So schreibt Kasapović passend dazu: „*The war made the transitional process in Croatia a less momentous issue since the defense of the newly-created country gained the upper hand as a priority vis-à-vis the transformation of the political and social order (...) The war not only eclipsed the transitional process in its significance, but also made it largely non-transparent.*”²³⁸ Und weiters zu den Rahmenbedingungen der demokratischen Transformation: „*In general, the decade of democratic transition in Croatia took place in the atmosphere of war, whether in the country itself or in the regions which the wars successively engulfed, intensifying and becoming more brutal as they moved from north to south: from a brief war in Slovenia (1991), via several years of wars in Croatia (1991-5) and Bosnia and Herzegovina (1992-5 to the war and NATO intervention on Kosovo, in Serbia and Yugoslavia (1998-9). The outcomes of these wars were the emergence of authoritarian dictatorships, semi-democratic regimes or fragile democracies (...)*”²³⁹ Der

²³⁷ Vgl. Raiffeisen, Finanzplatz Kroatien, 2005 S. 12

²³⁸ Kasapović, 2000 S. 45

²³⁹ Ebd. S. 46

Krieg kann somit als destabilisierender Faktor für den Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Rechtsordnung angesehen werden. Aus den Kriegshandlungen profitierten vor allem Politiker und eine handvoll einflussreicher Personen.

Als nächster wichtiger Kritikpunkt kann die *unzureichende Demokratisierung* in Verbindung mit den *politischen Problemen* der 90er angeführt werden. Das politische Handeln der HDZ hatte zumindest fünf negative Konsequenzen auf die Transformation Kroatiens:²⁴⁰

(1) Der HDZ gelang es zu keinem Zeitpunkt sich als nationale Bewegung zu etablieren. Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, dass die Wählerstimmen der Partei bei sämtlichen Parlamentswahlen bis zur Wende 1999/2000 immer unter 50% blieben. Vielmehr verhinderte die ständige Einflussnahme der HDZ in das Wahlsystem²⁴¹ den Aufbau eines demokratischen Systems.

(2) Die untrennbare Verbindung Kroatiens mit dem Namen Franjo Tudjman beweist, wie sehr sich die Macht in den Händen eines Mannes konzentrierte. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens hatte unter Tudjman durch Willkür, Nepotismus, Unterdrückung der Medien und Beeinflussung der Justiz eine Rückwärtsentwicklung eingesetzt. Fälle von Nepotismus häuften sich besonders in Kroatien an, wobei Spitzenpolitiker oft Verwandte ohne die notwendige fachliche Qualifikation in wichtige Positionen der Regierung, Wirtschaft und Medien unterbrachten.²⁴² Hier muss daher kurz die Rolle der Medien erwähnt werden. Nachdem die HDZ in den 90er-Jahren die Kontrolle über die Mehrheit der Medien erlangte, tat sich die Partei, im Gegensatz zur Opposition, wesentlich leichter mit der Verbreitung ihrer Ideologie. Während einige wenige Radiosender und Zeitungen gelegentlich, unter großem Druck der herrschenden Regierung, laute Kritik Richtung HDZ ausübten, lagen sämtliche Fernsehsender fest in den Händen der HDZ.²⁴³ Diese Verletzung demokratischer und rechtsstaatlicher Gepflogenheiten trug wesentlich zum Einbruch der kroatischen Wirtschaft und somit zur Verringerung des Lebensstandards bei. Eine solch depressive Atmosphäre verhinderte den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats und machte mit Tudjman das Haupthindernis für die Weiterentwicklung Kroatiens zu einer Bürgergesellschaft und Demokratie.²⁴⁴

²⁴⁰ Vgl. Sørensen, 2007 S. 36-38 und 54-56

²⁴¹ Siehe Kapitel 4.2.2

²⁴² Vgl. Hoppe, 1997 S.14ff und 34f

²⁴³ Vgl. Fisher, 2006 S. 128ff

²⁴⁴ Vgl. Hoppe, 1997, S. 14 bzw. S. 16

(3) Die HDZ platzierte den Hauptfokus ihrer Tätigkeit auf die Errichtung eines kroatischen Staates und der Erlangung der Unabhängigkeit, nicht jedoch auf Themen wie Transformation und Demokratisierung, die auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet wurden. Doch auch nach dem Friedensabkommen von Dayton zeigte sich die Partei in Hinblick auf politische und wirtschaftliche Reform widerwillig, Taten folgen zu lassen.

(4) Die nationalistischen Tendenzen der HDZ und das Liebäugeln mit Symbolen des alten Ustaša Regimes, schadete dem Image der Partei, brachte ihr sowohl in- als auch ausländische Kritik und ließ vor allem heftige Diskussionen um die Taten der Ustaša im zweiten Weltkrieg wieder aufflammen.

(5) Dieses Auftreten und die Art der Politik der HDZ lassen die Schlussfolgerung zu, dass Tudjman weniger der Präsident Kroatiens, als der Präsident der Kroaten zu sein schien, was sich negativ auf die Minderheiten (besonders Serben) und deren Rückkehrabsichten nach dem Krieg auswirkte.

Auch in Punkto *Rechtssystem* muss sich Kroatien den Vorwurf gefallen lassen, eine Kluft zwischen Gesetzeswerk und Realität geschaffen zu haben. Häufig kam es zu Verstößen gegen Gesetze und Vorschriften bzw. zur Verletzung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit. Der Abgang vieler qualifizierter und kompetenter Mitarbeiter aus Verwaltung und Justiz in die Privatwirtschaft erschwerte die Umsetzung neuer Richtlinien und die Anwendung neuer Gesetze. Einfache Sachverhalte mussten infolgedessen manchmal über Jahre hinweg bearbeitet werden.²⁴⁵

Ferner ist anzuführen, dass wettbewerbspolitische Maßnahmen in den 90er-Jahren nicht ausreichend umgesetzt wurden. Dies war, neben dem noch nicht abgeschlossenen Privatisierungsprozess, vor allem auf den Interessenskonflikt zwischen den alten sozialistischen und konkurrenzhemmenden Marktstrukturen einerseits, und dem beabsichtigten Ziel eines funktionierenden Wettbewerbs andererseits zurückzuführen. Obwohl im Jahr 1995 ein Wettbewerbsgesetz²⁴⁶ verabschiedet wurde, besaß Kroatien kaum Erfahrungen im Umgang mit wettbewerbspolitischen Regelungen. Die Errichtung einer Agentur zum Schutz des Marktwettbewerbs, zu de-

²⁴⁵ Vgl. Kušić, 2001 S. 234

²⁴⁶ Hauptziele: Schaffung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung im Rahmen einer neu aufgebauten kroatischen Volkswirtschaft, weiters Wettbewerbsfreiheit, Wettbewerbsschutz sowie Verbraucherschutz, Vgl. Dobias, 2000 S. 112

ren Aufgaben die Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, die Kontrolle wettbewerbsbeschränkenden Marktverhaltens sowie der Unternehmenskonzentration gehörten, brachte ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg.²⁴⁷ Das Marktverhalten in Kroatien ließ sich demnach durch folgende Charakteristika beschreiben:²⁴⁸

- Missbrauch einer monopolistischen bzw. marktbeherrschenden Unternehmensposition,
- bestehender Interessenskonflikt zwischen kleineren und größeren Unternehmen, die noch während der Zeit des Sozialismus gegründet wurden und
- das Auftreten der Interessenskonflikte besonders im Dienstleistungsreich.

Als letztes wichtiges Problemfeld können die mangelnden *ausländischen Investitionen (FDI)* angeführt werden. Die für die ausländischen Investitionen notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen wurden in der Verfassung der Republik Kroatien durchaus geschaffen. Dabei erhielten Investoren aus dem Ausland einige Grundrechte, wie z.B. das Recht auf freie Gewinnausfuhr oder auf freie Ausfuhr des angelegten Kapitals.²⁴⁹ Bis zum Jahre 1998 konnten die Investitionen aus dem Ausland jedoch in keinem Jahr die Milliarden USD Marke überschreiten. Von 1991 bis 1996 investierten der wichtigste Handelspartner (Deutschland) lediglich 215 Mio. DM in die kroatische Wirtschaft, während zum Vergleich Ungarn im selben Zeitraum 5.533 Mrd. DM an FDI's aus Deutschland erhielt.²⁵⁰ Knezevic/Pranjic führen folgende Gründe für die mangelnde ausländische Investitionstätigkeit an (vor allem in Bezug auf die Balkanstaaten):²⁵¹

- Sicherheit
- Sanktionen
- Instabilität
- Protektionismus

²⁴⁷ Vgl. Dobias, 2000 S. 111f

²⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 119f

²⁴⁹ Vgl. Ustav Republike Hrvatske, NN 56/1990

²⁵⁰ Vgl. Weber, 2002 S. 170f

²⁵¹ Vgl. Knezevic/Pranjic, 2000 S. 48 in Anlehnung an Gligorov, 1999

- Gesetzgebung

Kroatien litt besonders unter den fehlenden strategischen Engagements am heimischen Markt, und zwar vor allem im Bereich der Großbetriebe, auf die es jedoch in erster Linie ankam, da hier die größten Modernisierungseffekte zu erzielen waren. Dies hatte mit der bereits erwähnten kroatischen Privatisierungsstrategie zu tun, die Großbetriebe vorerst von der Privatisierung auszuschließen. Erst mit der Veräußerung eines Teiles der kroatischen Telekom (HT) an die deutsche Telekom (1999) flossen erste nennenswerte FDIs ins Land.²⁵² Das Engagement der deutschen Telekom ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass in den 90er-Jahren, durch die praktisch nicht vorhandene Beteiligung großer, internationaler Wirtschaftsakteure, viel zu wenige sogenannte „greenfield investments“ in Kroatien getätigt wurden.²⁵³ Doch mit der Teilveräußerung der HT wurde ein erster bedeutender Schritt gesetzt, was sich auf die Zusammenarbeit Kroatiens mit ausländischen Investoren in den Folgejahren positiv auswirken sollte.

Das nun folgende letzte Kapitel wirft einen Blick auf die Annäherung Kroatiens an die Europäische Union in den letzten Jahren.

²⁵² Siehe Kapitel 4.4.3

²⁵³ Vgl. Weber, 2002 S. 171f

5. Kroatien und die EU – Von Transformation zu Integration

5.1 Politische Entwicklung nach Tudjman

Mit dem Tod Tudjmans und der politischen Wende im Jahr 2000, schlug Kroatien einen bis heute fortgesetzten neuen Kurs Richtung EU ein. Die verheerende Niederlage der HDZ²⁵⁴ brachte eine umfassende politische Neuorientierung. Wie bereits erwähnt bildete die SDP, mit Ministerpräsident Ivica Račan, eine Sechsparteienkoalition (SDP, HSLS, HSS, IDS, HNS und LS), aus der jedoch, früher als erwartet, die IDS im Jahr 2001 und nach einer neuerlichen Regierungskrise im Jahr 2002, die HSLS austraten, was in weiterer Konsequenz den Rücktritt Račans zur Folge hatte. Positiv hervorzuheben ist jedoch die Reform der kroatischen Verfassung von 1990, die die Regierung Ende des Jahres 2000 durchsetzte und die seitdem auf dem Grundsatz der Gewaltentrennung beruht und einen ausführlichen Katalog von Grundrechten und Grundfreiheiten beinhaltet. Besonders die Kompetenzverteilung zwischen den zentralen Staatsorganen wurde einer Reform unterworfen, indem man sich zum Ziel setzte, Befugnisse des Staatspräsidenten auf Regierung und, in geringerem Ausmaß, auch auf das Parlament zu verlagern. Dieser Schritt war von großer Bedeutung, denn damit wurde die Konzentration der politischen Macht beim Präsidenten, wie es unter Tudjman der Fall war, ein für allemal abgeschafft. Das Recht auf Einflussnahme, besonders in den Bereichen der Außenpolitik, in Bezug auf die Regierungsbildung und den Parlamentswahlen sowie bei der Kontrolle des Militär, bleibt dem Präsidenten der Republik Kroatien jedoch auch weiterhin vorbehalten.²⁵⁵

Die Parlamentswahlen vom November 2003 brachten einen neuerlichen politischen Umschwung mit sich. Die HDZ, mit ihren neuen Ministerpräsidenten Ivo Sanader, setzte sich nach dreijähriger Oppositionstätigkeit erneut an die Spitze der Regierung und bildete eine Koalition mit der HSU (Hrvatska stranka umirovljenika – Kroatische Rentnerpartei), dem DC (Demokratski Centar – Demokratisches Zentrum), der HSLS (Kroatische Sozialliberale Partei) und Vertretern nationaler

²⁵⁴ Siehe Kapitel 4.2.2

²⁵⁵ Vgl. Passin/Falkier, 2006 S. 42ff

Minderheiten. Stjepan Mesić wurde am 16. Jänner 2005 erneut zum Präsidenten der Republik Kroatien gewählt. Gleich von Beginn an legte Regierungschef Ivo Sanader die Marschroute fest: Kroatien müsse die Kooperation mit der EU verstärken, um Beitrittsverhandlungen zu ermöglichen und um diese rasch vorantreiben zu können. Wie wir im weiteren Verlauf noch sehen werden²⁵⁶, sollte, nach erfolgreichem Beginn der Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der EU, den, noch heute heiklen Themen, öffentliche Verwaltung, Justizwesen und Bekämpfung der Korruption besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.²⁵⁷

Ende November 2007 fanden die letzten Parlamentswahlen in Kroatien statt, bei der die HDZ zwar 3% an Stimmen verlor, mit 66 Mandaten jedoch die stärkste Partei vor der SDP (Sozialdemokraten), unter Vorsitzenden Zoran Milanović, blieb. Die SDP konnte einen Gewinn von 10% an Wählerstimmen und ein Plus von 20 Mandaten verbuchen, womit sie sich zur zweitstärksten Kraft des Landes etablierte. Die Partei verabsäumte es jedoch nach langen Koalitionsverhandlungen eine Mitte-Links-Regierung zu bilden. Vielmehr gelang es der nationalkonservativen HDZ im Jänner 2008 eine Mitte-Rechts-Koalition mit der konservativen HSS (Bauernpartei), der HSLS und der Partei der serbischen Minderheit (SDSS – Samostalna demokratska srpska stranka) einzugehen, wobei die, nunmehr 15 Ministerien zählende Regierung²⁵⁸, erneut von Vertretern nationaler Minderheiten und der HSU unterstützt wird. Große Beachtung muss der Tatsache geschenkt werden, dass erstmalig seit der Unabhängigkeit des Landes ein kroatischer Serbe (der ehemalige Staatssekretär für Wissenschaft Slobodan Uzelac von der SDSS) als Vizeministerpräsident ernannt wurde. Dies ist insofern von Bedeutung, da die Rechte der serbischen Minderheit, die 4,5% der kroatischen Gesamtbevölkerung (4,4 Mio.) ausmacht, ein wichtiges Kriterium für den EU-Beitritt Kroatiens darstellen. Nachdem die SDSS die Regierung Sanaders schon in der vorherigen Legislaturperiode unterstützt hatte, zieht SDSS-Chef Milorad Pupovac ein positives Resümee und sieht seine Partei ins politische Geschehen Kroatiens integriert.²⁵⁹

²⁵⁶ Kapitel 5.2 und 5.3

²⁵⁷ Vgl. Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2008, 2007 S. 17f

²⁵⁸ Mit den Ministerien für Fremdenverkehr und regionale Entwicklung, Forst- und Wasserwirtschaft kommen zwei neue Ministerien in die Regierung, die vorher dem Ressort für Schifffahrt, Fremdenverkehr, Verkehr und Entwicklung bzw. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft angehörten.; Vgl. <http://www.wieninternational.at/de/node/6705> Zugriff am 25.2.2008

²⁵⁹ Vgl. Ebd.

Neben der bereits bekannten Absicht des EU-Beitritts und der Ankündigung von Reformen in den Bereichen Justiz, öffentliche Verwaltung und Korruptionsbekämpfung, erklärte Ministerpräsident Ivo Sanader auch den NATO-Beitritt als kurzfristiges Ziel. In diesem Vorhaben wird Kroatien auch von den USA seit 2006 unterstützt. Diesbezüglich fand am 11. März 2008 eine internationale Konferenz mit dem Titel „Kroatien und die NATO: was bringt eine Mitgliedschaft?“ in Zagreb statt, die u.a. von der Konrad-Adenauer-Stiftung Kroatien organisiert wurde und in der sich der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Robert Bradtke, für eine Einladung Kroatiens beim bevorstehenden NATO-Gipfeltreffen in Bukarest aussprach. Weiters wurde Kroatien sowohl auf die positiven wirtschaftlichen Konsequenzen, als auch auf die politischen Kosten²⁶⁰ hingewiesen.²⁶¹ Beim NATO-Gipfeltreffen Anfang April 2008 in Bukarest, sprachen sich alle 26 Mitgliedsstaaten für einen Beitritt Kroatiens aus. Dies bedeutet den voraussichtlichen NATO-Beitritt Kroatiens für das Jahr 2009.²⁶²

5.2 Kroatiens Kooperationen mit der EU

Ein erstes Herantasten an die Europäische Union erlebte Kroatien im Jahr 1993 im Rahmen des von der EU gestarteten Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Diese von der EU eingesetzte vorbeugende Maßnahme lief vor allem auf die Stabilisierung der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas aus. Das ursprünglich für die beiden Länder Polen und Ungarn konzipierte PHARE-Programm (Aid for Restructuring of the Economics) sollte im Jahr 1995 auch auf Kroatien ausgedehnt werden, wurde aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen im Sommer 1995 allerdings unterlassen. Besonders in den Jahren 1991 bis 1995 beteiligte sich Kroatien am sogenannten ECHO-Programm (European Community Humanitarian Office: im Jahr 2000 eingestellt), welches die Rückkehr von zahlreichen Flüchtlingen aus Serbien und Bosnien in ihre Heimat Kroatien ermöglichte. Von 1996 bis 2000 profitierte Kroatien²⁶³ vom OBNOVA-Programm (kroatisch: Wiederaufbau), das

²⁶⁰ Bereitschaft zu Solidarität, Verpflichtung zur Konsensfindung, materieller Beitrag

²⁶¹ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: http://www.kas.de/proj/home/pub/40/1/-/dokument_id-13240/
Zugriff am 21.3.2008

²⁶² Vgl. Der Standard, vom 3.4.2008 S.1 und S.5

²⁶³ Neben weiteren Ländern des Westbalkans (Albanien, Mazedonien, Bosnien und Jugoslawien)

ab 2000 in das Programm CARDS (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation) übergang.²⁶⁴

Tabelle 5.1. gibt einen Überblick der Unterstützung der EU für Kroatien von 1991 bis 2000.

Tabelle 17: 1991-2000 EC Hilfe für Kroatien - in Mio. €

Programm	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	Total
ECHO	243,2					21,15	14,5	6,95	6,5		292,3
OBNOVA						10,99	8,59	15	11,5	16,84	62,92
sonstige											12,29
Total											367,51

Quelle: in Anlehnung an Passin/Felkier, 2006 S. 68

Bevor auf die konkrete Durchführung der unterschiedlichen Förderprogramme für Kroatien seit 2000 eingegangen wird, sollen diese Programme zunächst einmal nach ihrer Art und ihren Förderprioritäten differenziert werden:

(1) Das CARDS-Programm wurde am 20. November 2000 zur Unterstützung Albaniens und Ex-Jugoslawiens von der EU beschlossen und dient weiters der Integration in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP). Zielsetzungen und Schwerpunkte des Programms sind vor allem die Einbindung der Länder in das politische und wirtschaftliche Geschehen Europas, die Förderung einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Errichtung institutioneller (insbesondere Verwaltung und Justiz), rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen sowie die Demokratisierung, Stärkung der Menschenrechte, des Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft.²⁶⁵

Um potenziellen Beitrittsländern die Aufnahme in die Europäische Union zu erleichtern, hat die Europäische Kommission mit Jänner 2007 das Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession, IPA), welches auf die drei Förderprogramme PHARE, ISPA und SAPARD aufbaut, eingeführt.²⁶⁶

²⁶⁴ Vgl. Passin/Falkier, 2006 S. 67f

²⁶⁵ Seit 2005 profitiert Kroatien nur noch teilweise von CARDS, vielmehr nimmt das Land nun an den Vorbeitrittschilfen Phare/ISPA/SAPARD teil. Vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006 S. 21f

²⁶⁶ Vgl. EU-Kommission, Kroatien: Fortschrittsbericht 2007, S. 7

(2) Das *PHARE*-Programm hat sich die Förderung der Wirtschaftsreformprozesse und der strukturellen Anpassungen²⁶⁷ sowie die Unterstützung der Beitrittsländer bei der Übernahme des EU-Rechtsbestandes (*acquis communautaire*) zum Ziel gesetzt. Die Förderprioritäten von PHARE zwischen 2000 und 2006 sind einerseits die Errichtung von Institutionen sowie die Unterstützung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges, wobei 65% des PHARE-Budgets in die Förderung des Institutionenaufbaus²⁶⁸ und 35% in die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts²⁶⁹ fließen.²⁷⁰

(3) *ISPA* (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) ist ein im Jahr 2000 eingeführtes Vorbeitrittsprogramm, welches bedeutende Infrastrukturprojekte in den Bereichen Umwelt (Trinkwasserversorgung, Abfallmanagement, Verminderung der Luftverschmutzung, etc.) und Verkehr (Ausdehnung transeuropäischer Verkehrsnetze, Erweiterung des Eisenbahnnetzes, Straßen, Flughäfen, etc.) finanziell unterstützt. Auch ISPA hilft den Beitrittsländern bei der Umsetzung der *acquis communautaire*.²⁷¹

(4) *SAPARD* hat sich die Vorbereitung potentieller Beitrittskandidaten auf die Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und am gemeinsamen Markt zum Ziel gesetzt, wobei zwei Ziele im Mittelpunkt stehen: Die Unterstützung bei der Lösungsfindung besonderer Probleme in der Landwirtschaft, sowie die Umsetzung der *acquis communautaire* in punkto GAP und weiterer landwirtschaftlicher Bereiche.²⁷²

2001 erhielt Kroatien aus dem CARDS-Programm 60 Mio. Euro genehmigt, die jedoch erst im Jahr 2002 ausbezahlt wurden. Davon ist mit 23,2 Mio. Euro der größte Beitrag in den Wiederaufbau und die Unterstützung für die Rückkehr von Flüchtlingen investiert worden.²⁷³ Für den Zeitraum von 2002 bis 2004 beinhaltete das CARDS-Programm EU-Fördermittel in Höhe von 189 Mio. Euro, die vor allem für die demokratische Stabilisierung, die Errichtung der erforderlichen Infrastruktur für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sowie für die Verwal-

²⁶⁷ Vor allem die Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft

²⁶⁸ 30% für den Transfer von Know-how für die Errichtung der Institutionen und 35% für die Unterstützung der Anwendung der *acquis communautaire*, Vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006 S. 55

²⁶⁹ Förderung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

²⁷⁰ Vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006 S. 54f

²⁷¹ Vgl. Ebd. S. 60f

²⁷² Vgl. Ebd. S. 65

²⁷³ Vgl. Passin/Felkier, 2006 S. 71

tungs- und Justizreform vorgesehen waren.²⁷⁴ Auch für 2005 und 2006 plante das Instrument für Heranführungshilfe im Rahmen ihrer Entwicklungsprogramme (ISPA, PHARE, SAPARD) weitere Förderungen für Kroatien: 2005 ein Betrag von 105 Mio. Euro nach folgender Aufteilung: 80 Mio. Euro für PHARE und 25 Mio. Euro für ISPA. 2006 schlug die Kommission Fördermittel für Kroatien in Höhe von 140 Mio. Euro vor (80 Mio. Euro für RHARE, 35 Mio. Euro für ISPA und 25 Mio. Euro für SAPARD).²⁷⁵ Im Juni 2007 wurde das Indikative Mehrjahresplanungsdocument (MIPD) 2007-2009 für Kroatien genehmigt und im Rahmen des IPA-Programms 141 Mio. Euro bereitgestellt.²⁷⁶

Im folgenden kurzen Beitrag werden die Beziehungen Kroatiens zur EU in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst:

Als im Jahr 1997 die Grundlegung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bilateraler Beziehungen zwischen Kroatien und der EU begann, kam bereits zwei Jahre später von der EU der Vorschlag, den „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“ in Kroatien in Gang zu setzen. Begünstigt wurde dieser Prozess sicherlich auch vom Regierungswechsel nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar 2000, da ein neues, für die bilateralen Beziehungen förderliches, politisches Klima geschaffen wurde. Das Fundament für eine umfassende Kooperation und sukzessive Annäherung Kroatiens an die EU wurde mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Kroatien und der EU am 29. Oktober 2001 geschaffen.²⁷⁷

Nachdem Kroatien der EU am 21. Februar 2003 seinen Antrag auf EU-Mitgliedschaft übergab, kam es am 17. und 18. Juni 2004 zur Tagung des Europäischen Rats, der die Stellungnahme der EU-Kommission zum Antrag Kroatiens auf EU-Mitgliedschaft begrüßte und sich für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen aussprach. Diese Empfehlung beruhe auf der Tatsache, dass Kroatien sowohl die vom Europäischen Rat von 1993 in Kopenhagen vorgegebenen Kriterien für einen EU-Beitritt²⁷⁸ als auch die vom Rat 1997 beschlossenen Bestimmungen des SAA erfülle. Als unabdingbare Voraussetzung betont der Rat jedoch die vollständige Zusammenarbeit Kroatiens mit dem internationalen Strafgerichtshof für

²⁷⁴ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 5

²⁷⁵ Vgl. Ebd. S. 11

²⁷⁶ Vgl. EU-Kommission, Kroatien: Fortschrittsbericht 2007, 2007 S. 7

²⁷⁷ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 5

²⁷⁸ Siehe Kapitel 5.3

das ehemalige Jugoslawien (ICTY)²⁷⁹ und die Überstellung aller Angeklagten (Kriegsverbrecher) nach Den Haag. Als weitere wichtige Bedingungen für einen Beitritt erklärte der Europäische Rat die Verbesserung der Situation von Minderheiten, die Rückkehr von Flüchtlingen, eine Justizwesenreform, die Stärkung der regionalen Kooperation und die Bekämpfung der Korruption als notwendig. Im Dezember 2004 beschließen die EU-Außenminister die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien für April 2005, falls das Land bedingungslos mit dem UN-Tribunal in Den Haag zusammenarbeite.²⁸⁰

Letzteres sollte sich für Kroatien als enormer Stolperstein erweisen, denn im Frühjahr 2005 kam die EU überein, die Verhandlungen aufgrund mangelnder Kooperation mit dem ICTY auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Konkret warf man der kroatischen Regierung vor, sich nicht genügend um die Festnahme und Auslieferung des ehemaligen kroatischen Generals und Heerführers, Ante Gotovina²⁸¹ bemüht zu haben. Obwohl Gotovina erst im Dezember 2005 in Spanien verhaftet und nach Den Haag überstellt wurde, verkündete Carla del Ponte, Chefanklägerin des ICTY, im Oktober 2005, Kroatien würde uneingeschränkt mit dem Tribunal kooperieren, was die offizielle Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU am 3. Oktober 2005 zur Folge hatte.²⁸²

Das am 1. Februar 2005 in Kraft getretene Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) bildete einen weiteren Meilenstein Kroatiens Richtung EU. Das SAA unterstützt Kroatien einerseits bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt, andererseits ist für Kroatien die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem SAA²⁸³ bedeutend für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen. Das SAA dient weiters als vertraglicher Rahmen zwischen EU und Kroatien während der Heranführungszeit und unterstützt die politische (Justiz, Inneres, etc.) und wirtschaftliche (z.B. mittels der Finanzierungsinstrumente der IPA) Angleichung Kroatiens an die

²⁷⁹ Anlass zur Kritik eines solchen Strafgerichtshofs gibt es allemal, wird jedoch im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht näher behandelt

²⁸⁰ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 5 und S. 11

²⁸¹ Auch heute noch sehen weite Teile der kroatischen Bevölkerung in Ante Gotovina einen Kriegshelden, während auf internationaler Ebene seine Kriegsverbrechen während den militärischen Einsätzen im Jahr 1995 scharf kritisiert werden

²⁸² Vgl. BTI 2008, 2007 S. 5 und Passin/Felkier, 2007 S. 74

²⁸³ u.a. die Schaffung einer EU Freihandelszone, Zollfreier Zugang zum EU-Markt, Angleichung der kroatischen Rechtsordnung an EU-Standards, etc.; Vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006 S. 134f

Richtlinien der EU sowie die Anwendung der *acquis communautaire* durch Kroatien.²⁸⁴

Nach Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im Oktober 2005, begann noch im selben Monat der sogenannte Screening-Prozess. Dabei wird mit der EU-Kommission der gesamte Rechtsbestand der EU durchgegangen, um in sämtlichen Verhandlungskapiteln (für Kroatien 35) möglich auftretende Probleme für die kommenden eigentlichen Beitrittsverhandlungen festzustellen. Am 12. Juni 2006 wurde das erste Kapitel (25: Wissenschaft und Forschung) vorläufig abgeschlossen. Im Laufe der nächsten zwei Jahre folgten weitere Kapitel und bis November 2007 konnten insgesamt 14 Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen werden. Vorläufig deshalb, weil der Grundsatz gilt, dass nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist. Vorläufig abgeschlossene Kapitel können daher neu aufgerollt werden. Ende des Jahres 2007 sprach Erweiterungskommissar Olli Rehn von konstanten Fortschritten bei den Verhandlungen mit Kroatien. Gleichzeitig betonte er allerdings, Kroatien dürfe nicht vergessen, seine „Hausaufgaben“²⁸⁵ zu erledigen.²⁸⁶

5.3 Erfüllung der Kopenhagener Kriterien

Als Kopenhagener Kriterien werden jene Voraussetzungen verstanden, die potentielle EU-Beitrittsländer zu erfüllen haben, um Mitglied der Europäischen Union zu werden. Diese Voraussetzungen wurden vom Europäischen Rat am 22. Juni 1993 in Kopenhagen²⁸⁷ definiert und sollen kurz aufgezählt werden, bevor anhand dieser Kriterien auf die momentane Situation Kroatiens eingegangen wird.

Die Beitrittskriterien wurden vom Europäischen Rat in *politische, wirtschaftliche und sonstige Beitrittskriterien (acquis communautaire)* unterteilt. Bei den politischen Kriterien²⁸⁸ geht es unter anderem um die Wahrung der Grundsätze der Demokratie und um die Achtung der Menschenrechte. Das Recht auf freie Mei-

²⁸⁴ Vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006 S. 134f

²⁸⁵ Beschleunigung der Reformen in den Bereichen Justiz, Verwaltung und Korruptionsbekämpfung sowie die Aufrechterhaltung der „guten nachbarschaftlichen Beziehungen“ (Grenzdisput mit Slowenien und Streit um die Ausrufung der ökologischen Fischereizone); Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 6, siehe auch vor allem Kapitel 5.3

²⁸⁶ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 6ff

²⁸⁷ Vgl. König/Kušić, 2002 S. 10

²⁸⁸ Die politischen Kriterien werden sehr streng ausgelegt und sind wesentliche Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft.

nungsäußerung ist ebenso Bestandteil dieser Kriterien, wie das Recht auf Religionsfreiheit sowie die Verpflichtung zum politischen Pluralismus. Ferner muss das Justizwesen verbessert, die Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung verstärkt werden sowie ein effektiver Minderheitenschutz und die Integrationsfähigkeit von Minderheiten gewährleistet sein. Auch die regionale Zusammenarbeit und die gutnachbarlichen Beziehungen zu anderen Beitrittsländern und bestehenden EU-Ländern, fallen unter die Kategorie der politischen Kriterien. Zu den wirtschaftlichen Kriterien zählen vor allem der Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Privatisierung der noch im Staatseigentum befindlichen Unternehmen, die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels sowie die makroökonomische Stabilität der Beitrittskandidaten. Weiters muss die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU (Infrastruktur, Bildungswesen, etc.) standhalten zu können, gegeben sein. Bei den sonstigen Kriterien müssen die Länder alle Verpflichtungen, die sich aus einer EU-Mitgliedschaft ergeben, übernehmen können (z.B. Erfüllung der Konvergenzkriterien von Maastricht). Zudem ist die bereits mehrmals erwähnte Übernahme der *acquis communautaire* (rechtlicher Besitzstand der EU), eine wichtige Bedingung. Dazu müssen die Beitrittskandidaten in der Lage sein, Verpflichtungen im Rahmen der Europa-Abkommen sowie anderer vertraglicher Vereinbarungen zu erfüllen. Weitere Tätigkeitsbereiche²⁸⁹ sind den Standards der EU anzupassen. Verhandelt werden insgesamt 31 Kapitel (Kroatien 35).²⁹⁰

Kroatien hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der Umsetzung der *politischen Kriterien* von Kopenhagen erzielt. Dennoch müssen in einigen Bereichen, auf die jetzt eingegangen wird, noch große Anstrengungen unternommen werden:

Dazu zählt gewiss einmal die Reform der *öffentlichen Verwaltung*. Das zurzeit geltende Verwaltungsgesetz beinhaltet viele besondere Verwaltungsverfahren, für die sektorspezifische Rechtsvorschriften zur Anwendung kommen. Dadurch entsteht ein großer Ermessensspielraum, der zu mangelnder Effizienz und Rechtsunsicherheit führt und letztendlich auch vermehrt Korruptionsfälle mit sich bringt, während der Verwaltungsgerichtshof mit der großen Anzahl an zu überprüfenden Verwaltungsentscheidungen überfordert zu sein scheint. Auch im öffentlichen

²⁸⁹ Agrar-, Umwelt, Verkehrspolitik, etc.

²⁹⁰ Vgl. König/Kušić, 2002 S. 10f

Dienst herrschen starke Personalfluktuationen und ein Mangel an qualifiziertem Personal. Insgesamt kann festgestellt werden, dass im Bereich der öffentlichen Verwaltung nur teilweise Fortschritte erzielt werden konnten. Erhebliches politisches Engagement ist hier noch erforderlich.²⁹¹

Eine große Gefahr für den kroatischen Reformprozess geht sicherlich von den momentanen Schwachstellen im *Justizwesen* aus. Obwohl die Justiz relativ unabhängig agiert, ist sie trotzdem noch sehr weit von einem objektiven und transparenten Justizsystem entfernt. Die Bestellung von Richtern erfolgt vielmehr nach politischen, als nach professionellen Gesichtspunkten. Eine einheitliche, objektive und transparente Beurteilung von Richtern bzw. Richteranwältern erfolgt nicht. Stattdessen nehmen zahlreiche wirtschaftliche und andere Interessensgruppen Einfluss auf die Justiz, was oft in verzerrten, richterlichen Entscheidungen²⁹² gegen Minderheiten und in einer inkonsequenten, strafrechtlichen Verfolgung gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher zum Ausdruck kommt. Zahlreiche Beschwerden im Jahr 2005 führten dazu, dass der Ombudsmann der kroatischen Regierung eine Warnung aussprach, die Qualität der Richterarbeit zu verbessern um deren Objektivität und Unabhängigkeit gegenüber Einfluss aus Politik und Wirtschaft zu stärken. Kritisiert wird ferner die langsame Abwicklung von Gerichtsverfahren, die auf die zögerliche Entscheidungsfindung unerfahrener Richter zurückzuführen ist. Die Belastung der Richter fällt, aufgrund regionaler Unausgewogenheiten bei der Ausstattung der Gerichte, sehr unterschiedlich aus, was dazu führt, dass der Aktenrückstau derzeit beträchtlich ist.²⁹³ Positiv erwähnt werden muss jedoch, das im Jahr 2004 begonnene Projekt „Entwicklung von unabhängigen, zuverlässigen und aktiven Gerichtssystemen und Stärkung der internationalen Zusammenarbeit von Gerichten“, in das 5 Mio. Euro aus dem CARDS-Programm investiert wurden.²⁹⁴ Insgesamt fällt das Ergebnis jedoch bescheiden aus. Obwohl Fortschritte zu verzeichnen sind, bedarf es weiterer Anstrengungen um diese Schwachstellen in der Justiz zu beseitigen.

Auch die *Korruptionsbekämpfung* ist ein großes Anliegen der EU. Wenngleich die Ziele zur Bekämpfung der Korruption immer noch weit hinter den Standards der EU liegen, hat sich Kroatien diesem Bereich in den letzten Jahren jedoch stark

²⁹¹ Vgl. EU-Kommission, Kroatien: Fortschrittsbericht 2007, 2007 S. 8f

²⁹² besonders gegen ethnische Serben

²⁹³ Vgl. BTI 2008, 2007 S. 7f

²⁹⁴ Vgl. Passin/Felkier, 2006 S. 77

gewidmet und einige Fortschritte erzielt. Im März 2006 wurde das Amt für die Bekämpfung von Korruption und organisierte Kriminalität (USKOK) errichtet und im Oktober desselben Jahres, ernannte die kroatische Regierung einen Nationalrat (u.a. bestehend aus Mitgliedern des Parlaments, Gewerkschaftsvertretern und NGOs), die die Entwicklung und Anwendung des Anti-Korruptions-Programms überwachen sollen.²⁹⁵ Tatsächlich bleibt jedoch auch der Bereich der Korruptionsbekämpfung verbesserungswürdig, da es noch immer an einer soliden Koordinierung und einer wirksamen unparteiischen Überwachung mangelt.

Nachholbedarf hat Kroatien auch in Bezug auf *Minderheitenrechte und Minderheitenschutz*. Die Lage der serbischen Minderheiten erlebt eine allmähliche Verbesserung, obwohl besonders bei der Arbeitssuche im öffentlichen Sektor serbische Minderheiten teilweise Diskriminierungen ausgesetzt sind und die Strafverfolgung solcher Zwischenfälle oft nur sehr unzureichend ist. Bislang sind zwar etwa 130.000 serbische Flüchtlinge nach Kroatien zurückgekehrt, die Rückkehr gestaltet sich allerdings nach wie vor schwierig, da vor allem die Wohnraumbereitstellung für rückkehrwillige Personen von der kroatischen Regierung nur sehr schleppend umgesetzt wird. Wie erwähnt, sind zurückgekehrte Personen auch mit Problemen bei der Arbeitssuche, was sich teilweise in Feindseligkeit gegenüber solchen Personen äußert, konfrontiert. Die kroatische Regierung hat sich diesem Problem besonders zu widmen. Auch hier zeigt sich, dass Kroatien zwar leichte Fortschritte im Bereich Minderheitenrechte erzielt hat, an einigen Problemen, wie der Rückkehrproblematik oder der Toleranz gegenüber serbischen und der Roma-Minderheit, muss jedoch weiterhin gearbeitet werden.²⁹⁶

Obwohl sich die Beziehungen Kroatiens zu seinen Nachbarstaaten deutlich verbessert haben, muss Kroatien auch weiterhin die *regionale Zusammenarbeit* vorantreiben. In den letzten Jahren haben sich vor allem die Anspannungen mit dem nördlichen Nachbar Slowenien nicht gelockert. Neben dem langjährigen ungelösten Grenzstreit in der Bucht von Piran und der Debatte um das Kernkraftwerk Krško²⁹⁷, hat vor allem in letzter Zeit die von kroatischer Seite am 1. Jänner 2008 einseitig proklamierte Fischereizone außerhalb kroatischer Territorialgewässer für Aufsehen, nicht nur bei Kroatiens Nachbarn Slowenien und Italien, sondern auch innerhalb der EU gesorgt. Mit der Begründung einer ökologischen Zone zum

²⁹⁵ Vgl. BTI 2008, 2007 S. 19f

²⁹⁶ Vgl. EU-Kommission, Kroatien: Fortschrittsbericht, 2007 S. 14ff

²⁹⁷ Vgl. BTI 2008, 2007 S. 22f

Schutz des Fischbestandes in der Adria, beanspruchte Kroatien dadurch allerdings internationale Hoheitsrechte jenseits seiner Territorialzonen. Die EU verurteilte diesen Schritt und wies darauf hin, solche Grundsatzprobleme können nur in Einvernehmen mit allen Mitgliedstaaten der EU gelöst werden. Lenkte Kroatien nicht ein, so könne dies die Verschiebung des Zeitpunkts der EU-Mitgliedschaft bedeuten, so die EU-Kommission.²⁹⁸ Diese Warnung seitens der EU fand bei der kroatischen Regierung anscheinend Gehör. Denn bereits wenige Wochen später, nachdem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn den Druck auf die Regierung deutlich erhöht hatte, lenkte Kroatien im Streit um die Fischereizone ein und ebnete so den Weg Richtung EU, was der kroatische Regierungschef Ivo Sanader begrüßte. Der meinte dazu: „*Die Fischereizone ist wichtig, aber der EU-Beitritt ist eine absolute nationale Priorität*“²⁹⁹, was laut EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits 2009 der Fall sein könnte.³⁰⁰

Wirtschaftlich betrachtet, durchläuft Kroatien in den letzten Jahren ein kontinuierliches Wachstum, welches besonders auf den Anstieg der Binnennachfrage und der verbesserten institutionellen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Die Konsolidierung des Bankensektors, die Intensivierung des Privatisierungsprozesses und ein günstiges Investitionsklima werden auch in Zukunft für Kroatiens Wirtschaft und in Zusammenhang mit der Integration innerhalb der EU eine entscheidende Rolle spielen. Kroatien präsentiert sich jedoch bereits jetzt schon mit erstaunlichen Ergebnissen in der Wirtschaft. So haben einige Indikatoren, wie Wirtschaftswachstum, BIP/Kopf oder Inflation, wesentlich bessere Entwicklungen aufzuweisen als einige Mitgliedsländer der EU.³⁰¹ Manche Problembereiche, wie z.B. hohes Leistungsbilanzdefizit und hohe Arbeitslosenquote, dürfen allerdings nicht außer Acht gelassen werden.

Der nachhaltige Aufwärtstrend der kroatischen Wirtschaft trug dazu bei, dass jährliche Zuwachsraten von über 4% zu verzeichnen waren. Auch 2006 stieg das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* um 4,8%, wobei insbesondere die Investitionstätigkeit

²⁹⁸ Vgl. Wien International.at: <http://www.wieninternational.at/de/node/7460>, Zugriff am 15.3.2008

²⁹⁹ DiePresse, <http://diepresse.com/home/politik/eu/369753/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriff am 16.3.2008

³⁰⁰ Vgl. Ebd.

³⁰¹ Vgl. BTI 2008, 2007 S. 10

und der Außenhandel eine dynamische Entwicklung erlebten. Die Industrieproduktion konnte sich im Jahr 2006 um 4,5% erhöhen, was vor allem durch die Bereiche Bau, Transport, Kommunikation und Finanzdienstleistungen, die ein Wachstum von über 8% verzeichneten, zustande kam.³⁰²

Die *ausländischen Direktinvestitionen (FDI)* erlebten im Jahr 2006 angesichts groß angelegter Privatisierungen (Erdöl- und Ergasgesellschaft INA bzw. Pharmagesellschaft PLIVA) ein Wachstum von 8,3% des BIP und konnten mit einer Rekordsumme von 2,8 Mrd. Euro beziffert werden. Zwischen 1993 und 2006 flossen insgesamt rund 14,2 Mrd. Euro FDIs in die kroatische Wirtschaft, womit Kroatien unter den führenden Transformationsländern liegt.³⁰³ Dabei ist Österreich der derzeit größte ausländische Investor in Kroatien mit insgesamt rund 3,89 Mrd. Euro an Investitionsvolumen seit 1993 und einem Anteil von ca. 25% an ausländischen Gesamtinvestitionen in Kroatien. Erwähnenswert ist der Kauf des kroatischen Kreditkartenunternehmens Diners Club³⁰⁴ Adriatic zu Jahreswechsel 2006/2007 für rund 153 Mio. Euro. Weitere bedeutende Branchen mit österreichischer Präsenz sind u.a. der Finanzdienstleistungssektor, die Tourismus-, Telekommunikations- und Immobilienbranche, etc.³⁰⁵

Abgesehen von der Teil-Privatisierung der INA und einigen wenigen weiteren Verkäufen, wurden im Privatisierungsprozess ungleich Fortschritte erzielt. Ende 2006 wurden 17% der staatlichen Anteile der INA verkauft, 2007 wurden weitere 7% an ehemalige und derzeitige INA-Mitarbeiter zu ermäßigten Konditionen veräußert. Beachtenswert ist neben der Übernahme der PLIVA durch den US-Konzern Barr im Jahr 2006 um 2,5 Mrd. USD auch noch die Privatisierung der verbleibenden staatlichen Anteile (32,5%) der Telekommunikationsgesellschaft im September 2007. Gedämpft wurden diese Erfolge jedoch nach ausgedehnten Korruptionsermittlungen von der Entlassung des Fondsmanagement des staatlichen Privatisierungsfonds, was die Verlangsamung der Privatisierungsmaßnahmen zur Folge hatte. Rechtliche Probleme und institutionelle Schwächen verschlechterten die Privatisierungssituation noch dazu.³⁰⁶ In jüngster Zeit tut sich allerdings wieder etwas auf diesem Gebiet. Die zwei größten Werften Kroatiens³⁰⁷

³⁰² Investkredit, 2007 S. 6f

³⁰³ Vgl. Ebd. S. 8

³⁰⁴ Zweitgrößter kroatischer Anbieter

³⁰⁵ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 4

³⁰⁶ Vgl. EU-Kommission, 2007 S. 23 bzw. Investkredit, 2007 S. 23f

³⁰⁷ Kraljevica bei Rijeka und Uljanik in Pula

sollen noch im Jahr 2008 privatisiert werden. Die Voraussetzungen dafür seien nun erfüllt, so der kroatische Wirtschaftsminister Damir Polančec. Die Heranführung des Schiffbaus an die Marktwirtschaft ist eine der größten Herausforderungen Kroatiens auf dem Weg in Richtung EU. Daher erhält dieser Sektor von der Regierung bis 2015 Subventionen von insgesamt einer Mrd. Euro. Bemerkenswert ist der jährliche Umsatz von ca. 1,2 Mrd. Euro im Schiffsbau³⁰⁸, was diesen Sektor zum stärksten Exportprodukt Kroatiens macht.³⁰⁹

Ein Rekordniveau erreichte das kroatische Außenhandelsvolumen im Jahr 2006. Ein Anstieg des BIP-Anteils war sowohl bei den Einfuhren (+16,7%), als auch bei den Ausfuhren (+14,3%), zu erkennen, wobei wie zu erwarten, die Tourismusbranche die wichtigste Exportquelle (18% des BIP) darstellte und somit auch wieder einen Teil des traditionell hohen Leistungsbilanzdefizits ausgleichen konnte. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2006 dennoch ein Minus von 2,6 Mrd. Euro (7,6% des BIP, 2005: 6,3%). 2007 ließ jedoch die Außenhandelsdynamik wieder etwas nach. Insbesondere die Exporte haben sich Anfang 2007 abgeschwächt, was einen Anstieg des Handelsbilanzdefizits auf 4,3 Mrd. Euro zur Folge hatte. Dieses Defizit beruht sicherlich auch auf die geringe Konkurrenzfähigkeit kroatischer Produkte auf internationalen Märkten. Nach Meinung des IWF kann nur durch eine Internationalisierung der Produktion über ausländische Direktinvestitionen die Handelsbilanz wieder ausgeglichen und das Wachstum nachhaltig gefördert werden.³¹⁰

Weitere Indikatoren werden nun nur umrisshaft erwähnt³¹¹: Die hohe *Außenverschuldung* bereitet der kroatischen Wirtschaft Kopfzerbrechen, die sich trotz Restriktionen seitens der Nationalbank seit 2001 mehr als verdoppelt hat (2006: 84,7% des BIP). Positiv ist lediglich, dass sich der Staatsanteil an der Außenverschuldung verringert hat. Die *Inflationsrate* blieb auch im Jahr 2006 niedrig (3,2 %), womit die Politik des stabilen Wechselkurses weiterhin fortgesetzt werden konnte. Obwohl die dynamische Entwicklung der kroatischen Wirtschaft die *Arbeitslosenrate* 2006 auf den niedrigsten Stand seit 1998 brachte, beträgt die Ar-

³⁰⁸ Die Schiffsbauindustrie belegt nach Auftragsständen weltweit den zehnten Platz, Vgl. DiePresse, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/368834/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriff am 14.3.2008

³⁰⁹ Vgl. Ebd.

³¹⁰ Vgl. EU-Kommission, 2007 S. 27 und Investkredit, 2007 S. 9

³¹¹ Vgl. Investkredit, 2007 S. 10f

beitslosenquote im Jahr 2006 immer noch hohe 11,2%, was auf die Altlasten hohe Lohnnebenkosten³¹² und restriktive Arbeitsgesetzgebung³¹³ zurückzuführen ist.

Im *Bankensektor* werden (Stand: Mitte 2007) mehr als drei Viertel aller Vermögenswerte des Finanzsektors gehalten. Im Privatbesitz befinden sich etwa 96% der Banken, wobei der Anteil der ausländischen Banken ca. 91% entspricht. Obwohl im Jahr 2006 die Anzahl der Banken von 34 auf 33 zurückging³¹⁴, sind, angesichts des kleinen kroatischen Marktes, immer noch relativ viele Banken tätig.³¹⁵

Abschließend wird noch auf die *wirtschaftliche Integration Kroatiens mit der EU* eingegangen. Die EU war auch im Jahr 2006 der wichtigste Handelspartner Kroatiens mit einem Anteil von 62% an Ausfuhren und 65% an Einfuhren. Auch mit Österreich festigte Kroatien erneut seine Wirtschaftsbeziehungen. Die österreichischen Exporte stiegen im Jahr 2006 um 7,9% (2005: 0,3%), die Importe um beachtliche 21,6% (2005: -10,8%). 2005 betrug der österreichische Handelsbilanzüberschuss gegenüber Kroatien rund 703 Mio. Euro, was einen der höchsten Überschüsse Österreichs im Außenhandel überhaupt bedeutete.³¹⁶

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die makroökonomische Stabilität in Kroatien über die letzten Jahre gewahrt wurde. Dennoch sind in einigen Bereichen verstärkt Anstrengungen notwendig, die eine EU-Mitgliedschaft Kroatiens erleichtern würden. Die Abbildungen 4 und 5 geben noch einmal einen Überblick über die kurz- und langfristigen Stärken und Schwächen der kroatischen Wirtschaft.

³¹² Bis zu 50 % des Bruttolohns (durchschnittlich ca. 600 Euro im Monat), Vgl. Investkredit, 2007 S. 11

³¹³ Betriebsbedingte Kündigungen werden damit nahezu unmöglich

³¹⁴ Im Jahr 1999 gab es noch 53, Vgl. Rohmann, 2001 S. 101

³¹⁵ Vgl. EU-Kommission, 2007 S. 24

³¹⁶ Vgl. Kleedorfer, 2007 S. 3 und EU-Kommission, 2007 S. 27

Abbildung 4: Stärken der kroatischen Wirtschaft

Langfristig/strukturell	Kurzfristig/konjunkturell
Geopolitische Lage, die das Land für Tourismus, Handel und Transit interessant macht	Stabiles Wachstum (um die 4,5%)
Gut entwickelte Tourismusbranche	Vergleichsweise niedrige Inflationsrate
Starke Werftindustrie	Geringes Budgetdefizit
Gut ausgebildete Arbeitskräfte (vor allem in den technischen Bereichen)	Stabiler Wechselkurs
Vergleichsweise hohe Kaufkraft	Stetig steigende FDI
Starke Position der KMU	Stetig wachsender Außenhandel
Gute EU (EU-Nachbarland) und regionale Integration	Hohe Infrastrukturinvestition
EU Beitrittskandidat	

Quelle: Investkredit, 2007 S. 5

Abbildung 5: Schwächen der kroatischen Wirtschaft

Langfristig/strukturell	Kurzfristig/konjunkturell
Politische Spannungen mit den Nachbarländern (u.a. mit Slowenien)	Trotz großer Investitionen in den Wiederaufbau, noch immer vorhandene Kriegsschäden
Hohes Leistungsbilanzdefizit	
Hohe Bruttoauslandsverschuldung, insbesondere des privaten Sektors	
Hohe Arbeitslosenrate, Tendenz fallend	
Rechtsunsicherheit	
Korruption und Bürokratie	
Unzureichende institutionelle Reformen	

Quelle: Investkredit, 2007 S. 5

6. Schlusswort

Schon in den 50er-Jahren versuchte das damalige Jugoslawien unter der Führung Titos, die sich anwachsenden wirtschaftlichen Probleme mittels Dezentralisierung und halbherzigen Reformen des Wirtschaftssystems entgegenzuwirken. Die institutionelle Grundstruktur des sozialistischen Systems blieb jedoch bestehen. Die zahlreichen kleinen „Reformchen“ sollten mit der Absicht eingeführt werden, marktwirtschaftliche Komponenten in das Selbstverwaltungssystem einzubauen, was den Zusammenhalt des Wirtschaftsgefüges jedoch destabilisierte und zu einer dauerhaften Schwächung bis hin zum Zusammenbruch des Systems führte.

Mit der Transformation der Wirtschafts- und Rechtsordnung gelang es dem jungen Staat Kroatien zu Beginn der 90er-Jahre, die Grundlage für den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu schaffen. Mit der Errichtung eines pluralistischen Parteiensystems auf der Basis demokratischer Wahlen, der Verankerung einer neuen Unternehmensverfassung sowie der Einführung einer stabilen Währung in Verbindung mit einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik, wurden wichtige politische und wirtschaftliche Ziele erreicht. Auf der anderen Seite blieben viele Ziele unerfüllt. So wurde der Systemwandel, vor allem auf institutioneller Ebene, in den 90er-Jahren nur sehr schleppend in die Tat umgesetzt. Mit dem Zerfall Jugoslawiens gingen Kroatien, neben dem Binnenmarkt, wichtige Ostmärkte des RGW verloren, was einen Nachfrage- und Produktionseinsturz zur Folge hatte und der kroatischen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zufügte. Das Stabilisierungsprogramm von 1993 kurbelte zwar das Wirtschaftswachstum an, dennoch blieb Kroatien für ausländische Investoren in den 90er-Jahren weitgehend unattraktiv. Dies war sicherlich auch auf die kroatische Regierung unter Tudjman zurückzuführen.

Auch der Privatisierungsprozess brachte nicht die gewünschten Erfolge. Dabei spielten negative Faktoren wie politische Stagnation, Vetternwirtschaft oder Korruption sicherlich eine entscheidende Rolle. Als größte Hindernisse der Privatisierung in den 90er-Jahren können allerdings die Verflechtung von Staat, Wirtschaft und Politik, das Fehlen eines Gesamtkonzepts, die unzureichende Planung, mangelhafte Kontrolle, geringe Transparenz, sowie fehlendes Know-how angesehen

werden, womit es im Endeffekt nur wenige Gewinner, dafür aber um so mehr Verlierer gab.³¹⁷

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kroatien in den 90er-Jahren durchaus in der Lage gewesen wäre, seine marktwirtschaftlichen Vorteile gegenüber anderen postkommunistischen Transformationsstaaten auszunutzen, dies jedoch aufgrund der zahlreichen aufgezählten Hindernisse, die man sich oft selber in den Weg legte, nicht umzusetzen verstand.

Der politischen Wechsel im Jahr 2000 brachte Kroatien den erhofften Umschwung und eine nähere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Die seit Jänner 2008 an die Macht gekommene neue Regierung, unter den neuen „alten“ Regierungschef Sanader, arbeitet eifrig an einer baldigen EU-Mitgliedschaft Kroatiens, wobei von der EU-Kommission weiterhin institutionelle Reformen in den Bereichen Justizwesen, Korruption und öffentliche Verwaltung gefordert werden, um unter anderem die Rahmenbedingungen für Neuinvestitionen und den Privatisierungsprozess zu verbessern. Als weiterhin bedeutende wirtschaftliche Risikofaktoren zählen die hohe Auslandsverschuldung und Arbeitslosenquote sowie das hohe Leistungsbilanzdefizit.

Unter diesen Umständen erscheint ein EU-Beitritt Kroatiens im Jahr 2011 als realistisch.

³¹⁷ Vgl. Sivric-Pesa, 2005 S. 345

7. Literaturverzeichnis

Allcock, John B. / Horton John J. / Milivojevic Marko: Yugoslavia in Transition; New York: Berg Publishers Limited, 1992

Ambros, Johannes: Unternehmensumwandlung und Privatisierung in Kroatien; Wien: WU, 1996

Barisitz, Stephan: Kroatien: das Stabilisierungsprogramm und seine Perspektiven, in: Budak, Neven: Kroatien: Landeskunde – Geschichte – Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht; Wien: Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut, 1995

Bombelles, Joseph T.: Economic development of communist Yugoslavia 1947-1964; Stanford: Stanford University, 1968

Bonač, Vladimir: Jugoslawien; Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, 1968

Borić, Tomislav: Eigentum und Privatisierung in Kroatien und Ungarn – Wandel des Eigentumsrechtssystems und Entwicklung der Privatisierungsgesetzgebung; Wien: Verlag Österreich; Berlin: Berlin-Verl. Spitz, 1996

Conert, Hansgeorg: Die „sozialistische Marktwirtschaft“ in der Schuldenkrise, in: Altvater, Elmar: Die Armut der Nationen – Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire; Berlin: Rotuch Verlag, 1988

Curavić, Marko: Das kroatische Bankensystem, in: Hein, Manfred: Bankensysteme in Ostmitteleuropa; Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, 1995

Dobias, Peter; Mehić, Ahmet; Rohman, Angelika: Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien; Berlin: Duncker und Humblot, 2000

- Djeković, Liliana:** Das Außenhandelssystem Jugoslawiens – Eine problematische Analyse; München: Olzog, 1984
- Djeković-Sachs, Liliana:** Währungsunion und Notenbankpolitik in Jugoslawien – Ein Lehrstück für Europa; München: LDV, 1994
- Eger Thomas:** Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien; Paderborn, München Wien, Zürich: Schöningh, 1980
- Eucken, Walter:** Grundsätze der Wirtschaftspolitik; Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1990
- Ferfila, Bogomil B.:** The economics and politics of the socialist debacle; Lanham: University Press of America, 1991
- Filipović, Vladimir:** Unternehmensumwandlung in Kroatien, in: Borić, Tomislav; Posch, Willibald: Privatisierung in Ungarn, Kroatien und Slowenien im Rechtsvergleich; Wien: Springer-Verlag, 1993
- Fisher, Sharon:** Political Change in Post-Communist Slovakia and Croatia: From Nationalist to Europeanist; New York: Palgrave Macmillan, 2006
- Fräss-Ehrfeld; Clarisse:** Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung in Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Serbien-Montenegro; Wien: Linde Verlag Wien, 2006
- Furtak, Robert K.:** Jugoslawien – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft; Hamburg: Hoffmann und Campe, 1975
- Gabrisch, Hubert:** Stabilisierung und Rezession; Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, 1991

Held, Martin; Nutzinger, Hans G.: Institutionen prägen Menschen – Menschen prägen Institutionen, in: Held M. / Nutzinger H.G. (Hrsg.): Institutionen prägen Menschen: Bausteine zu einer allgemeinen Institutionenökonomik; Frankfurt am Main: Campus, 1999

Hofbauer, Hannes: Die Zerstörung Jugoslawiens; Wien: Kritische Geographie, 2001

Höpken, Wolfgang; Sundhaussen, Holm: Jugoslawien von 1914 bis zur Gegenwart, in: Fischer, Wolfram: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6; Stuttgart: Klett-Cotta, 1987

Hoppe, Hans-Joachim: Die neue politische Elite Kroatiens; Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1997

Horvat, Branko: Die jugoslawische Gesellschaft; Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969

Kasapović, Marijana: Ten Years of Democratic Transition in Croatia 1989 – 1999, in: Riegler, Henriette: Transformation Process in the Yugoslav Successor States between Marginalization and European Integration; Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000

Knezevic, Marijana; Pranjic, Monika: Kroatien im Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Finanzsektors. Bestandsaufnahme und Ausblick; Wien: Arbeitspapiere zum Tätigkeitsfeld Risikomanagement und Versicherung, Nr. 5, Institut für Versicherungswirtschaft, 2000

Kloten, Norbert: Die Transformation von Wirtschaftsordnungen – Theoretische, phänotypische und politische Aspekte; Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1991

- Konstantinovic, Dragan:** Die sozialistische Selbstverwaltung Jugoslawiens und ihre Anwendung im Wirtschaftssystem des Landes; Wien: WU, 1982
- Kurbegovic, Tarik:** Die Arbeiterselbstverwaltung in Titos Jugoslawien; Wien: WU, 2004
- Kušić, Siniša:** Privatisierung im Transformationsprozess – Das Beispiel der Republik Kroatien; Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 2001
- Lohoff, Ernst:** Der dritte Weg in den Bürgerkrieg – Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung; Bad Honnef: Horlemann, 1996
- Meier, Viktor:** Wie Jugoslawien verspielt wurde; München: Verlag C.H. Beck, 1996
- Nohlen, Dieter; Kasapović, Mirijana:** Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa; Opladen: Leske und Budrich, 1996
- North, Douglass C.:** Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung; Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1992
- Račić, Domagoj; Cvijanović, Vladimir:** Privatization, Institution Building and Market Development: The case of Croatia, in: Kušić, Siniša: Path-Dependent Development in the Western Balkans – The Impact of Privatization; Frankfurt: Peter Lang GmbH, 2005
- Rohmann, Angelika:** Marktwirtschaftliche Transformation der Geld- und Währungsordnung – Eine vergleichende Analyse der Länder Kroatien und Slowenien; Hamburg: Dr. Kovac, 2001
- Rothacher, Albrecht:** Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Litauen; Wien: Schriftenreihe der Wirtschaftskammer Österreich – Heft 82, 1999

- Schnitzer, Monika:** Privatisierung in Osteuropa – Strategien und Ergebnisse; München: Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa Nr.13, 2003
- Singleton, Fred; Carter, Fred:** The economy of Yugoslavia; Manuka: Croom Helm, 1983
- Sirc, Ljubo:** Die wirtschaftliche Entwicklungspolitik in Jugoslawien seit 1945 (Auszug der Dissertation); Berlin: Universität Freiburg, 1962
- Sivric-Pesa, Sanela:** Theoretische und praktische Aspekte der Privatisierung im Rahmen einer Systemtransformation – Das Beispiel der Republik Kroatien; Marburg: Tectum Verlag, 2005
- Søberg Marius:** Croatia since 1989 – The HDZ and the Politics of Transition, in: Ramet, Sabrina P.: Democratic Transition in Croatia; College Station Texas: Texas A&M University Press, 2007
- Sundhaussen, Holm:** Experiment Jugoslawien; Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Meyers Forum, 1993
- Sundhaussen, Holm:** Geschichte Jugoslawiens 1918 – 1980; Stuttgart: Kohlhammer, 1982
- Tezcan, Güdemi:** Das System der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens; Berlin: Freie Universität Berlin, 1974
- Thörner, Klaus:** Der Fall Jugoslawien, in: Khella, Karam: Der Fall Jugoslawien; Hamburg: Theorie und Praxis Verlag, 1999
- Vidovic, Hermine:** Croatia: Entering recession, in: Havlik, Peter: The Transition Countries in 1999: a Further Weakening of Growth and some Hopes for Later Recovery; Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) No. 257, 1999

Vidovic, Hermine: Croatia: High Industrial growth despite poor export performance, in: Havlik, Peter: Transition Countries in 2001: Robust Domestic Demand, Concerns About External Fragility Reappear; Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) No. 277, 2001

Weber, Joachim: Kroatien: Regionalentwicklung und Transformationsprozesse; Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2002

Online-Berichte

Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2008: Croatia Country Report; Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2007
http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI_2008/ECSE/Croatia.pdf, Zugriff am 11.1.2008

EU-Kommission: Kroatien: Fortschrittsbericht 2007, vom 6.11.2007
http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/croatia_progress_reports_courtesy_transl_de.pdf, Zugriff am 2.3.2008

Investkredit (Volksbank Gruppe): Kroatien – Jährlicher Länderbericht, 2007
http://www.investkredit.at/at/dt/docs/Kroatien_Juli_2007.pdf, Zugriff am 11.1.2007

Kleedorfer, Micaela: EU Top Thema: Beitrittskandidat Kroatien; Wien: Wirtschaftskammer Österreich, Dezember 2007
http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=291903&StID=292811, Zugriff am 24.2.2008

König, Michael; Kušić Siniša: Kurs auf die Europäische Union – Von der Transformation zur Integration; Frankfurt am Main: J.W. Goethe-Universität, 2002
http://www.ost-west-kommunikation.de/kusic/sites/Kurs%20auf%20die%20EU_final4.pdf, Zugriff am 17.11.2007

Raiffeisen Bank: Finanzplatz Kroatien, 2005
http://www.rzb.at/eBusiness/services/resources/media/1023296711504-1023296711567_353931060402192927_1025220387300-1034371626851-1-NA-DE.pdf, Zugriff am 17.11.2007

Passin, Christian; Felkier Artur: Kroatien – Auf dem Weg in die EU; Wien: Modern Politics: Politische Akademie der ÖVP, 2006
http://www.modernpolitics.at/service/download/index.php?download=Kroatien-Reader_2006_final.pdf, Zugriff am 17.11.2007

Online-Gesetze

Narodne Novine (Amtsblatt der Republik Kroatien): www.nn.hr/sluzbeni-list/sluzbeni/index.asp, (Nr. 56/1990, Nr. 19/1991, Nr. 91A/1993, Nr. 65/1999, Nr. 32/2002)

Internetquellen

Die Presse: Kroatien: Werften vor Privatisierung
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/368834/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriff am 14.3.2008;
Erweiterung: Kroatien könnte bereits 2011 der EU beitreten
<http://diepresse.com/home/politik/eu/369753/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriff am 16.3.2008

Konrad-Adenauer-Stiftung: Kroatien und die NATO: Was bringt eine Mitgliedschaft? http://www.kas.de/proj/home/pub/40/1/-/dokument_id-13240/ Zugriff am 21.3.2008

Wien International.at: Kroatien: Parlament bestätigt neue Mitte-Rechts-Koalition unter Premier Sanader <http://www.wieninternational.at/de/node/6705>, Zugriff am 25.2.2008; Kroatische Fischfangzone belastet Beziehungen zur EU <http://www.wieninternational.at/de/node/7460>, Zugriff am 15.3.2008

Zeitungen

Der Standard: vom 3.4.2008

Abstract zur Diplomarbeit

„Vom Selbstverwaltungssozialismus zur Marktwirtschaft – Kroatiens Transformationsprozess und seine Problemfelder unter besonderer Berücksichtigung der 1990er-Jahre“

Neben der Untersuchung der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens unter der Führung Titos, beschäftigt sich diese Diplomarbeit besonders mit dem Transformationsprozess Kroatiens in den 1990er-Jahren.

Ausgehend von einem planwirtschaftlichen Modell, wird der Frage nachgegangen, wie das mangelhafte Wirtschaftssystem zur Zeit des Selbstverwaltungssozialismus die Ausgangslage der kroatischen Transformation erschwerte und die Umsetzung marktwirtschaftlicher Elemente behinderte. Dabei wird ersichtlich, dass die Integration gerade dieser Elemente im jugoslawischen Wirtschaftssystem, aufgrund von zahlreichen Interessenskonflikten, den Zerfallsprozess Jugoslawiens begünstigte. Den Nachfolgestaaten wurde in weiterer Folge ein schweres Erbe hinterlassen.

In den 90er-Jahren begann in Kroatien der Aufbau einer demokratischen und wirtschaftlichen Ordnung nach westlichem Vorbild. Es ist dabei zu untersuchen, welche Problemfelder diesen Prozess begleiteten, warum die für die kroatische Wirtschaft so wichtige Transformation in den 90er-Jahren nur sehr schleppend umgesetzt werden konnte und welche Treiber dahinter stecken.

Die Analyse der kroatischen Transformation ist insofern von Bedeutung, da sie in den 90er-Jahren aufgrund zahlreicher Studien zum Zerfallskrieg Jugoslawiens weitgehend vernachlässigt wurde und somit eine Forschungslücke offenbarte.

Josip GLAMUZINA

06.05.1982: Geboren in Wien

Staatsangehörigkeit: Österreich

Schulbildung:

1988 – 1992: Volksschule Wien, XXI

1992 – 1993: Bundesrealgymnasium in Wien, III Radetzkystraße

1994 – 2000: Bundesrealgymnasium in Mattersburg, 7201

Maturaabschluss mit gutem Erfolg

Studium:

2000-2002: Studium der Internationalen Betriebswirtschaft an der Universität Wien

2003-2008: Fortsetzung des Studiums mit Spezialisierung auf Finanzdienstleistungen sowie Produktion & Logistik

01/2005 – 06/2005: Studium an der University of Southern Denmark, Esbjerg, Dänemark im Rahmen eines Erasmus-Auslandssemesters

Berufliche Stationen:

04/2007 – 09/2007: Erste Bank: Meldewesen/Reporting der österreichischen Sparkassen und der Tochterfilialen in Osteuropa

seit 12/2007: WWF Österreich: Controlling

Fremdsprachen:

Kroatisch: (fließend in Wort und Schrift)

Englisch: (fließend in Wort und Schrift)

Tschechisch: (Anfänger)